

## 4. Die antifaschistische Strategiefindung innerhalb der ČSD

### 4.1 Die Faschismusrezeption anhand der Mittelstandstheorie

Im Gegensatz zur Komintern hat sich in der pluralistischen Diskussion in der SAI keine einheitliche und zudem allgemein bindende Faschismustheorie herausgebildet. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Beiträge nicht um parteioffizielle Äußerungen handelte, denen ein Theoriecharakter zugeschrieben wurde. Zum anderen entstanden in den zwanziger Jahren eine Vielzahl unterschiedlicher Interpretationen und Theorieansätze, die sich zwar nicht grundsätzlich widersprachen oder gar gegenseitig ausschlossen, da es zwischen ihnen häufig Berührungs- und Verbindungspunkte gab. Sie verhinderten es jedoch, daß sich eine einheitliche Faschismustheorie herausbilden konnte. Die maßgebenden und durchsetzungsfähigen Typen von Faschismustheorien unter europäischen Sozialisten waren im wesentlichen:

1. die Bonapartismustheorie, die den Faschismus vorrangig als eine Form der Verselbständigung der Exekutive in einem durch ein politisches Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat gekennzeichneten Zustand als letzte mögliche Form der Bourgeoisieherrschaft interpretierte (Julius Braunthal, Otto Bauer, Oda Olberg, Wilhelm Ellenbogen, Johann Hirsch, Halo Tedescos),
2. die Mittelstandstheorie, die - ausgehend von einer Analyse der Sozialstruktur faschistischer Bewegungen - den Faschismus vor allem als eine Revolte der gesellschaftlichen Mittelschichten gegen die Bedrohung ihrer sozioökonomischen Existenz im Kapitalismus verstand (Theodor Geiger, Emil Lederer, Hans Neisser, Hendrik de Man, Svend Riemer, Günther Keisers, Carlo Mierendorff),
3. die Interpretation des Faschismus als Reaktion der Bourgeoisie auf die proletarische Revolution in Rußland, die schrittweise in die Totalitarismustheorie einmündete,
- 4 die Interpretation des Faschismus als politische Erscheinung des rückständigen Kapitalismus (Emil Vanderfelde, Julius Deutsch) sowie
5. personalisierende, sozialpsychologische und geistesgeschichtliche Interpretationsansätze, die jedoch allesamt eine untergeordnete Rolle spielten<sup>214</sup>.

Aus dieser Vielfalt in der Faschismuskonzeption ergaben sich einige grundlegende Probleme, da sich aus der unterschiedlichen Betrachtungsweise und Schwerpunktsetzung in der Faschismusanalyse kein übereinstimmender Faschismusbegriff generieren ließ. Weiterhin ergaben sich unterschiedliche Konsequenzen hinsichtlich theoretischer Implikationen und der Anwen-

---

<sup>214</sup> Vgl. zur Übersicht über die Entstehung und Entwicklung der Faschismuskonzeption in der SAI W. Wippermann: Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945, Darmstadt 1997, S. 28-42. Allgemein Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1961; W. Saggau: Faschismustheorien und antifaschistische Strategien in der SPD. Theoretische Einschätzungen des deutschen Faschismus und Widerstandskonzeptionen in der Endphase der Weimarer Republik und in der Emigration, Köln 1981; T. Doerry: Marxismus und Antifaschismus. Zur theoretischen und politischen Auseinandersetzung des Marxismus, des Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung mit dem Faschismus an der Macht (1920 bis 1984), Köln 1985.

dung auf entsprechende Bewegungen und entstehende autoritäre Regime. Als Folge dessen kam es schließlich auch zu einer gewissen Beliebigkeit in der Anwendung des Faschismusbegriffs. Letztlich mußte die folgenreiche Erfahrung gemacht werden, daß sich bei einer fehlenden Übereinkunft in der Begrifflichkeit und in der Anwendung auf zeitgenössische Phänomene auch kein Rezept für eine erfolversprechende politische Umsetzung der Faschismusanalyse in Form einer allgemeinverbindlichen antifaschistischen Strategie erarbeiten ließ.

Den Ausgangspunkt für die Faschismuskonversation innerhalb der SAI bildete ein als weitgehend klassenneutral aufgefaßter Gewaltbegriff. Er war nach der Jahrhundertwende auf der Grundlage des reformistischen Theorieansatzes bei der Analyse des Kapitalismus und des Imperialismus entstanden und wurde dann als deutliche Abgrenzung zur Imperialismustheorie Lenins<sup>215</sup> weiterentwickelt und zur Grundlage der Politik der SAI gemacht. Auf dem Hamburger Gründungskongreß der SAI im Mai 1923 schrieben sozialdemokratische Theoretiker dem Faschismus zwar ein Bedrohungspotential über die Grenzen Italiens hinaus zu, insgesamt bildete er jedoch nur einen Aspekt allgemein zunehmender konterrevolutionärer Gewaltbereitschaft, wie sie der Kongreß seit dem Krieg als Reaktion auf den wachsenden Einfluß der organisierten Arbeiterschaft konstatierte. Richtungsweisend für diese Sichtweise war die These vom "organisierten Kapitalismus", wie sie Rudolf Hilferding auf dem Hamburger Kongreß in Anlehnung an seine Untersuchungen über die kapitalistischen Konzentrations- und Zentralisationsprozesse im "Finanzkapital" von 1910 vortrug<sup>216</sup>. Der Krieg hatte seiner Meinung nach die Tendenzen zur Kapitalkonzentration, die allesamt auf die Etablierung eines Generalkartells hinauslaufen werden, beschleunigt. Je weiter dieser Prozeß jedoch voranschreite, desto mehr werde der Kapitalismus in seiner nächsten Entwicklungsstufe neue Methoden implementieren, die das Marktprinzip der freien Konkurrenz durch das einer rational geleiteten Vereinbarungsform ersetzen. Obwohl internationale Konkurrenz- und Konfliktsituationen auch weiterhin bestehen werden, schlußfolgerte er, daß imperialistische Konkurrenz im organisierten Kapitalismus faktisch nicht länger Bestand haben werde, da sie sich im Weltkrieg für die beteiligten Industriestaaten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als nachteilig erwiesen habe. Statt dessen werde der Staat die führende und gestaltende Funktion in der Wirtschaftsordnung übernehmen. Für die politische Strategie der Sozialdemokraten bedeutete dies in der Konsequenz, daß das Proletariat über de-

---

<sup>215</sup> Lenin hatte 1917 bei seiner Analyse des Übergangs des Kapitalismus von der Situation freier wirtschaftlicher Konkurrenz zum Imperialismus die These vom Monopolkapitalismus als neuem Bestimmungsfaktor für eine folgende imperialistische Neuaufteilung der Welt in Einflußsphären internationaler Monopole aufgestellt und damit die bislang vorherrschende eurozentristische Sichtweise durchbrochen sowie Perspektiven zur Weltrevolution gegeben, die nicht länger notwendigerweise von den Industriezentren ausgehen müsse. Für den aus Konzentrations- und Zentralisationsprozessen des verschmelzenden Finanz- und Industriekapitals erwachsenden Monopolkapitalismus steigt nach Lenin die Bedeutung des Kapitalexports über den des Warenexports. Aus diesem Grund werde er die Neuaufteilung der Interessensphären forcieren. Politisch interpretierte Lenin diesen Vorgang vor dem Hintergrund einer steigenden wirtschaftlichen Bedeutung des Staates als Tendenz zur Monopolisierung politischer Macht in den Händen des Monopolkapitals und damit zur Reaktion. Seine Theorie kann zweifellos als richtungsweisend für die spätere Einschätzung des Faschismus als terroristische Diktatur des Monopolkapitals durch die KI aufgefaßt werden. Vgl. W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, Berlin (Ost) <sup>16</sup>1979.

<sup>216</sup> Vgl. R. Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1947.

mokratische Wahlen an die Schaltstellen politischer Macht gelangen und auch die Wirtschaftsplanung kontrollieren werde und somit den Übergang vom organisierten Kapitalismus zum Sozialismus organisch gestalten könne. Aus diesem theoretischen Zusammenhang resultierte das Primat der Politik in der sozialdemokratischen Strategie, denn eine strukturelle Begrenztheit staatlichen Handelns für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse wurde nicht für möglich gehalten. Ergänzt durch Otto Bauers Theorie vom 'Gleichgewicht der Klassenkräfte', mit der übertragen auf die politische Ebene die Regierungszusammenarbeit sozialistischer Parteien mit bürgerlichen Kräften in einem als klassenneutral aufgefaßten Staat als politisches Zwischenstadium legitimiert wurde<sup>217</sup>, wurde auf der Grundlage beider Thesen zwar nicht ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen Kapitalismus und imperialistischer Gewalt in Frage gestellt. Im Gegensatz zu Lenin wurden allerdings ökonomische, aus der Struktur des kapitalistischen Systems bedingte Ursachen für imperialistische Gewaltanwendung ausgeschlossen. Gleichzeitig war mit dieser ökonomistischen Sichtweise einer breiten Ursachenbestimmung für die Anwendung faschistischer Gewalt natürlich Tür und Tor geöffnet, und sie begründet folgerichtig die Interpretationsvielfalt für die Entstehung faschistischer Bewegungen und die Errichtung faschistischer Herrschaft durch die sozialistischen Theoretiker.

Die Faschismusanalyse innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie unterschied sich von der Diskussion in bürgerlichen Kreisen vor allem dadurch, daß sie sich weniger in einem philosophischen oder soziologischen Rahmen bewegte, sondern politisch motiviert und entsprechend auch auf eine politische Lösung des Problems ausgerichtet war. Obwohl es in der sozialdemokratischen Faschismuskonversation als Spiegelbild zu den diversifizierten Ansätzen in der SAI sehr unterschiedliche Meinungen und Ausrichtungen gab, kann dennoch ein tragfähiger gemeinsamer Nenner festgestellt werden. Wie Meissner - die bisherigen Ergebnisse zusammenfassend - auf dem XVII. Parteitag herausarbeitete, ist der Faschismus in seinem Wesen eine Bewegung, die vorrangig auf den Erhalt der alten kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausgerichtet sei. Dementsprechend müsse er als eine neue Maske betrachtet werden, die sich der Kapitalismus aufgesetzt habe, um die Demokratie und den Sozialismus zu unterdrücken. Dabei wende er sich nicht nur gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung, sondern bekämpfe die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Meissner stellte weiterhin fest, daß der Faschismus den Klassenkampf nicht beseitige, sondern ihn selbst weiterführe, auch wenn er sein politisches Streben als klassenübergreifend und ständisch verklausuliert. Schließlich erhöhe der Faschismus die Gefahr eines imperialistischen Krieges, da er auf imperialistische Expansion abziele<sup>218</sup>.

Innerhalb der ČSD bemühte sich besonders Jaroslav Čecháček systematisch um eine theoretische Einordnung des Phänomens Faschismus. Über diesen Autor, der zu den Intellektuellen des linken Parteiflügels um die *Dělnická akademie* gehörte, gewann die sog. 'Mittelstandstheorie' Bedeutung für die Interpretation des Entstehens faschistischer Bewegungen und des Erfolgs

<sup>217</sup> Bauer entwickelte seine Theorie über einen längeren Zeitraum und in mehreren Arbeiten. Als grundlegend sind zu betrachten O. Bauer: Bolschewismus oder Sozialdemokratie? (1920), in: Ders.: Werksausgabe, a.a.O., Bd. 2, S. 223-357; ders.: Die österreichische Revolution (1923), in: ebd., Bd. 2, S. 489-866; ders.: Das Gleichgewicht der Klassenkräfte (1924), in: ebd., Bd. 9, S. 55-71.

<sup>218</sup> Vgl. Protokoll XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 53 ff.

faschistischer Regime, wie sie in den zwanziger Jahren insbesondere im deutschen Sprachraum entwickelt worden war. Ziel dieses Diskurses war es zu erklären, warum eben jene sozialen Schichten den Faschismus unterstützen, deren eigentliche Interessen im sozialistischen Verständnis in der politischen Praxis des Faschismus gerade nicht vertreten werden. Den politisch-programmatischen Hintergrund für diese Diskussion bildete die präferierte Strategie, dem Faschismus durch die Gewinnung der ihn tragenden Mittelschichten die soziale Basis zu entziehen. Durch politische Aufklärung und ideologische Agitation müsse den Mittelschichten deutlich gemacht werden, daß der Faschismus nicht in der Lage sei, gesellschaftliche Widersprüche im Kapitalismus zu lösen, sondern diese nur verstärke. Demgegenüber würden mittelständische Anliegen nur im Sozialismus erfüllt werden können. Für die politische Arbeiterbewegung bedeutete eine konsequente Umsetzung der Mittelstandstheorie in eine antifaschistische Strategie im Umkehrschluß eine programmatische Öffnung der sozialistischen Parteien für nicht-proletarische Bevölkerungsschichten.

Čecháček beobachtet in seinen Diskussionsbeiträgen - insbesondere nach der Machtergreifung Hitlers - eine Fokussierung der Faschismusanalyse innerhalb der europäischen Sozialistengemeinde auf die Frage taktischer Fehler einzelner Arbeiterparteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten resp. entsprechende Rechtfertigungsversuche politisch Verantwortlicher. Diese Diskussionen erachtet er hierin zwar als notwendig für die Revision der antifaschistischen Strategie, als Erklärung für den Aufstieg und den politischen Sieg faschistischer Bewegungen reichen sie seiner Ansicht nach jedoch nicht aus<sup>219</sup>. Um die Demokratie gegenüber dem Faschismus resistenter und die Arbeiterbewegung schlagkräftiger zu machen, dürfe der Faschismus nicht nur politisch als Gegenpol zur Demokratie begriffen werden, sondern es gelte, bei der Faschismusanalyse tiefer zu gehen und dessen wirtschaftliche, soziale und psychologische Implikationen einzubeziehen. Die faschistischen Revolutionen in Italien und Deutschland und ähnliche Entwicklungen in Österreich, Ungarn und Polen sowie in abgeschwächter Form in einer Reihe anderer Länder zeigen ihm eindeutig, daß es sich hierbei um keine zufälligen Entwicklungen handeln konnte, "sondern im Gegenteil um eine Begleiterscheinung des jetzigen Kapitalismus, der unter der Überschrift der Wirtschaftskrise derart politisch-umstürzlerische Formen annimmt"<sup>220</sup>. Dabei - so Čecháček's These - sei es vor allem die wirtschaftliche Seite des Faschismus, die die politische Ausprägung des an der Macht befindlichen Faschismus bestimme. Trotz aller temporären Verbindungen zum Großkapital, zum Großgrundbesitz und sogar zu Teilen der Arbeiterschaft ist der Faschismus in seinem Wesen und in seiner sozialen Struktur vor allem eine mittelständische Bewegung mit einer vordergründig antikapitalistischen Ausrich-

---

<sup>219</sup> "Wer nämlich glaubt, daß er nur in der Taktik der sozialistischen Parteien die Erklärung für die letzten Ereignisse findet, soll der Reihe nach die Ereignisse in Deutschland, in Österreich, die Taktik der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei gegenüberstellen, und er wird bei näherer Betrachtung sofort feststellen, daß es nicht möglich ist, einen gemeinsamen Nenner zu finden, auf dem sich eine Erklärung des Faschismus zweifelsfrei durchführen läßt, daß es nämlich nur die Taktik des politischen Ansatzes war, die vollständig alles erklärt, was geschehen ist, und daß es wiederum nur die Änderung der politischen Taktik wäre, die die Arbeiterklasse ganz vor der faschistischen Gefahr schützen und sie zum neuen Sieg führen würde." Jar. Čecháček: Německé události, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 145-151, S. 145.

<sup>220</sup> Jar. Čecháček: Vzpouza (1933), a.a.O., S. 115.

tung. Hieran wird bereits deutlich, daß Čecháček - ähnlich wie alle anderen Vertreter der Mittelstandstheorie<sup>221</sup> - einen strukturellen Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus nicht anerkannte. Die Beziehungen zwischen einer ansonsten unabhängigen faschistischen Partei und dem Großkapital sind für ihn also nur eine punktuelle, temporäre und eher zufällige Form der Zusammenarbeit. Es erscheint ihm nicht einmal relevant, die Frage der finanziellen Unterstützung des Faschismus durch Finanzkreise überhaupt zu thematisieren.

Vor dem Hintergrund dieser sozialen Basis sei der Faschismus ein Versuch des bürgerlichen Mittelstandes, sich gemeinsam gegen die Gefahr einer Proletarisierung zu wehren, die ihm von Seiten des Großkapitals drohe. In diesem Sinne sei der Faschismus "ein gesellschaftliches Bestreben, eine zentralistische Diktatur der Mittelschichten zu errichten, die alle anderen gesellschaftlichen Gruppen ausschließt; auf ökonomischer Seite soll er aber eine gebundene Wirtschaft aufbauen, kontrolliert und geführt durch den Staat zum Vorteil der Mittelschichten unter Wahrung der Grundlagen des Privateigentums und bei gleichzeitiger Aufzwingung des diktatorischen Willens auf die Arbeiterklasse, die gewaltsam um ihre eigenen Vertretungsorgane gebracht wird"<sup>222</sup>. Der Faschismus zielt darauf ab, den Klassenkampf zu beseitigen, um auf diese Weise einen Zustand relativer gesellschaftlicher Ruhe herbeizuführen, der weder vom Großkapital noch von der Arbeiterklasse bedroht wird. Der soziale Gedanke des Faschismus bekommt somit den Charakter eines Korporativismus, der im voraus alle gesellschaftlichen Konflikte durch gesellschaftspolitische Kompromisse auszugleichen sucht. Damit hat der Autor zwar eine politische Funktion des Faschismus definiert, die sich in stringenter Ableitung aus der sozialen Basis ergibt, er vermag jedoch kein gesellschaftspolitisches Ziel auszumachen, das nur über die politische Ausschaltung der Arbeiterklasse zu erreichen wäre. Die politische Bedeutung dieses "Aufruhrs des Mittelstandes" sieht Čecháček in einer kompletten politischen und ideologischen Isolierung der städtischen Bourgeoisie und des Großkapitals, denn durch das Anwachsen der Klassengegensätze würden nunmehr erstmals wichtige Unterstützer der bürgerlichen Weltanschauung beginnen, sich vom Liberalismus abzuwenden und mit eigenen Mitteln und mit einer eigenen Ideologie um ihre soziale Existenz zu kämpfen<sup>223</sup>.

Wie Čecháček durch eine Modifizierung des Marxschen Schemas von der Zwei-Klassen-Gesellschaft weiter ausführt, ist der Mittelstand eine gesellschaftliche Gruppe zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Er bezeichnet ihn deshalb als "Zwischenklasse"<sup>224</sup> (*meziřída*) mit stark parasitären Zügen im Sinne gesellschaftlicher Produktion, die sowohl zu Lasten des Proletariats als auch der Bourgeoisie geht. Als solche ist der Mittelstand jedoch ebenfalls keine einheitliche Klasse mit gleichen Klasseninteressen, sondern er ist in zwei gesellschaftliche Gruppen gespalten. Um die unterschiedlichen, teilweise konträren Klasseninteressen dieser beiden Gruppen besser verdeutlichen zu können, ersetzt er die bislang geläufige, vom unterschiedlichen Zeitpunkt ihrer Entstehung abgeleitete Unterscheidung zwischen 'altem' und 'neuem' Mit-

<sup>221</sup> Vgl. Saggau (1981), a.a.O., S. 25 ff.

<sup>222</sup> Jar. Čecháček: Vzpouza (1933), a.a.O., S. 108.

<sup>223</sup> Vgl. Jar. Čecháček: Německé události, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 145-151, S. 151.

<sup>224</sup> Jar. Čecháček: Sociální profil fašismu. Poválečné revoluce, in: Ders./W. Jankovec/V.Patzak/J. Vozka: Fašismus mezinárodní, Praha 1933, 6-17, S. 16.

telstand durch zwei neue analytische Kategorien, ohne dabei die soziale Zusammensetzung der Gruppen zu modifizieren, wie sie von Theodor Geiger u.a. gebraucht wurde<sup>225</sup>. Die Gruppen der Handwerker, Gewerbetreibenden, Bauern und Häusler fallen unter die sog. "produktive und distributive Schicht" des Mittelstandes (*vrstva výrobní a distributivní*), die sog. "Lohngruppe" (*vrstva námezdná*) wird aus den Beamten, den Angestellten aller Wirtschaftssektoren, der Intelligenz und den freien Berufen gebildet<sup>226</sup>. Verbindend ist für diese Gruppen lediglich, daß sie beide von einer Proletarisierung bedroht sind. Der Protest hiergegen, wie er sich bei beiden im Bekenntnis zum Faschismus ausdrückt, hat jedoch für jede der Gruppen eine unterschiedliche Zielrichtung. Der Protest der produktiven und distributiven Schichten richte sich gegen die Institutionen staatlicher Sozial- und Wirtschaftspolitik, gegen das Finanzkapital, das in Form von Industriekartellen und restriktiver Kapitalvergabe mittelständisches Wirtschaften erschwert, sowie gegen die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften als Vertretungs- und Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiterschaft. Demgegenüber habe der Protest der Lohngruppen vor allem sozialpsychologische Gründe und richte sich mittels des Faschismus weniger konkret gegen einen allgemeinen gesellschaftlichen Bedeutungsverlust<sup>227</sup>.

Eine Gemeinsamkeit beider Gruppen sieht Čecháček in ihrer klaren Frontstellung gegen das politisch bewußte Proletariat, da der Sozialismus von ihnen nur als Durchsetzung des Industrialismus verstanden wird, der wiederum die sozioökonomische Existenz des Mittelstandes bedroht resp. zerstören wird. Doch auch in dieser scheinbaren Gemeinsamkeit sieht Čecháček eine Differenzierung zwischen beiden Gruppen. Während die antiproletarische Ideologie bei den Lohngruppen vor allem durch soziale Motive bestimmt sei, die sich in Furcht vor der Proletarisierung und Neid auf die politischen Erfolge der organisierten Arbeiterbewegung seit Kriegsende ausdrückt, läßt sie sich bei der ersten Gruppe vorrangig aus den Marktgesetzen im Kapitalismus erklären. Konnten Großbetriebe die unternehmerischen Einschränkungen in den zwanziger Jahren durch Arbeitszeitverkürzungen, ein steigendes Lohnniveau durch Tariflöhne, gesetzliche Auflagen zum Arbeitsschutz oder Sozialleistungen mittels Rationalisierung weitgehend kompensieren, so bedeuten diese Maßnahmen für kapitalschwache Kleinunternehmen eine erhebliche Einschränkung ihrer Konkurrenzfähigkeit. Sie drängen durch den Faschismus deshalb darauf, diese sozialen Errungenschaften wieder rückgängig zu machen, dem Proletariat alle organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten zum Klassenkampf zu entziehen und den Arbeiter somit zu einem ausschließlichen "Arbeitssoldaten" zu degradieren<sup>228</sup>.

Der "Aufruhr des Mittelstandes" artikuliert sich nach Čecháček Meinung antidemokratisch, da die Mittelschichten sowohl ökonomisch als auch politisch in der Situation freier Konkurrenz stets unterliegen werden. Das Großkapital ist dem Mittelstand organisatorisch, finanziell und technisch-innovativ überlegen, und auf politischem Gebiet kann der Mittelstand, dessen diversi-

<sup>225</sup> Vgl. Th. Geiger: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637-53; und ders.: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932.

<sup>226</sup> Vgl. zur Typologisierung besonders Jar. Čecháček: Vzpoura (1933), a.a.O., S. 25 ff.

<sup>227</sup> Vgl. Jar. Čecháček: Sociální profil fašismu (1933), a.a.O., S. 9, 13 und ders.: Německé události, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 145-151, S. 147.

<sup>228</sup> Vgl. Jar. Čecháček: Sociální profil fašismu (1933), a.a.O., S. 14 ff.

fizierte Interessenlagen sich nur schwer einheitlich organisieren lassen, gegenüber der starken Organisationskraft der Arbeiterschaft nicht bestehen. Mit dieser These reflektiert der Autor zwar den Umstand der faktischen Isolation mittelständischer Interessen im politischen System der ČSR, in dem die Wirtschaftspolitik ausschließlich von den verlängerten politischen Armen der Agrar-, Industrie- und Bankenverbände bestimmt war und in dem die tschechische Gewerbspartei diesen lediglich als temporäre Mehrheitsbeschafferin diente. Er überschätzt zugleich aber eindeutig die Effizienz der Gewerkschaften, die aufgrund ihrer übermäßigen organisatorischen Zersplitterung kaum mehr wirtschafts- und sozialpolitischen Einfluß ausüben konnten als die Gewerbeverbände. Wie ihm das italienische und das deutsche Beispiel verdeutlichen, ruft der sich im Faschismus organisierende Mittelstand deshalb nach Gebundenheit statt freien Wettbewerbs, nach ständischen Lösungen und nach der vollständigen Zerschlagung seiner politischen Gegner. Er ist zum Schutz seiner Klasseninteressen bestrebt, seine spezifische, aus der Vergangenheit übernommene ständische Organisationsform im Zunftwesen zur Staatsform und zur Form der Staatsorganisation zu machen. Damit ist der reaktionäre Charakter des Faschismus beschrieben. Für den Autor ist er also nichts anderes als der Versuch eines Rückzugs in ein geschichtliches Stadium, in dem der Mittelstand seine sozioökonomische Position als gesichert betrachtete. Er vermag dieses Stadium jedoch nicht näher zu spezifizieren oder zeitlich einzugrenzen, was vor allem dadurch begründet ist, daß dies historisch auf der Grundlage der von ihm vorgenommenen gesellschaftlichen Definition der Mittelschichten überhaupt nicht möglich wäre. In diesem Zusammenhang ist der Antisemitismus neben seinen ideologischen und rassistischen Motiven nach Čecháček's Ansicht auch nur eine weitere Maßnahme zur Wettbewerbseinschränkung<sup>229</sup>. Auch wenn der Faschismus verbal antikapitalistisch auftritt, so ist er doch in dem Sinne eine kapitalistische Bewegung, als daß er "grundsätzlich nichts Substantielles am Erscheinungsbild des Kapitalismus und seiner Ausbeutung verändert. Sein antikapitalistisches Programm ist nämlich nur insoweit antikapitalistisch, wie es einzelne Merkmale und Folgen des wirtschaftlichen und politischen Kapitalismus betrifft, während Kapitalismus und Faschismus prinzipiell übereinstimmen. Der Faschismus behält die kapitalistische Ordnung im Grunde genommen bei, er denkt sich kein völlig neues Weltbild aus und propagiert es nicht wie der Sozialismus, sondern er wendet sich nur gegen einige seiner Auswüchse nach dem Krieg, wie es die Vorherrschaft der Banken und der Schwerindustrie, die Macht der Kartelle und Trusts, die Wucherzinsen, die Rationalisierung usw. sind."<sup>230</sup>

Für den Erfolg faschistischer Revolutionen macht Čecháček vor allem die gesellschaftliche Machtstellung des Mittelstandes verantwortlich. Die produktiven und distributiven Schichten halten die Mehrheit der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte in ihren Händen, und die Lohngruppen kontrollieren den Staatsapparat sowie die privatwirtschaftlichen Sektoren. Demgegenüber schätzt Čecháček die Machtpositionen des Proletariats als sehr viel fragiler ein, womit er sich indirekt gegen die Sichtweise seines Parteivorstands wendet, der seine sozialistische Strate-

<sup>229</sup> Er belegt dieses Phänomen der Wettbewerbseinschränkungen für Deutschland mit konkreten Beispielen. Vgl. Jar. Čecháček: Německé události, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 145-151, S. 149.

<sup>230</sup> Jar. Čecháček: Sociální profil fašismu (1933), a.a.O., S. 12 f.

gie im Kontext der These von der Wirtschaftsdemokratie in erster Linie auf den Ausbau und die Sicherung proletarischer Machtstellungen im Staat und in der Wirtschaft ausgerichtet hatte. Sie basiert lediglich auf einer ökonomischen Stellung in den Betrieben und schwächt sich proportional mit dem Absinken des Beschäftigungsgrads ab. Diese Analyse führt Čecháček zu der These, daß sich bereits lange vor dem Erfolgen des faschistischen Umsturzes die Mehrheit der Schlüsselpositionen im Staat in den Händen der Konterrevolution befinde<sup>231</sup>. Da die soziale Basis des Mittelstandes zu schmal ist, um auch die faschistische Revolution tatsächlich erfolgreich durchführen zu können, muß diese Basis unbedingt erweitert werden. "Dies kann nur um den Preis der agitatorischen Gewinnung von Arbeiterschichten erfolgen. Das ist der Grund für die Existenz faschistischer Gewerkschaftsorganisationen, verschiedene agitatorische Versuche unter den Arbeitslosen, die dem Faschismus als besonders geeignete Masse für die Agitationsarbeit erscheinen etc."<sup>232</sup> Damit nimmt Čecháček eine Unterscheidung von sozialer Basis und Wählerpotentialen faschistischer Parteien vor, die in der SPD-Diskussion vor 1933 keineswegs so selbstverständlich war<sup>233</sup> und damit einen eindeutigen Lernprozeß in der sozialistischen Faschismusanalyse darstellt.

Dennoch zeigt sich Čecháček wie der überwiegende Teil seiner sozialistischen Zeitgenossen für eine sozialistische Zukunft Europas sehr optimistisch und begründet diese Zuversicht sozio-ökonomisch mit der Unfähigkeit des Faschismus an der Macht, auf seiner kapitalistischen Grundlage die programmatischen Forderungen des Mittelstandes durchsetzen zu können. An dieser Stelle wird die mechanische Ableitung der sozialen Funktion des Faschismus aus seiner sozialen Basis bildlich. Im modernen kapitalistischen Staat wird es weder möglich noch volkswirtschaftlich ratsam sein, die Großbetriebe zu zerschlagen, ohne dadurch die allgemeine Wirtschaftskraft des Staates und damit den Lebensstandard der Gesellschaft zu senken und auch die Position der Kleinbetriebe zu unterminieren, die im Wirtschaftskreislauf als Zulieferer oder Nischenanbieter eng mit dem Wachstum der Großbetriebe verbunden sind. Ebenso werden von einer allgemeinen Absenkung der Arbeiterlöhne und einer Reduzierung der Sozialleistungen die Lohngruppen des Mittelstandes betroffen sein. Aus diesem Grund, so sein Szenario, wird bereits bald nach dem faschistischen Umsturz die negative Einheitsfront des Mittelstandes aufgrund der Nichtdurchführbarkeit ihres ökonomischen Programms zersprengt, und beide mittelständischen Gruppen werden in einen nicht zu überwindenden Gegensatz geraten. Nutznießer dieses Prozesses wird der Sozialismus sein. Auch wenn der faschistische Staat die proletarischen Organisationen als Trägerinnen der sozialistischen Ideologie zerschlägt, wird der Sozialismus selbst jedoch nicht beseitigt werden können. Umsomehr werden sich die Mittelschichten im Faschismus an der Macht davon überzeugen können, daß einzig die kapitalistischen Entwicklungsgesetze ihre ökonomische und gesellschaftliche Stellung bedrohen und deren Sicherung nur in der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln erfolgen kann<sup>234</sup>. Der

<sup>231</sup> Vgl. Jar. Čecháček: Der Aufruhr des Mittelstandes, in: Tribüne 6 (1933), 200-05, S. 203; und ders.: Německé události, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 145-151, S. 149 f.

<sup>232</sup> Jar. Čecháček: Sociální profil fašismu (1933), a.a.O., S. 16.

<sup>233</sup> Vgl. Saggau (1981), a.a.O., S. 25 ff.

<sup>234</sup> Vgl. Jar. Čecháček: Der Aufruhr des Mittelstandes, in: Tribüne 6 (1933), 200-05, S. 203 f.

offensichtlich bestehende theoretische Widerspruch, daß große Teile des Mittelstandes sich gerade über den Privatbesitz definieren, scheint für ihn hierbei keine Bedeutung zu haben. Jedenfalls wird nicht thematisiert, was an den produktiven und distributiven Schichten des Mittelstandes nach der Abschaffung des Privateigentums noch mittelständisch ist. Insgesamt schreibt Čecháček dem Sieg des Faschismus als einem Versuch des Mittelstandes zur Lösung von kapitalismushäufigen Entwicklungsproblemen eine historische Bedeutung zu. Denn das Ende des Faschismus, so seine überzeugte Prognose, wird den Sieg des Sozialismus bedeuten.

Čecháček sprach sich in seinen Arbeiten immer wieder entschieden gegen eine evidenten fatalistische Grundstimmung unter den einzelnen nationalen Arbeiterbewegungen gegenüber geschichtlichen Prozessen aus und warnte davor, lediglich passiv abzuwarten, bis sich der oben skizzierte Erkenntnisprozeß bei den Mittelschichten einstelle. Auch wenn sich in den Ländern, in denen der Faschismus noch nicht gesiegt habe, der Aufstand des Mittelstandes im wirtschaftlichen Bereich nicht verhindern ließe, kann doch der politischen Form des Faschismus, wie sie in der Ersetzung des Parlamentarismus durch die diktatorische Alleinherrschaft einer faschistischen Partei und den Terror gegen seine Gegner ihren Ausdruck findet, taktisch begegnet werden. Die Arbeiterbewegung müsse dazu unter Einbeziehung aller demokratischen Kräfte dem Faschismus unter Wahrung des Realitätsbezugs aktiv entgegentreten, um die Mittelschichten davon zu überzeugen, daß es im Sinne der Bündelung sozialer Energien für sie günstiger sei, mit dem Proletariat zu gehen als gegen es zu arbeiten. Hierbei erweise es sich als vorteilhaft, daß der Mittelstand eben keine einheitliche Klasse sei, sondern in die Lohngruppen und die produktiven und distributiven Schichten mit ihren gegenläufigen Klasseninteressen gespalten sei. Die bisherigen Bemühungen der Sozialdemokraten, die Mittelschichten für den Sozialismus zu gewinnen, wertet Čecháček als kläglich gescheitert. Bereits im Erfurter Programm und in Kautskys Ausführungen dazu war die Zwangsläufigkeit der Proletarisierung der Mittelschichten im Kapitalismus prognostiziert worden, ohne diese Erkenntnis jedoch in der Folgezeit in irgendeiner Form politisch auszunutzen. Das größte Defizit lag seiner Meinung nach darin, daß die sozioökonomischen Bedingungen, unter denen das Mittelstandsproblem entstanden ist, in der sozialistischen Theoriediskussion nicht adäquat thematisiert und strategisch berücksichtigt wurde und daß die Bedeutung geistiger Arbeit in der Arbeiterbewegung weit unterschätzt wurde<sup>235</sup>.

Um dieses Defizit aufzuholen und somit einen Ausweg aus der Situation faschistischer Bedrohung zu finden, formuliert Čecháček für den Sozialismus eine Reihe politischer Notwendigkeiten und Prämissen. Zunächst werde es entscheidend sein, daß die Initiative zur Lösung des komplexen mittelständischen Problems nunmehr von den Sozialisten ausgehe. Aus dieser Initiative heraus müsse im folgenden Schritt mit aller Kraft ein gemeinsamer politischer Weg mit den Mittelschichten gefunden werden. Dabei gibt sich Čecháček keineswegs der Illusion hin, daß die produktiven und distributiven Schichten als Besitzer von Produktionsmitteln sich zum Sozialismus bekennen werden. Dennoch sollte es möglich sein, Gewerbetreibende, Handwerker und Häusler davon zu überzeugen, daß die eigentliche Gefahr für sie nicht vom Proletariat, sei-

---

<sup>235</sup> Vgl. Jar. Čecháček: Vzpoua (1933), a.a.O., S. 71 ff.

nen politischen und wirtschaftlichen Organisationen oder Lohnforderungen ausgehe, sondern vom Monopolkapital, vom Großgrundbesitz und von den Großbetrieben. Auf diese Weise ließe sich zumindest eine Neutralisierung dieser Gruppe erreichen. Demgegenüber sei die Einbeziehung der Lohngruppen des Mittelstandes in die sozialistische Bewegung aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entscheidend und politisch auch machbar, um so die negative Einheitsfront des mittelständischen Faschismus zu zersprengen. Eigentlich gehören die Lohngruppen zum Proletariat, und es sei lediglich die bürgerliche Ideologie, die diese beiden großen gesellschaftlichen Gruppen voneinander trennt<sup>236</sup>. Als ein großes Hindernis auf diesem Weg wertet er es jedoch, daß alle sozialistischen Parteien nach wie vor betonen, daß sie vor allem Arbeiterparteien seien, mit der Folge, daß alle nicht-proletarischen Schichten sich in der Sozialdemokratie nicht zuhause fühlen können, sondern sich lediglich politisch instrumentalisiert sehen<sup>237</sup>. Um seine Aufgabe als Vorkämpfer großer gesellschaftlicher Umwälzungen erfüllen zu können, betrachtet es Čecháček nunmehr als die Hauptaufgaben des Sozialismus, zum einen seine parteipolitische Gebundenheit aufzulösen und in sein Anfangsstadium zurückzukehren, als breite gesellschaftliche Bewegung, die alle Unzufriedenen in seiner Organisation vereinigt. Zum anderen müsse sich der Sozialismus "regenerieren und zu seinen allgemein menschlichen und gesamtgesellschaftlichen Idealen und Zielen zurückkehren, wo die Arbeiterschaft nicht nur zum Herold der Sozialversicherung und der Betriebsräte wird, sondern die gesamte Gesellschaft umwandelt, die allen gerecht wird, die sich im Kapitalismus nicht zuhause fühlen"<sup>238</sup>. Konkret versteht er darunter, daß der Sozialismus den Zielen und Forderungen der mittelständischen Lohngruppen eine gesteigerte Aufmerksamkeit schenken, ihnen mit dem ihnen gebührenden Respekt begegnen und für sie in den Reihen der sozialdemokratischen Parteien politisch-organisatorische und ideologische Freiräume schaffen muß. Es gelte, zukünftig jegliche Uniformität des Denkens aufzugeben, bestehende Ängste vor geistiger Autonomie neuer Anhänger abzulegen und sich weltoffen und kritikfähig zu zeigen.

Wurde dieser von dem Autor hiermit beschriebene Weg zur sozialdemokratischen Volkspartei, der dann vor allem auf der Einsicht basierte, daß die funktionalen Veränderungen von Arbeitsabläufen eine Ausweitung von Berufsbildern zur Folge haben werden und dadurch eine Differenzierung im gesellschaftlichen Sozialgefüge bewirken, das dann eben nicht länger als eine Klassengesellschaft beschrieben werden kann, von den europäischen sozialdemokratischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg mit Erfolg besritten, muß aus der Situation der dreißiger Jahre heraus jedoch festgestellt werden, daß in diesem Szenario doch eher der fromme Wunsch Vater des Gedankens war. Schon aus der Erfahrung im eigenen Land hätte Čecháček ersehen können, daß eine politische und soziale Solidarisierung aller lohn- und gehaltsabhängigen Be-

---

<sup>236</sup> Vgl. ebd., S. 121 ff.

<sup>237</sup> "Ich denke, daß eben dieser 'Arbeitercharakter' [*dělnickost*] die große Mehrheit der sozialistischen Parteien daran hinderte, das eigentliche mittelständische Problem in seiner ganzen Breite zu begreifen. Die sozialistischen Parteien haben es vergessen, Vertreter all derer zu sein, die durch den Kapitalismus bedroht und ausgebeutet werden, und wurden zu ausschließlichen Sprechern reiner arbeitständischer Interessen, die dann nur noch den soziologischen Abgrund vertieften, der zwischen Arbeiter und Kanzleiangestelltem bestand." Ebd., S. 124.

<sup>238</sup> Ebd., S. 126 f.

völkerungsschichten gegen die Folgen des kapitalistischen Konzentrations- und Monopolisierungsprozesses in einer Zeit höchster Ideologisierung aller gesellschaftspolitischen Fragen wenig aussichtsreich war. Wie bei allen anderen Vertretern der Mittelstandstheorie muß es aus diesem Grund auch bei Čecháček als Defizit gewertet werden, daß die spezifische Funktion der faschistischen Ideologie mit ihren festen Bestandteilen Nationalismus, Rassismus und Führergedanke keine Berücksichtigung bei der Benennung der Ursachen für die Entstehung und den Aufstieg faschistischer Bewegungen fand. Ebenso wurden die Agitationstechniken faschistischer Parteien nicht für die Ursachenfindung thematisiert<sup>239</sup>. Daneben zeigt sich auch bei Čecháček das Problem, daß es sich bei seiner Definition der Mittelschichten vorrangig um eine Kategorisierung zur Erklärung politischer Sachverhalte handelte, die nicht das Ergebnis realer Gesellschaftsanalyse war. Deshalb gelang es dem Autor mit der von ihm vorgenommenen Klassifizierung nicht darzustellen, wie die jeweiligen Gruppen aufgrund ihrer sozioökonomischen, mentalen und politischen Unterschiedlichkeiten in die Sozialstruktur implementiert waren. Die vorgenommene analytische Differenzierung und die Einbeziehung sozialpsychologischer Momente zeigten dem Autor zwar, daß es im Mittelstand durchaus eine heterogene Bewußtseinsausprägung und divergierende soziale und ökonomische Interessen gab, letztlich überwog aber theorieimmanent die sozioökonomische Argumentation. D.h. es gelang ihm nicht wirklich, aus der Analyse einer sozioökonomischen Lage heraus Auswirkungen auf ein politisches Bewußtsein darzustellen, solange prägende Faktoren wie die bürgerlichen Erziehungsnormen, Mentalitätsstrukturen, Traditionen oder die Kriegs- und Krisenerfahrung unberücksichtigt blieben. Zwar ließ sich auf diese Weise ein politischer Gegner herausfiltern und auch eine antifaschistische Strategie generieren, doch scheint es fraglich, ob sich damit tatsächlich Aufschluß über die Beweggründe für eine Wahlentscheidung für eine faschistische Partei gewinnen lassen konnten. So weist *Wippermann* darauf hin, daß vieles für die These spreche, "daß die Anziehungskraft der historischen faschistischen Parteien mehr auf sozialpsychologischen denn auf sozialen Motiven basierte"<sup>240</sup>.

Der zweite große Problemkomplex, der besonders bei Čecháček offenbar wird, ist die Interpretation des Faschismus als "Aufruhr des Mittelstandes", also die Einordnung des Faschismus als einen Radikalismus der politischen Mitte. Dieses Herzstück der sozialistischen Mittelstandstheorie ist durch die Ergebnisse der historisch-empirischen Wahlforschung zweifelsfrei widerlegt worden. Überall in Europa überwog in der Aufstiegsphase faschistischer Parteien zwar der gesellschaftliche Mittelstand als soziale Basis und Wählerschicht, doch besonders die NSDAP entwickelte sich schnell zu einer '*catch-all party*', die neben den Oberschichten auch von weiten Teilen der gesellschaftlichen Unterschichten - und unter diesen keineswegs nur von den Arbeitslosen - unterstützt und gewählt wurde<sup>241</sup>. Und schließlich gibt es in der geschichtswissenschaftlichen Forschung keinen Hinweis darauf, daß die soziale Basis einer faschistischen

---

<sup>239</sup> Eine rühmliche Ausnahme bildeten hierbei die Arbeiten Carlo Mierendorffs.

<sup>240</sup> W. Wippermann: Faschismustheorien in systematischer Perspektive, in: Grebing/Kinner (1990), a.a.O., 15-23, S. 19.

<sup>241</sup> Vgl. Wippermann (1997), a.a.O., S. 71 ff.

Bewegung oder Partei letztlich einen Einfluß auf deren Politik ausüben konnte. Vielmehr setzte der Faschismus an der Macht alles an die Durchsetzung monopolkapitalistischer Interessen. In Deutschland zeichnete sich diese Entwicklung schon vor 1933 ab und verstärkte sich mit Hinblick auf die Kriegsvorbereitung<sup>242</sup>. Hinter dieser Sichtweise steckt das analytische Problem, daß die Mittelstandstheorie Rückschlüsse von der sozialen Basis auf die soziale Funktion des Faschismus zu ziehen resp. diese pauschal gleichzusetzen suggeriert, die in dieser Form unzutreffend sind. Denn es hat sich erwiesen, daß der Faschismus an der Macht stets eine eigene, von den Trägergruppen unabhängige Dynamik entwickelte, die vor allem von der Ideologie, von dem etablierten Herrschaftssystem und von seinen Urhebern bedingt war.

Positiv muß demgegenüber hervorgehoben werden, daß der Autor seine Partei für das Problem sensibilisieren wollte, die eigene Programmatik nicht nur auf proletarische Interessen zu fokussieren. Die von ihm angestellten Überlegungen, daß die sozialistischen Parteien den seit der Wirtschaftskrise feststellbaren gesellschaftlichen Umschichtungs- und Radikalisierungstendenzen auch mit einer aktiven Mittelstandspolitik begegnen mußten, waren zweifellos berechtigt. Stellte die von ihm in diesem Zusammenhang explizit erhobene Forderung nach einer forcierten Öffnung der ČSD für neue Wähler- und Mitgliederschichten aus dem Mittelstand eine bedeutende Neuerung in den Diskussionen um eine Revision der Parteistrategie dar, so wird in diesem Zusammenhang auch von Čecháček die Frage der bislang ungeklärten Beziehung der tschechischen Sozialdemokratie zur Bauernfrage und zur Bauernbewegung nicht thematisiert. Dieses Problem wurde keineswegs nur von Čecháček umgangen, sondern auch bei anderen Autoren und Parteipolitikern rückte die Bauernfrage nicht ins Zentrum strategischer Überlegungen.

Für die Fragestellung der Arbeit ist jedoch die Frage entscheidend, welche Ausrichtung einer antifaschistischen Strategie diese Form der Faschismusanalyse den tschechischen Sozialisten nahelegte. Indem der Faschismus nicht als Herrschaftsform des Kapitalismus gesehen wurde, mußte sich eine antifaschistische Strategie nicht notwendigerweise gegen die kapitalistische Wirtschaftsform und die bürgerliche Gesellschaftsform richten. Im Gegenteil ließ sich aus der Interpretation des Faschismus als politische Protestform eines wild gewordenen, weil sozial bedrohten Mittelstandes, die somit nicht mehr als eine für einen Sozialisten leicht nachvollziehbare Reaktion auf die Konjunkturkrise des kapitalistischen Systems und als Neid auf den politischen Machtzuwachs der Arbeiterbewegung darstellte, nur die Schlußfolgerung ziehen, daß die beste Strategie lediglich in einem systemimmanenten Kampf bestehen könnte. Der Kampf gegen den Faschismus mußte sich also nicht wesentlich vom bislang geführten Kampf um eine politische und soziale Emanzipation des Proletariats in der bürgerlichen Demokratie unterscheiden. Oberste Priorität mußte in der logischen Schlußfolgerung die Antikrisenpolitik einnehmen, um einer sozial motivierten Radikalisierung weiterer Bevölkerungskreise entgegenzuwirken. Die zweite Hauptrolle mußte die Gewinnung der Mittelschichten und die Bindung der Arbeiterklasse an die ČSD spielen. Hierzu konnte eine Effizienzsteigerung der Organisationsstruktur der Partei und ihrer Agitationstechniken weiterhelfen. Schließlich mußte folgerichtig die weitere Demokra-

---

<sup>242</sup> Vgl. z.B. R. Opitz: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument 16 (1974), 543-603, S. 568.

tisierung des politischen Systems und seiner Institutionen einen großen Stellenwert in der Strategie einnehmen, um den politischen Kampfboden für den Sozialismus und bereits erreichte politische Besitzstände gegen die Angriffe der Reaktion abzusichern. Demgegenüber legten die aus der Faschismusanalyse anhand der Mittelstandstheorie gewonnenen Ergebnisse über die soziale Basis und die soziale Funktion des Faschismus den tschechischen Sozialisten nahe, daß es nicht ratsam sei, eine neue Strategie im Kampf gegen den Faschismus zu wählen, die sich außerhalb des parlamentarischen Rahmens bewege und die einen sozialrevolutionären Kampf gegen den Kapitalismus bedeutete. Dies betraf vor allem die Anwendung von Kampfformen wie der politischen Massenmobilisierung, der Ausrufung politischer Streiks oder den Aufbau paramilitärischer Organisationen. Aber auch die Zerschlagung des funktionsunfähigen Regierungsbündnisses und ihre Ersetzung durch eine neue politische Bündniskonstellationen auf einer antifaschistischen Basis - z.B. mit dem politischen Katholizismus und/oder den Kommunisten, für das nach den Ereignissen um die Präsidentenwahl vom Dezember 1935 durchaus eine reale Möglichkeit bestand - mußten auf der Grundlage dieser Faschismusrezeption nicht Erwägung gezogen werden.

#### **4.2 Die Charakterisierung des heimischen Faschismus und der Henleinbewegung**

Nach 1933 herrschte innerhalb der ČSD eine differenzierte Sichtweise über die Auswirkungen des europäischen Faschismus auf die tschechoslowakische Innenpolitik vor. Wie im Verlauf der Verhandlungen des Parteitags vom Oktober 1933 deutlich wurde, stufte die Partei den Einfluß des italienischen Faschismus auf die innerstaatliche Entwicklung als äußerst gering ein. Demgegenüber wurde den Auswirkungen der Machtergreifung Hitlers eine ungleich höhere Bedeutung beigemessen. In der politischen Resolution wurde zunächst aber das äußere Bedrohungspotential hervorgehoben. Deshalb hieß es, die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland steigere die Kriegsgefahr. Dies stelle die ČSD vor eine neue Situation und somit auch vor neue Aufgaben. Von einer Einmischung in die innerdeutsche Entwicklung wurde mit Bedacht Abstand genommen, gesteigerte Vorsicht sei im Hinblick auf die lange gemeinsame Grenze jedoch unbedingt angezeigt. Dennoch entschied sich die Partei zur aktiven Unterstützung der sozialistischen Opposition, die sich zu diesem Zeitpunkt zum Teil bereits seit gut fünf Monaten im Prager Exil befand, und brachte diese Absicht in der verklausulierten Formel von der Förderung aller "friedenstiftenden Kräfte"<sup>243</sup> zum Ausdruck. Die Unterstützung der Exulanten stellte aufgrund internationaler sozialistischer Solidarität zwar eine Selbstverständlichkeit dar, dennoch wurde mit ihr eine weitere Konfliktebene im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis in Kauf genommen. Ebenso wurde in der Resolution deutlich gemacht, daß sich die ČSD gegenüber der äußeren Bedrohung durch den deutschen Faschismus uneingeschränkt in den

---

<sup>243</sup> Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 138.

Dienst der Verteidigung der Republik und der demokratischen Freiheitsrechte stellen werde. Für den innenpolitischen Kampf gegen den Faschismus wurde aus der deutschen Erfahrung die Konsequenz gezogen, daß die Demokratie aktiv verteidigt werden müsse. Da die parlamentarische Demokratie wie überall in Mitteleuropa so auch in der ČSR keineswegs gefestigt sei, werde die ČSD auch weiterhin ihr besonderes Augenmerk auf den Kampf gegen den Irredentismus im eigenen Land sowie gegen alle diktatorischen Bestrebungen von rechts und von links legen, sich vor allem jedoch gegen jede Form von Faschismus einsetzen, der z.Zt. die größte Bedrohung der Demokratie darstelle.

Aus dem Grundsatzreferat Ivan Dérers zum Faschismus wird augenscheinlich, daß die ČSD das innenpolitische Bedrohungspotential durch den Faschismus zu diesem Zeitpunkt als insgesamt handhabbar einschätzte. An dieser Sichtweise sollte sich auch bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre nur wenig ändern<sup>244</sup>. Nach Meinung des Schulministers habe der deutsche Faschismus seine politisch-ideologischen Wurzeln im nationalen und chauvinistischen Pangermanismus. Trotzdem sei derzeit zu beobachten, daß er einen gewissen Einfluß auf die politischen Kräfte in der ČSR ausüben könne, die eigentlich grundsätzlich gegen alle Einflüsse aus dem Deutschland auftreten. Da der Nationalsozialismus aber keine Übereinstimmungen mit den Traditionen des heimischen Faschismus aufweise, könne es sich deshalb bei diesem Zusammenspiel lediglich um eine kurzfristige Erscheinung handeln. Perspektivisch werde sich der Nationalsozialismus in der politischen Szenerie der ČSR jedoch nicht verankern können, er werde bestenfalls eine andere Form als in den Nachbarstaaten annehmen. Die wichtigste Antriebskraft für den Faschismus war in Deutschland und in Italien neben dem Antimarxismus nach Ansicht Dérers die Schaffung der nationalen Einheit. In der ČSR ist das Verdienst um die nationale Einigung hingegen von den demokratischen Kräften besetzt, wohingegen der tschechische und der slowakische Faschismus nur einen Keil in das Staatsvolk treiben und es spalten werden und somit niemals eine Mehrheit finden könnten. Aus diesem Grund betrachtete er die Koalitionspolitik der ČSD als wichtigste Garantie zur Verhinderung einer Diktatur. Als Beweise für die Richtigkeit dieses Kurses führte er das deutsche Beispiel an, in dem die SPD 1930 die Regierungsverantwortung den Feinden der Demokratie überlassen und damit den Niedergang des Weimarer Staates eingeleitet hatte. Die zweite Garantie bestehe in der staatstragenden Politik, die die ČSD seit dem Ersten Weltkrieg betreibe<sup>245</sup>. An diesen Ausführungen wird aber auch deutlich, daß die ČSD den sudetendeutschen Faschismus in seiner Bedeutung und in seinem Gefahrenpotential für die Innenpolitik nicht mit dem tschechischen gleichsetzte. Obwohl der Parteitag knapp vier Wochen nach der Gründung der SHF abgehalten wurde, beschäftigte sich keiner der Redner mit diesem neuartigen Phänomen. Auch in den theoretischen Organen der ČSD wurde der politische Aufstieg des bis dahin unbekanntes Konrad Henleins zum Führer der sudetendeutschen Sammlungsbewegung zunächst nicht diskutiert. Dies läßt die Vermutung naheliegend

<sup>244</sup> In der Eröffnungsrede zum Parteitag von 1937 bezeichnete Hampl den Faschismus zwar weiterhin als zentrale Gefahr für die Politik der ČSD, interessanterweise erwähnte er namentlich aber weder Hitler noch Henlein bei der Aufzählung der politischen Herausforderungen. In der politischen Resolution tauchte der Begriff 'Faschismus' hingegen nicht einmal mehr auf. Vgl. Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 9 ff. und 159 ff.

<sup>245</sup> Vgl. Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 68 f.

erscheinen, daß die tschechischen Sozialisten nach dem am 4.10.1933 erfolgten Verbot der DNSAP und der Deutschen Nationalpartei (DNP) der festen Überzeugung waren, den radikalen Nationalismus unter den Sudetendeutschen auch weiterhin mit administrativen Maßnahmen auf der Grundlage der Staatsschutzgesetze unter Kontrolle halten zu können.

Als Folge dessen konzentrierten sich die sozialdemokratischen Theoretiker nach 1933 vor allem auf die Analyse der Entwicklung des heimischen Faschismus<sup>246</sup>. Richtungsweisend war hierbei weniger die Befürchtung, daß es zu einem unmittelbaren politischen Erfolg für die faschistische Bewegung kommen könnte - diese Einschätzung wurde durch das klägliche Scheitern des dilletantisch vorbereiteten Putschversuches in der Kaserne von Židenice bei Brünn im Januar 1933 sowie durch das regelmäßige schlechte Abschneiden bei den unterschiedlichen Wahlen weitgehend bestätigt -, sondern die Hauptgefahr für das politische System wurde in den teilweise guten Beziehungen der faschistischen Splittergruppen zu den bürgerlichen Parteien gesehen. Wie Alfréd Meissner in seinem politischen Referat über die Regierungs- und Parlamentstätigkeit der ČSD auf dem Parteitag von 1933 hervorhob, sei das tschechische Bürgertum

---

<sup>246</sup> Paradigmatisch für die Sichtweise innerhalb der ČSD sind die Ergebnisse der kurzen Studie von V. Osvald. Er kommt hierin zu dem Schluß, daß es bereits seit 1918 in der ČSR radikale Gruppierungen gab, die als Vorläufer der faschistischen Bewegung der dreißiger Jahre gewertet werden müssen. Auch wenn diese radikalen Teile des Bürgertums noch nicht als faschistisch bezeichnet werden können, wiesen sie schon gemeinsame Elemente auf. Sie gehörten zum rechten Teil des bürgerlichen Spektrums und gaben sich chauvinistisch und antisemitisch. Erklärtes Ziel aller war der Kampf gegen den Sozialismus, und sie traten für die Errichtung einer Diktatur oder zumindest für eine autoritäre Regierungsform ein. Herrschten bis 1923 unter diesen Gruppierungen vor allem weltfremde all-slawische und cäsarische Phantasien vor, gewann hiernach der italienische Faschismus einen entscheidenden Einfluß. Im Unterschied zu anderen faschistischen Bewegungen ist für den heimischen Faschismus charakteristisch, daß er bis heute keinen allgemein akzeptierten Führer herausbilden konnte. Auch nach der Gründung der NOF (*Národní obec fašistická*) 1927 stellt der tschechische Faschismus keine organisatorische Einheit dar, sondern verfügt mit dem ehemaligen Sozialisten Jiří Stříbrný und dem General Rudolf Gajda über mindestens zwei rivalisierende Strömungen. In perspektivischer Hinsicht wird der heimische Faschismus durch seinen ideologischen Eklektizismus sowie seine Nichtintegrierbarkeit ins politische System der ČSR gehemmt. "Unser Faschismus - und es ist notwendig, dies als sein Grundelement zu sehen - ist ein schwacher Abklatsch jener großen internationalen Bewegungen, er ist gedanklich steril und blutleer, und er trägt gewisse Anzeichen geistiger Minderwertigkeit in sich. Sein Inhalt ist eine konfuse Mischung aus politischem Analphabetismus und Primitivität, er gebraucht nationale Demagogie, mehr oder weniger künstlich verbunden mit sozialer Demagogie. Seine Taktik besteht besonders in der Kritik der Unzulänglichkeiten der heutigen Demokratie, in der Ausbeutung der Sünden unseres politischen Lebens und besonders in einer Oppositionshaltung anstatt in der Durchsetzung und Propagierung eines positiven faschistischen Programms." V. Osvald: *Český fašismus*, in: Čecháček u.a.: *Fašismus mezinárodní* (1933), 48-58, S. 52.

Die Entwicklung des tschechischen Faschismus wurde in der geschichtswissenschaftlichen Forschung bereits seit den frühen sechziger Jahren systematisch aufgearbeitet. Vgl. die frühen Studien von A. Gajanová: *Dvojí tvář. Z historie předmnichovského fašismu*, Praha 1962; und T. Pasák: *K problematice NOF v letech hospodářské krize na počátku třicátých let*, in: *SbH* 13 (1965), S. 93-132. In den achtziger Jahren wurde die Thematik vermehrt wieder aufgenommen und hiernach weiter bearbeitet. Vgl. besonders T. Pasák: *K historii českého fašismu*, Praha 1985; und ders.: *Český fašismus 1922-1945 a kolaborace 1939-1945*, Praha 1999; sowie E. Fargašová: *Nástin vývoje organizací českého fašistického hnutí v letech 1921-1929*, in: *Sborník k dějinám 19. a 20. století*, Praha 1989, S. 135-62. Aus regionalgeschichtlicher Perspektive ist vor allem interessant M. Habrmanová: *Český fašistický tisk na Ostravsku ve 30. letech*, in: *SISb* 91 (1993), S. 44-53; und dies.: *Počátky fašistického hnutí ve Slezsku a na Ostravsku (do roku 1928)*, in: *SISb* 92 (1994), S. 202-17. In der westlichen Forschung beschäftigte sich mit der Thematik D. Kelly: *The Czech Fascist Movement 1922-1942*, Boulder 1995. Für das benachbarte Thema des radikalen tschechischen Nationalismus und seinen fließenden Übergang zum heimischen Faschismus vgl. besonders V. Fic: *Národní sjednocení v politické struktuře buržoazního Československa v letech 1934-1935*, in: *ČsČH* 26 (1978), S. 26-57; und ders.: *Národní sjednocení v politickém systému Československa 1930-1938. Příspěvek ke kritice českého buržoazního nacionalismu*, Praha 1983.

in seinem Wesen zwar demokratisch, doch jede der Bürgerparteien verfüge auch über einen faschistischen resp. halbfaschistischen Flügel<sup>247</sup>. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der ČSD-Theoretiker - insbesondere nach den Ereignissen um die Präsidentschaftswahl vom Dezember 1935, als die Wahl des Kandidaten der politischen Rechten mit Unterstützung der SdP erst im letzten Augenblick verhindert werden konnte - auf vermeintliche faschisierende Tendenzen in den etablierten bürgerlichen Parteien. Diese - so der Konsens in der sozialdemokratischen Diskussion - basierten vor allem auf der angewachsenen Macht der politischen Parteien, ihrem beträchtlichen Einfluß auf die Wirtschaftstätigkeit und der engen Interessenverflechtung von Finanz-, Industrie- und Agrarkapital. Auf diesem Gebiet tue sich besonders die Agrarpartei hervor, deren Repräsentanten in den Aufsichtsräten der Banken und Industrieunternehmen sitzen. Zur Sicherstellung ihrer Profitinteressen würden sie nationale und gesamtgesellschaftliche Interessen bewußt außer acht lassen und nunmehr auch totalitäre Politikansätze und autarkistische Wirtschaftsvorstellungen vertreten. Da sich diese Modelle weder mit den bürgerlich-liberalen noch mit den sozialistischen Parteien realisieren lassen, sei die Agrarpartei frei in der Wahl ihrer Koalitionspartner. Ihr rechter Flügel vertritt jedoch die Ansicht, daß es vorteilhafter sei, sich der sozialistischen Parteien zu entledigen. Deren innerparteilicher Einfluß bilde die politische Grundlage, auf der zum einen die faschistischen Elemente in den Bürgerparteien unterstützt werden und auf der zum anderen die politische Annäherung an die Henleinbewegung gesucht wird, an der sie insbesondere ihr Antimarxismus überzeugt. Diese Zweigleisigkeit in ihrer Politik werde jedoch bewirken, daß sich die Agrarpartei im bürgerlichen Lager gegenüber der Volkspartei und der Gewerbspartei isolieren und somit zwangsläufig auf die SdP zubewegen wird. Zudem übersehe der rechte Flügel bei der Wahl seiner Mittel den Umstand, daß die Agrarpartei keine Klassenpartei sei, sondern auf sehr unterschiedlichen sozialen Gruppen und Interessen basiere. Doch gerade für die Kleinbauern könne die Errichtung einer faschistischen Diktatur nicht von Interesse sein. "Wenn wir resümieren, worin das Problem und die Gefahren des Faschismus bei uns liegen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß gerade die führenden Leute in den verschiedenen politischen Parteien faschisierenden Theorien unterliegen, sobald sie auf politische Schwierigkeiten stoßen. Das zeugt von einer ungenügenden demokratischen Stabilität der politischen Parteien und auch des politischen Parteiwesens. Diese typisch mitteleuropäische Erscheinung zeigt, was heute das Hauptproblem der politischen Erziehung der 'Führer' ist. Die Agrarpartei bietet ein markantes Beispiel. Dort, wo sie als führende Regierungspartei eine Stütze demokratischen Denkens und demokratischer Praxis sein sollte, besteht diese Partei nicht. Sie überbewertet ihre Unentbehrlichkeit und kokettiert mit Gedanken der Totalität, die allerdings für ihre Bedürfnisse und ihre Konzeption berichtigt wurden. Dies ist ein zufälliger Mangel, der aus der Agrarpartei einen nicht ausreichend zuverlässigen Partner macht und der zu jeder Zeit bereitwillig jede Situation annimmt, wenn sie nur ihren Machtanteil in der Regierung erhält. Der tschechoslowakische Faschismus entbehrt originäre Merkmale, die für den italienischen und den deutschen Faschismus typisch sind und die dem französischen

---

<sup>247</sup> Vgl. Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 51.

Faschismus einen ideologischen Rückhalt in seinem Royalismus und seinem überzeugten Aristokratismus geben. Die faschistischen Stimmungen in der Tschechoslowakei sind zufällig und sekundär, sie entstehen eher durch einen Reflex und als Folge der ideellen Unvollkommenheit der politischen Parteien. Sie drücken auch die ungenügende Politikfähigkeit der politischen Parteien und die geringe politische Ausgereiftheit der Mitglieder dieser Parteien aus. Was die Faschisierungsbemühungen anbelangt, sind sie insgesamt antiprogrammatisch eingebracht und sind eher als taktische Maßnahmen aufgezwungen. Der Faschismus bildete bei uns für sich keine eigene Ideologie heraus, die auf innere Fragen eine Antwort gäbe, sondern er gibt sich zufrieden mit der Übernahme äußerer Anlässe und ist unter dem Schleier allgemeiner Sympathien in Parteien eingeschmuggelt worden, deren Charakter und Aufbau im Grunde genommen liberalistisch ist."<sup>248</sup>

Im Gegensatz hierzu wurde die anfängliche Entwicklung der SHF/SdP in den theoretischen Organen der ČSD nicht systematisch verfolgt. Selbst deren erdrutschartiger Wahlsieg im Mai 1935 scheint hier nicht die Einsicht befördert zu haben, die Henleinbewegung genauer beobachten zu müssen. Erst 1937 legten sozialdemokratische Autoren zwei umfangreiche Studien zur SdP vor. Neben der Parteigeschichte von Radim Foustka<sup>249</sup>, die sich sehr auf die Person Henleins konzentriert, kam der Studie von Josef Fischer, Václav Patzak und Vincenc Perth besondere Bedeutung und Beachtung zu. Nachdem das angestrebte Verbot der SHF 1935 gescheitert war, war sie darauf ausgerichtet, einen neuen Musterprozeß nach dem Vorbild des Volkssport-Prozesses von 1932 anzustreben und auf diesem Weg über die Adressierung der politischen Öffentlichkeit die Politik der Parteiführung zu unterstützen.

Das Kernstück der Arbeit bildet die Aufarbeitung und Kommentierung des Schriftverkehrs von führenden SdP-Funktionären mit ihren Vertrauensleuten in Berlin, München und Wien im Zeitraum zwischen Januar und September 1936, der den Autoren von ungenannter Quelle zugespielt worden war. Schon im Vorfeld der Arbeit hatte es in der politisch-publizistischen Öffentlichkeit in der ČSR eine breite Debatte gegeben, die sich um die von SdP-Vertretern bestrittene Echtheit der Dokumente und um die Frage gedreht hatte, ob diese Briefe veröffentlicht werden dürfen oder nicht. Mit Rücksicht auf die politische Großwetterlage entschlossen sich die drei sozialdemokratischen Publizisten daher für die Form einer journalistischen Darstellung, die durch anonyme Belege aus dem vorliegenden Material untermauert wurde. Erklärtes Ziel der Arbeit war es, den in der politischen Öffentlichkeit latent existierenden Verdacht zu bestätigen, daß es sich bei der SdP-Führung um "einen mehr oder weniger antistaatlichen Faktor" handelt, "aber auch um einen jener Kräfte, die gegen den europäischen Frieden arbeiten und ihre Hoffnungen auf den Krieg setzen."<sup>250</sup> Weiterhin sollte dargestellt werden, daß die SdP einen "Exponenten fremder Kräfte auf unserem Gebiet"<sup>251</sup> darstellt, der trotz anderslautender Bekundungen bestrebt ist, die ČSR aus dem bestehenden Bündnissystem herauszulösen und sie ins Fahrwas-

<sup>248</sup> V. Patzak: Problém a nebezpečí fašismu, in: Dělnická osvěta 22 (1936), 261-64 und 333-39, S. 338 f.

<sup>249</sup> Vgl. R.N. Foustka: Konrád Henlein. Neoficiální historie jeho strany, Praha 1937.

<sup>250</sup> Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 117.

<sup>251</sup> Ebd., S. 124.

ser der auf Revision und Expansion ausgerichteten großdeutschen Raumpolitik zu manövrieren. Dessen ungeachtet streichen die Autoren eine bedeutende Mitschuld der tschechoslowakischen Regierungspolitik für den Aufstieg der Henleinbewegung heraus, insbesondere bei deren Verfehlungen in der Nationalitätenpolitik und im zaghaften behördlichen Vorgehen gegen die SHF/SdP. Dahinter steckt die erklärte Absicht, die politisch Verantwortlichen zu Kurskorrekturen zu bewegen. Ebenso lehnen die Autoren eine pauschale Gleichsetzung der deutschen Minderheit mit der SdP ab. Das Wahlergebnis von 1935 bedeute in ihren Augen nicht, daß drei Fünftel der Sudetendeutschen Henleinanhänger seien. Vielmehr seien sie als Opfer der Verdummungspropaganda der SdP, ihres Terrors und der Notwendigkeit zu betrachten, in den von ihr kontrollierten Betrieben Arbeit finden zu müssen. Daher müsse es Aufgabe der Politik sein, diese verirrt Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen<sup>252</sup>.

Die Aufarbeitung der Schriftstücke konzentriert sich im wesentlichen auf drei Themenkomplexe. Der erste behandelt die Finanzierungspraxis der SdP und die reichsdeutschen Finanzierungsquellen, die im "Volksbund für das Deutschtum im Ausland" und in der "Deutschen Arbeitsfront" ausgemacht werden. Demnach scheint es gesichert, daß die SdP-Führung nur über einen eingeschränkten Entscheidungsspielraum verfügt und letztlich die Geldgeber über die Mittelverwendung für innen- und außenpolitische Zwecke entscheiden. Die Autoren ziehen hieraus den Schluß, daß die politische Tätigkeit der SdP an diesem Punkt am empfindlichsten getroffen werden könne. Da die SdP-Funktionäre keine Maßnahmen planen, deren Finanzierung nicht im voraus gesichert ist, ließe sich die Parteitätigkeit deutlich einschränken, wenn es gelänge, deren Kapitalfluß zu unterbrechen<sup>253</sup>. Daß den Autoren längst nicht alle Finanztransfers bekannt waren, von denen die Behörden jedoch zum Großteil wußten, kann ihnen nicht negativ angelastet werden, da sich hieraus qualitativ nichts an der vorgebrachten These ändert<sup>254</sup>. Weiterhin zeigen die Autoren auf, wie es die SdP zu umgehen versucht, mit ihren Auslandsaktivitäten in Konflikt mit den Hochverrats- und Landesschutzgesetzen der ČSR zu geraten. Konkret geht es dabei um die Frage eigener Auslandsvertretungen der Partei, die nach geltendem Recht verboten waren. Die Ablösung der bislang in Berlin, München und Wien für die SdP tätigen Vertrauensmänner durch eigene Parteivertretungen würde es der Partei erlauben, besonders in Berlin nicht länger nur Vorzimmerpolitik betreiben zu müssen. Die Autoren ziehen hieraus die Schlußfolgerung, daß die SdP zweifelsfrei bemüht sei, Einfluß auf die reichsdeutsche Außenpolitik zu gewinnen. Zugleich sei aus den Quellen jedoch ablesbar, daß die SdP die Bedeutung ihrer Rolle eindeutig überschätze und ihr die Erreichung dieses Ziels bislang nicht gelang. Der bestimmende Faktor in dieser Konstellation sind und bleiben die außenpolitischen Ziele Hitlers<sup>255</sup>. Diese Beobachtungen decken sich im wesentlichen mit den Ergebnissen geschichtswis-

---

<sup>252</sup> Vgl. ebd., S. 28.

<sup>253</sup> Vgl. ebd., S. 79 ff.

<sup>254</sup> Vgl. zu den reichsdeutschen Finanztransfers an die SHF/SdP die quantitative Untersuchung von Jar. Kučera: Finanční podpora Německé říše Sudetoněmecké straně v letech 1935-1938, in: ČČH 95 (1997), S. 99-122.

<sup>255</sup> Vgl. Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 89 ff.

senschaftlicher Forschung<sup>256</sup>. Im dritten Schritt beschäftigen sich die Autoren mit den ideologischen und politischen Führungskämpfen innerhalb der Partei. Aus dem Quellenmaterial ergibt sich Aufschluß, daß der offene Führungskampf zwischen dem "Kameradschaftsbund für volks- und sozialpolitische Bildung" (KB) und dem Aufbau-Kreis nicht erst - wie bislang angenommen - im Mai 1936 ausgebrochen war, sondern bereits im Januar hinter den Kulissen wütete, und daß Berlin von Anbeginn an aktiv in diese Auseinandersetzung involviert war. Anders als die DSAP-Theoretiker sahen Fischer/Patzak/Perth in diesem Richtungsstreit nicht an sich schon ein Anzeichen für ein mögliches Auseinanderbrechen der SdP oder einen taktischen Ansatzpunkt antifaschistischer Politik<sup>257</sup>.

Interessanter als diese 'Enthüllungen' sind im Kontext unserer Fragestellung jedoch die Einschätzungen der Autoren in bezug auf die gesellschaftlichen und politischen Entstehungshintergründe der Henleinbewegung, ihrer ideologischen Grundlagen, ihrer Ziele und politischen Kampfmethoden. Sie geben zum einen Aufschluß darüber, daß die ČSD-Theoretiker eine sehr realitätsbezogene Beurteilung dieser Faktoren vornahmen. Zum anderen zeigt sich hieran, daß die Analyse der Entwicklung der SHF/SdP nur ein eingeschränktes Spektrum möglicher antifaschistischer Kampfformen nahelegte, die sich ausschließlich im Rahmen der bislang angewandten Strategie bewegten und ihren Schwerpunkt vor allem auf die legalen Abwehrmechanismen des Rechtsstaates legten.

Nach Ansicht der Autoren der Studie befindet sich Europa derzeit in einer "Periode der Renaissance des kämpferischen Alldeutschtums"<sup>258</sup>. Dieses habe seine politische und organisatorische Grundlage in der unmittelbaren Nachkriegszeit und laufe in all seinen Facetten auf ein gemeinsames Ziel hinaus: "Europa, das die Deutschen schlug, muß selbst geschlagen werden, damit die deutsche Nation die Einigkeit und Führung übernehme."<sup>259</sup> Die antidemokratische Einstellung dieser Bewegung resultiert aus dem Umstand, daß die Friedensordnung von Demokraten akzeptiert worden ist. Damit wurde die Demokratie in den Augen des radikalen Nationalismus zur Quelle allen Übels. Träger dieses Prozesses war die bündische Jugendbewegung, die von einer Generation mit gemeinsamen Erfahrungs- und Sozialisationsmustern dominiert und durch eine allgemeine kulturpessimistische Einstellung und eine antilibérale Grundhaltung bestimmt war<sup>260</sup>. Die Autoren sehen aber durchaus Unterschiede in der Entwicklungsgeschichte

<sup>256</sup> Vgl. O. Novák: K vývoji Sudetendětské strany v roce 1936, in: Z novodobých dějin, Praha 1985, S. 25-75.; oder R.M. Smelser: The Sudeten Problem 1933-1938. Volkstumspolitik and the Formation of Nazi Foreign Policy, Middleton 1975.

<sup>257</sup> "Der Republik kann es im großen und ganzen gleichgültig sein, welche von beiden Gruppen in der SdP das Übergewicht erlangte oder erlangen wird, denn einerseits vergeben sie sich im Verhältnis zu ihr nichts, andererseits darf ein Streit zwischen ihnen über ihre Grundsätze nicht überschätzt werden. Wie in allen Parteien mit 'Totalitäts'- oder Diktaturbestrebungen, so ist auch ein beträchtlicher Teil dieser Kämpfe nur ein Kampf einzelner Cliques um die Macht. Die Gesamtausrichtung bleibt gleich, mögen die Nazis oder der KB zur Macht kommen. Erst die Opposition, die aus der sozial verschieden gearteten Zusammensetzung der Partei oder der Unzufriedenheit über eine negative Politik entspringt, könnte eine Änderung bedeuten." Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 108.

<sup>258</sup> Ebd., S. 15.

<sup>259</sup> Ebd., S. 2.

<sup>260</sup> Wie Jaworski darstellt, bestanden zwischen der sudetendětschen Jugendbewegung und den reichsdeutschen resp. österreichischen Äquivalenten zahlreiche organisatorische Querverbindungen, die sie somit "in den Sog gesamtdeutscher Volkstumspolitik" zog. Jaworski (1977), a.a.O., S. 73.

des radikalen Nationalismus in Deutschland und unter den Sudetendeutschen. Diese seien vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu suchen, als die sudetendeutschen Politiker sich nicht mit der Eingliederung in den neuen Staat einverstanden zeigten. Statt dessen kämpften sie ausschließlich um den Erhalt ihres Deutschtums und flüchteten sich in die Rolle des Negativismus. Die Vorteile eines demokratischen Staatswesens erkannten sie nicht und vergaben damit die Möglichkeit, den neuen Staat als ihre politische Heimat zu empfinden und an ihm zu partizipieren. Die junge Generation überließ den politischen Bereich den alten Parteiführern und zog sich in die romantische, nationalistische Jugendbewegung zurück. Diese wandelte sich in den zwanziger Jahren zu festen Verbänden, die nach dem Führerprinzip organisiert waren und in denen Disziplin und Gemeinschaftsgefühl zu konstituierenden Werten wurden. Diese Verbände waren zwar großdeutsch eingestellt, sie verfolgten jedoch keine realpolitischen Ziele. Die Autoren erklären dies damit, daß sie als nationale Minderheit in der ČSR keine Möglichkeit besaßen, die Führung und die Macht über den Staat zu erlangen. Selbst wenn der Staat faschistisch würde, wäre es noch immer nicht ihr Staat. Um auch weiterhin an die Realisierung ihrer alldeutschen Träume glauben zu können, mußten sie sich der politischen Tradition des großdeutschen Vorkriegsimperialismus zuwenden.

Ein Teil der sudetendeutschen Jugend vollzog diesen Schritt durch einen Beitritt zur DNSAP. Sie bestimmte schließlich die Irredenta-Politik dieser Partei und hoffte auf die nationale Erlösung nach der Machtübernahme Hitlers. Der andere Teil wandte sich Othmar Spanns Lehre von der Wiedergeburt des Heiligen Römischen Reichs zu<sup>261</sup>. Doch beide Richtungen des radikalen Nationalismus unter den Sudetendeutschen haben nach Ansicht der Autoren ein gemeinsames politisch-ideologisches Fundament. Denn "beide sind utopistisch, beide wenden sich gegen die politischen Realitäten und gegen die ganze Entwicklungsrichtung Nachkriegseuropas. Dies ist begreiflich, denn der verlorene Krieg bedeutete für die hiesigen Deutschen nicht nur eine Ausschaltung aus dem politischen Leben, wie sie es sich vorgestellt hatten, sondern auch den Verlust der Existenzsicherheit; also nicht nur einen nationalen Verlust, sondern auch einen Verlust der Aussicht auf die Posten, auf die sie sich im alten Österreich selbstverständlich Anrechte erworben hatten."<sup>262</sup>

Vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes greift diese Einordnung etwas zu kurz. In der geschichtswissenschaftlichen Diskussion gibt es den Konsens, daß der radikale, völkische Nationalismus in den böhmischen Ländern in eine längerwährende Tradition einge-

---

<sup>261</sup> "Mit seiner fanatischen Ablehnung der Demokratie und des Liberalismus, mit seiner nebelhaften Lehre vom Ständestaat und seiner Abwehr des Marxismus machte er [Othmar Spann, C.S.] einen tiefen Eindruck auf diese jungen Romantiker. Bei ihm studierten viele tschechoslowakische Deutsche, bei ihm fanden sie, was sie brauchten und wonach sie strebten: ein phantastisches, nebelhaftes Bild jenes 'wahren Staates', der ihr Staat werden sollte." Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 8. Vgl. zur Spannschen Lehre M. Schneller: Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservativismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1970; und A. Diamant: Austrian Catholics and the First Republik. Democracy, Capitalism and the Social Order, 1918-1934, Princeton 1960, S. 229 ff.

<sup>262</sup> Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 9. Vgl. zu den gesellschaftspolitischen Zusammenhängen zu diesem komplexen Radikalisierungsprozeß in der sudetendeutschen Jugendbewegung die Studie von A. Luh: Der deutsche Turnerverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung, München 1988.

reicht werden muß. Diese geht bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als sich deutsch-böhmische Arbeiter infolge des Zuzugs billigerer tschechischer Arbeitskräfte in völkischen Schutzvereinigungen organisierten. Ihre politische Heimat fanden diese bei der "Alldeutschen Partei" Georg v. Schönerers und nach der Jahrhundertwende in der "Deutschen Arbeiterpartei in Österreich". Von hieraus führte eine direkte Linie zur DNSAP. Während tschechische Historiker in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem eine organisatorische und ideologische Nähe zur NSDAP nachzuweisen suchten<sup>263</sup>, stellten westliche Forscher die Unabhängigkeit, Modernität und politische Eigenständigkeit der Partei im politischen System der ČSR heraus. Erst infolge eines begrenzten Generationswechsels - wie auch Fischer/Patzak/Perth andeuten - in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre begann eine Radikalisierung nach dem Vorbild der NSDAP und eine deutlichere Annäherung der Organisationsstruktur, des politischen Stils und der Propagandaarbeit an den reichsdeutschen Nationalsozialismus<sup>264</sup>.

Die SHF wird von den Autoren in Übereinstimmung mit den Meinungen in der DSAP als Auffangbecken für die beiden im Oktober 1933 verbotenen nationalistischen Parteien betrachtet<sup>265</sup>. Dadurch wird die theoretische Möglichkeit, daß die SHF etwas organisatorisch und ideologisch Neuartiges darstellen könnte, von vornherein ausgeschlossen. Ebenso verstellen sich die Autoren mit diesem Verdikt die Einsicht, daß es sich bei der sudetendeutschen Sammlungsbewegung um das Ergebnis eines - wie aus Reihen der Vertriebenenpublizistik gerne betont wird<sup>266</sup> - komplexen Wechselspiels handeln könnte. Dieses wäre demnach von der Problematik einer regionalgeschichtlich auf die staatsrechtliche Tradition der böhmischen Länder ausgerichteten Identität, der Erfahrung einer nationalen Minderheit im tschechoslowakischen Nationalstaat, die in Konflikt mit dem politischen Willen der Mehrheitsnation und damit in den Gegensatz zum Interesse des politischen Gemeinwesens geriet, und der ethnisch-kulturell begründeten Loyalität zu den Konnationalen des Nachbarstaates bestimmt gewesen, dessen neues politisches Konzept zudem eine große Anziehungskraft ausübte. Statt dessen argumentieren die Autoren auf dem Boden der vorherrschenden Staatsdoktrin, die eben auf langfristige Assimilierung der deutschen Minderheit ausgerichtet war, und sehen den entscheidenden Fehler der tschechischen Regierungspolitik vor allem darin, daß die Behörden das Parteiverbot von 1933 nicht konsequent genug angewandt haben und die Bildung einer Nachfolgeorganisation hinnahmen. Nach Meinung der Autoren hatte der Staat die SHF nicht ausreichend ernst genommen, so daß der radikale Nationalismus problemlos seine Führungspersonen austauschen und dadurch den Staat irreführen konnte. Indem die Staatsgewalt außer bei der 1935 erzwungenen Namensänderung, die ja schlußendlich nur eine Formalie darstellte, nicht entschieden genug Widerstand gegen die

<sup>263</sup> Vgl. z.B. Jar. César/B. Černý: Die nazistische Bewegung der Deutschen in der Tschechoslowakei, in: *Historica* 15 (1967), S. 183-225.

<sup>264</sup> Vgl. A.Luh: Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland: Völkische Arbeiterpartei und faschistische Bewegung, in: *BohZ* 32 (1991), S. 23-38; und R. M. Smelser: Von alten und neuen Fragestellungen, in: *BohZ* 38 (1997), S. 368-71.

<sup>265</sup> "Vom ersten Augenblick an war klar zu sehen - sowohl aus der Menge der übernommenen Funktionäre als auch aus dem 'Programm' und den Methoden -, daß die SHF nichts anderes ist als ein Ersatzgebilde, das das Gesetz ausdrücklich verbietet." Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O. S. 16.

<sup>266</sup> Vgl. z.B. E. Nittner: Hitlers Machtergreifung und die sudetendeutsche Einigungsbewegung, in: *BohZ* 25 (1984), S. 333-61.

Gründung der SHF leistete, konnten sich die sudetendeutschen Faschisten - protegiert vom BdL und streckenweise auch von den tschechischen Agrariern - in Sicherheit wiegen und eine zunehmend aggressivere Politik und Agitation gegen die Republik und die Demokratie betreiben. Hinter dieser Kritik muß aber auch die Verbitterung darüber bedacht werden, daß es vor allem die ČSD war, die vor den Parlamentswahlen von 1935 ein Verbot der SHF herbeizuführen gesucht hatte und damit sowohl innerhalb der Regierung als auch beim Staatspräsidenten gescheitert war.

Die innere Entwicklung der Henleinbewegung analysieren die drei sozialdemokratischen Theoretiker unter Zuhilfenahme einer Form von 'Agententheorie'. Demnach geriet die ihrem Wesen nach nationalsozialistische SHF unmittelbar nach ihrer Gründung unter die Kontrolle des KB, dem Exponenten der Spannschen Ideologie. Dieser bestimmte den organisatorischen Aufbau der Bewegung, formulierte die politischen Ziele, wählte die Kampfformen und wurde sogar zum Verwalter der nationalsozialistischen Ideologie<sup>267</sup>. Aus diesem Grund räumen die Autoren der detaillierten Beschreibung der organisatorischen und ideologischen Entwicklung des KB in ihrer Studie einen breiten Raum ein. Ihre Ergebnisse decken sich weitgehend mit dem heutigen Forschungsstand<sup>268</sup>. Eine besondere Bedeutung spielt für sie zu Recht die ideologische Nähe zu den Lehren Othmar Spanns, die übereinstimmend in einer antidemokratischen, antiliberalen und antimarxistischen Grundhaltung sowie in der Anwendung der Ständestaatskonzeption, des Führerprinzips und der Verbindung des großdeutschen mit dem großösterreichischen Gedanken bestehen. Die Autoren beschreiben die politische Vorgehensweise des KB, die nach dem von Spann vorgegebenen Muster über die Bildung eines Geheimbundes verlief, welcher bestrebt war, seine Mitglieder in Führungspositionen im intermediären System zu lancieren und Zellen in anderen Organisationen zu bilden. Es werden alle Protagonisten des KB identifiziert und der Aufstieg und die Durchdringung der SHF durch den KB nachvollzogen<sup>269</sup>. Ebenso werden die ideologischen Gegensätze zwischen dem nationalsozialistischen Aufbruchkreis und dem KB herausgearbeitet. Diese bestehen nach Ansicht der Autoren in einer plebejischen Ausrichtung des Nationalsozialismus vs. einer elitären Ordnungsvorstellung des Spanns, in der angeborenen Führerschaft vs. der Heranbildung und Erziehung des Führers, in der preußischen vs. der habsburgischen Tradition des Imperialismus sowie im Antikatholizismus vs. der Rom-Orientierung. Daß der Antisemitismus und der Rassismus, die beide konstituierende Elemente der nationalsozialistischen Ideologie darstellten, im Rahmen der Spannschen Weltanschauung lediglich eine untergeordnete Rolle spielten und somit nur schwer auszuma-

---

<sup>267</sup> "Der Austausch wurde gründlich durchgeführt; die alten Nationalsozialisten wurden zwar in Massen übernommen, mußten sich aber der neuen Führung unterordnen. An die Stelle von aufrichtigen und offenen Hakenkreuzlern traten Leute mit zweierlei Gesicht, die sich aber aus dem Buch 'Mein Kampf' die Grundbelehrung genommen hatten, daß die Lüge ein unentbehrliches Mittel des politischen Kampfes sei. Daher die angebliche 'Heimlichkeit' ihrer Politik, daher die vollkommen irrigen poetischen Bilder der ausländischen Presse, in der Herr Henlein als 'tschechoslowakische Sphinx' auftritt. Es ist aber wahrhaftig nichts Geheimnisvolles an diesem nur allzu einfachen Mann, den die Großindustrie und das Kapital nach solch bewährten Methoden 'gemacht haben', der um keine Bewegung kämpfen mußte, sondern eingeladen wurde, die schon gut gesicherte Rolle eines Führers zu spielen." Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 17.

<sup>268</sup> Vgl. auch J. Haag: "Knights of the Spirit". The Kameradschaftsbund, in: JCH 8 (1973), S. 133-53.

<sup>269</sup> Vgl. Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 36 ff.

chen waren, wird von den Autoren nicht thematisiert. Als Übereinstimmung zwischen beiden ideologischen Strömungen benennen die Autoren den absoluten Willen zur Macht und zur Durchsetzung der Volksgemeinschaft, die antidemokratische und antilibérale Grundhaltung, den Nationalismus und den Führergedanken<sup>270</sup>.

Obwohl Fischer/Patzak/Perth die bis zum Frühsommer 1936 dominierende Rolle des KB innerhalb der Henleinbewegung zu Recht hervorheben und auf ihre politisch-ideologischen Unterschiede zum Nationalsozialismus hinweisen, charakterisieren sie die Beziehungen der SHF/SdP zum Deutschen Reich ebenfalls mittels einer Agententheorie. Demnach sei die Henleinbewegung von Anfang an der verlängerte Arm Hitlers in der ČSR gewesen und habe stets als Zulieferin für dessen pangermanische Expansionsbestrebungen gedient. Aus diesem Grund steht für die Autoren fest, daß die SHF/SdP trotz gegenläufiger Aussagen immer auf einen territorialen Anschluß an Deutschland ausgerichtet war. Ungeachtet der Tatsache, daß sich diese These nach unserem Kenntnisstand so nicht länger halten läßt<sup>271</sup> und die Autoren selbst hierfür auch keine schlüssigen Beweise vorlegen können, wird hieran einmal mehr deutlich, daß die Kriminalisierung des politischen Gegners die Hauptintention dieser Studie war.

Ein zentraler Aspekt der außenpolitischen Strategie Hitlers basiert nach Ansicht der Autoren auf der 'Gleichschaltung' der Deutschen in den Nachbarstaaten. Sie würden hierdurch zum Werkzeug seines Expansionsdrangs. Dadurch könnte sich Hitler sowohl den Weg der Annexion als auch den der politischen Beherrschung eines Nachbarstaates durch die ansässige deutsche Minderheit offenhalten. Solange sich die ČSR in einer Front mit Frankreich und der Kleinen Entente befinde, könne Deutschland seine Großraumpläne jedoch nicht erfüllen. Darum werde Hitler bestrebt sein, nach und nach einzelne Staaten aus dieser Front herauszulösen. Diese müßten sich nicht einmal mit Deutschland verbünden. Es reiche vielmehr die Neutralität. Vor diesem Hintergrund sehen die Autoren die von Hitler zugewiesene Aufgabe für die SdP darin, diesen Umschwung in der tschechoslowakischen Außenpolitik zu erzwingen<sup>272</sup>. Die hierzu angewandte Taktik der SdP sei vor allem darauf ausgerichtet, eine nationalpolitische Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen zu verhindern. Deshalb thematisiere die Partei die nationale Frage und stelle unannehmbare Forderungen. Zugleich verfolge Henlein aber auch die Strategie, durch seinen Negativismus seine Position im eigenen nationalen Lager zu stärken. Außenpolitisch ist die SdP angetreten, unter der Weltöffentlichkeit eine falsche Meinung über die vermeintliche nationale Unterdrückung der Sudetendeutschen und über die angeblich

---

<sup>270</sup> Vgl. ebd., S. 41 ff.

<sup>271</sup> Die geschichtswissenschaftliche Forschung geht davon aus, daß die im Oktober 1934 von Henlein vorgebrachte Bereitschaft der SHF zu einem politischen Ausgleich mit den Tschechen auf der Grundlage nationaler Autonomie durchaus ernst gemeint war. Obwohl die Parteibasis sich wahrscheinlich eher am reichsdeutschen Nationalsozialismus orientiert hätte - Untersuchungen zur politischen Einstellung der Basis der Bewegung fehlen bislang vollständig -, übernahmen die Vertreter einer solchen Option erst nach den Parlamentswahlen von 1935 schrittweise die Parteiführung. Als richtungsbestimmende Momente hierfür müssen die außenpolitischen Erfolge Hitlers und die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt infolge der deutschen Aufrüstung gesehen werden, die den Radikalismus an der Basis beförderten und die Bereitschaft der Nationalsozialisten in der SdP-Führung bestärkten, die Partei zukünftig zu kontrollieren und sie in Übereinstimmung mit der NSDAP zu bringen. Henlein selbst befürwortete den Anschluß jedoch erst im Herbst 1937, so daß die SdP erst ab diesem Zeitpunkt als Werkzeug Hitlers beschrieben werden kann. Vgl. dazu Kural (1993), a.a.O.; und Smelser (1975), a.a.O.

<sup>272</sup> Vgl. Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 20 ff.

schlechten Absichten der Regierung in diesem Konflikt zu verbreiten. Dies solle der Expansionspolitik Hitlers in die Hände spielen und zu einem späteren Zeitpunkt eine militärische Intervention legitimieren. Ebenso sei die Thematisierung der sozialen Frage durch die SdP lediglich ein Anlaß zur nationalistischen Agitation. In Wirklichkeit verfüge die Partei über kein sozioökonomisches Programm. Sie weise die Schuld für die materielle Not in den deutschsprachigen Gebieten zu Unrecht der Republik zu und suggeriert den Menschen, daß soziale Verbesserungen nur über den Ausweg eines Anschlusses ans Deutsche Reich zu erzielen seien<sup>273</sup>.

Bei der Beschäftigung mit den ideologischen Grundlagen der SHF/SdP konzentrieren sich die Autoren auf den Begriff der 'Volksgemeinschaft'. Auch an dieser Auswahl, die damit impliziert, daß alle anderen Elemente der Ideologie zweitrangig oder zumindest nachgeordnet sind, zeigt sich, daß die Studie vor allem angelegt war, die staatsfeindliche Gesinnung der Henleinbewegung nachzuweisen. Zudem führt, wie in der Forschungsliteratur verschiedentlich angemerkt wird, die gesonderte Analyse einzelner Elemente nationalsozialistischer Ideologie schnell zu einer Fehlinterpretation<sup>274</sup>. Nach Auffassung der Autoren hat auch der Volksgemeinschaftsbegriff seine Grundlagen im Kriegserlebnis. "Volksgemeinschaft soll die Gemeinschaft aller Deutschen sein, soll alle Unterschiede innerhalb der Nation und alle Staatsgrenzen überbrücken, die Deutsche von Deutschen trennen. Die Organisation dieser Gemeinschaft soll ausschließlich auf dem Prinzip des Führertums und der Kameradschaft beruhen, also wiederum auf Formen, die durch das 'Fronterlebnis' bestimmt sind. Auch dort im Schützengraben verband alle Mitglieder der Nation der enge Bund eines gemeinsamen Schicksals und der höchsten Kameradschaft. Aber in der Not und in der Gefahr trat gleichsam selbst aus der Masse der Führer hervor, der - ohne daß der kameradschaftliche Bund mit den anderen gefährdet wäre - durch stille Anerkennung zur Führerschaft gelangte." Daß dieses Führertum mit den Führervorstellungen nach Maßgabe der Spannischen Ideologie kollidiert, wird zwar an anderer Stelle dargestellt, wäre aber für die zielgerichtete Argumentation hier kontraproduktiv und wird deshalb unterschlagen. Daher heißt es weiter: "Diese Idee der 'nationalen Gemeinschaft', in die sich die deutsche Mentalität aus der Niederlage und aus dem Zusammensturz rettete und in der sie die neue Form ihres Selbstbewußtseins fand, wurde in Deutschland der Grundpfeiler des Nationalsozialismus. Es ist dies die deutsche Form der 'Totalität', wie Diktaturen sie einführen, und es ist zugleich ein neuer Ausdruck des alten Pangermanismus; er rechtfertigt alle Gewalttaten bei 'Gleichschaltung' im Inneren und alle Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus nach außen. Hinter dem Begriff 'Volksgemeinschaft', der ein typisch deutscher Ausdruck ist, verbirgt sich die Bestrebung nach Vereinigung aller Angehörigen der deutschen Nation und das sowohl nach geistiger Vereinigung als auch nach politischer Vereinigung in einem Einheits-Reich."<sup>275</sup> Auf dieser Grundlage entwickeln die Autoren die These, daß die SdP in ihrem Volksgemeinschaftsdenken nicht nur die Sammlung aller Deutschen in der ČSR anstrebe, sondern folgerichtig auch die

---

<sup>273</sup> Vgl. ebd., S. 31 f.

<sup>274</sup> Vgl. z.B. M. Broszat: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: Deutsche Rundschau 84 (1958), 53-68, S. 55.

<sup>275</sup> Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 34.

Zerschlagung aller übrigen politischen Parteien. Ebenso sei der Begriff Richtlinie für das Verhältnis der SdP zu Deutschland, auch wenn hierbei zur Verschleierung tatsächlicher Absichten der Ausdruck der 'Kulturgemeinschaft' benutzt wird. Aus reichsdeutscher Perspektive ziele der Begriff der Volksgemeinschaft auf Pangermanismus ab, aus innerstaatlichem Blickwinkel auf Irredenta und damit auf Hochverrat nach geltender Gesetzeslage. "Deshalb genügt keine wissenschaftliche Kritik dieser 'Lehre', sondern es ist notwendig, sie machtpolitisch abzuwenden."<sup>276</sup>

Innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Forschung ist das Problem der ideologischen Nähe resp. einer Übereinstimmung der SHF/SdP mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus nach wie vor umstritten. Während die tschechische Historiographie der fünfziger und sechziger Jahre in Anknüpfung an die zeitgenössische Diskussion - wie sie sich auch in der vorliegenden Abhandlung von Fischer/Patzak/Perth dokumentiert - den Nachweis verfolgte, daß die SHF/SdP von Anfang an als das organisatorische und ideologische Auffangbecken für die verbotene DNSAP und DNP fungierte und dadurch die "Fünfte Kolonne" Hitlers in der ČSR war<sup>277</sup>, wurde in der westlichen Forschung besonders der ideologische Zusammenhang zwischen Parteiführung und Spannischer Weltanschauung betont und hieraus eine gewisse Gegnerschaft der SdP-Führung zum Nationalsozialismus abgeleitet<sup>278</sup>. Über die ideologische Entwicklung an der Basis der Henleinbewegung lassen sich keine seriösen Aussagen treffen, da hierzu bislang noch keine Untersuchungen vorliegen. Zuletzt löste ein Beitrag zweier jüngerer Historiker, die von einer verdächtigen "Kompatibilität der Ideen"<sup>279</sup> Spanns mit dem Nationalsozialismus sprechen und damit die Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und der SHF/SdP auf Nuancen reduzieren, eine heftig geführte Kontroverse aus<sup>280</sup>. *Boyer/Kučera* konzedieren ebenfalls eine gewisse Eigenständigkeit der SHF in der Anfangsphase in politisch-ideologischer Hinsicht. Sie argumentieren jedoch zu Recht, daß gerade die Anlehnung des KB an die Lehre Spanns die Bewegung in die Nähe zum Nationalsozialismus brachte und begründen dies damit, daß es weit mehr Affinitäten zwischen Nationalsozialismus und Spannismus als Gegensätzlichkeiten gab. Demnach sei es Spann nie gelungen, sich überzeugend vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Im Gegenteil sei "die 'fundierte' Gesellschaftskritik Spannschen Kalibers dem ideologisch dürftig bestückten Nationalsozialismus der frühen zwanziger Jahre durchaus zupaß" gekommen. Obwohl die nationalsozialistische Rhetorik den Spannismus in den dreißiger Jahren zum ideologischen Feind stilisierte, wurde mit den Exponenten dieser Lehre vergleichsweise milde umgegangen. "Deswegen müssen die SdP-internen Auseinandersetzungen des Jahres 1936, die die offene Hinwendung der Partei zum Nationalsozialismus reichsdeutscher Prägung in die Wege leiteten und in die das Reich schlichtend eingriff, auch wohl eher als Abrechnung en fa-

<sup>276</sup> Ebd., S. 20.

<sup>277</sup> Vgl. z.B. César/Černý: The Nazi Fifth Column in Czechoslovakia, in: *Historica* 4 (1962), S. 191-255.

<sup>278</sup> Vgl. besonders Smelser (1975), a.a.O.

<sup>279</sup> Boyer/Kučera (1996), a.a.O., S. 274.

<sup>280</sup> Vgl. den Beitrag von Friedrich Prinz, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.8.1996; und die sich anschließende Diskussion "Die Sudetendeutsche Heimatfront (Partei) 1933-1938: Zur Bestimmung ihres politisch-ideologischen Standortes", in: *BohZ* 38 (1997), S. 357-85 und *BohZ* 39 (1998), S. 96-109, an der sich neben den Autoren auch Smelser, Kural, Gebel und Jilge beteiligten.

mille interpretiert werden denn als ideologische Offensive gegen den 'Spannismus'. Bezeichnenderweise konnten sich die Kameradschaftsbündler in der SdP-Führung im wesentlichen halten: den neuen Kurs zu akzeptieren, fiel ihnen also anscheinend nicht schwer. Auch nach der Annexion des Sudetenlandes wurden die führenden Köpfe des KB nicht zur Rechenschaft gezogen."<sup>281</sup> Weiterhin läßt sich nach Ansicht der beiden Autoren aus der Dominanz der Ständelehre im Spannischen Gedankengebäude noch nicht *per se* ein ideologischer Gegensatz der SHF/SdP zum Nationalsozialismus konstruieren. Zwar war die Programmatik der Henleinbewegung mit einem entsprechenden Vokabular unterfüttert, doch ging sie - ebenso wie in der NSDAP - vom Primat der Politik aus und war keinesfalls bereit, die Rolle der Partei im politischen System den Vorgaben der Ständelehre unterzuordnen<sup>282</sup>. Darüber hinaus lassen sich aus dem anfänglichen Legalitätskurs der SHF, der durchaus mit dem der NSDAP vor 1933 vergleichbar ist, keine Verschiedenheiten ableiten. Sowohl die innerparteiliche Praxis als auch das politische Vorgehen ließen die antidemokratische Einstellung stets deutlich erkennen. Weiterhin sehen *Boyer/Kučera* keine belegbaren Hinweise, daß die Volkstumspolitik beider Parteien tatsächlich unterschiedliche Ziele verfolgte. Anhand dieser Forschungsmeinung läßt sich somit erkennen, daß Fischer/Patzak/Perth 1937 eine durchaus realitätsnahe Einschätzung des ideologischen Standortes der SHF/SdP und eine treffende politische Momentaufnahme präsentierten.

Vor dem Hintergrund dieses Gesamteindrucks erkennen die Autoren der Studie vier unterschiedliche Phasen in der politischen Entwicklung der SHF/SdP. Die erste erstreckte sich von der Gründung im Oktober 1933 bis Anfang 1934<sup>283</sup>. In dieser Zeit genoß die SHF Protektion durch den BdL und die Gewerbspartei, die die Bemühungen der Sozialisten um eine behördliche Einschränkung zunichte machten. Die zweite Phase reichte bis zu den Parlamentswahlen. "Sie zeichnet sich durch erhöhte Propaganda aus, deren einziges Ziel es war, in den Wahlen größtmögliche Stärke zu erlangen und so auf demokratischem Weg zum Erfolg zu gelangen. Dies war aber nur möglich durch den Kampf gegen die übrigen bürgerlichen deutschen Parteien. Deshalb mußte man in dieser Zeit die scheinbare Freundschaft mit den deutschen Agrariern zerschlagen, die man so lange aufrecht erhalten hatte, wie sie der SHF nutzte."<sup>284</sup> Die dritte Entwicklungsetappe ging bis Ende 1935. In dieser Phase bemühte sich die SdP um die Regierungsfähigkeit, um im nächsten Schritt mit den bürgerlichen und rechten Parteien die Sozialisten aus der Regierung zu drängen. An dieser Stelle hätten die Autoren zumindest die unverfängliche Frage stellen müssen, was Henlein mit einem Regierungseintritt in dieser Phase eigentlich be-

<sup>281</sup> C. Boyer/Jar. Kučera: Alte Argumente im neuen Licht, in: *BohZ* 38 (1997), 358-68, S. 362 f.

<sup>282</sup> "Nimmt man ... die werbewirksame Oberfläche nicht für bare Münze, sondern destilliert aus dem schwammigen Formelzierat der Ständerhetorik die Substanz, so ist in der Kernfrage des Verhältnisses von ständischer Selbstverwaltung und staatlichen Zugriffsrechten die von Anfang an enge Verwandtschaft zwischen SHF/SdP und NSDAP in der Theorie, vor allem aber in der Praxis schlechterdings nicht zu leugnen. Die 'Ständelehre' der SHF/SdP - mag sie auch von Spann inspiriert gewesen sein, folgte also dem nationalsozialistischen Vorbild." *Ebd.*, S. 364.

<sup>283</sup> "Diese Zeit zeichnet sich durch die verzweifelte Suche der SHF aus, den drohenden Untergang zu verhindern: deshalb wird alles unternommen, damit die Heimatfront Freunde auf allen Seiten gewinnt. Man fließt über vor Loyalitätsbekundungen zur ČSR, ihre Mitglieder antichambrieren bei Ministern, bei Parteiführern und bei exponierten Redakteuren und haben nichts anderes im Sinn, als die Heimatfront zu bewahren." Fischer/Patzak/Perth (1937), a.a.O., S. 109 f.

<sup>284</sup> *Ebd.*, S. 111.

zweckte. Da sich keines der oben als staatsfeindlich gekennzeichneten politischen Ziele über den Weg einer Regierungsbeteiligung - auch nicht in einer Koalition ohne sozialistischen Einfluß - hätte durchsetzen lassen, würde die Vermutung naheliegen, daß es sich bei diesem Bestreben der SdP doch nur um die Umsetzung ihres Autonomieprogramms handeln konnte. Da eine solche Schlußfolgerung jedoch nicht in Übereinstimmung mit dem politischen Ziel der Studie lag, unterließen die Autoren Stellungnahmen über vermeintliche Intentionen des politischen Gegners. Der bislang letzte Abschnitt begann Anfang 1936. Nachdem sich abzeichnete, daß die SdP nicht in Regierungsverantwortung gelangen würde, begann sie, zunehmend gegen die tschechoslowakische Demokratie und gegen die aktivistischen Parteien zu kämpfen. Dies tat sie außenpolitisch über die London-Reisen Henleins, seinen Auftritt auf der Sommerolympiade und die erwähnte Völkerbundbeschwerde und innenpolitisch, indem sie den Menschen suggerierte, daß Hitler nach der Rheinlandbesetzung als nächstes die Sudetendeutschen befreien werde.

Insgesamt äußern sich die Autoren trotz der aufgezeigten Staatsfeindlichkeit jedoch zuversichtlich, daß die ČSR die versuchten Angriffe der SdP überleben werde. Diese Überzeugung begründen sie zum einen damit, daß die SdP keine "Erscheinung der natürlichen und konzentrierten Kraft der hiesigen Deutschen ist, sondern ein künstlicher Körper auf tönernen Füßen, den eine Propaganda mit Terror schuf, welcher die radikale Stimmung, die sich unter dem Einfluß des Umsturzes im Deutschen Reich über die Grenzen ergoß, und die Nachsichtigkeit der Behörden der Republik geschickt ausnutzte. Diese Künstlichkeit der ganzen Konstruktion kann für einige Zeit durch große Leitsprüche ersetzt werden, aber sie kann sich nur verbergen, wenn die Partei bald die Macht erringt. Wenn dafür keine Hoffnung besteht, verlieren diese Leitsprüche ihre Wirkung und die Erschütterungen, die verdeckt werden sollen, treten mit erhöhter Kraft hervor. Wir nehmen an, daß die SdP dieses Stadium bereits durchmacht."<sup>285</sup> Zum anderen verweisen sie darauf, daß die SdP nach wie vor in der politischen Szenerie der ČSR isoliert sei und dies auch bleiben werde, denn keine tschechische Partei könne weder ein Interesse an einem Krieg noch an einer Kapitulation haben. Sollte es ihr dennoch gelingen, die ČSR ins Fahrwasser des Deutschen Reichs zu manövrieren, dann würden vor allem die Sudetendeutschen darunter zu leiden haben<sup>286</sup>. Diese These mutet zu einem Zeitpunkt, als einflußreiche Teile der tschechischen Agrarpartei bereits einen politischen Ausgleich mit der SdP anstrebten und sogar offen über eine mögliche Regierungsteilnahme nachdachten, erstaunlich an. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, daß diese bekannte Tatsache ignoriert oder verdrängt werden sollte, sondern daß die Autoren bestrebt waren, einer solchen Entwicklung entgegenzusteuern, und sie sich sicher waren, dies durch ihre zutage geförderten Fakten und die daraus entwickelten Argumente auch erwirken zu können. Sie weisen nämlich weiter darauf hin, daß die SdP nunmehr unbedingt auf politische Erfolge angewiesen sei, um alle störenden Einflüsse von innen und außen auf ihre weitere Entwicklung abzuwehren, und daß es deshalb Taktik der staatstragenden Parteien in der ČSR sein müsse, der SdP diese Erfolge nicht zu ermöglichen. Daher wäre es - so ihre explizite Forderung, die nur in Richtung der Agrarier verstanden werden kann - der falsche Weg, den

---

<sup>285</sup> Ebd., S. 30.

<sup>286</sup> Vgl. ebd., S. 118 f.

Ausgleich mit der SdP mit dem Ziel zu suchen, sie in die Regierungskoalition zu integrieren. Andererseits sei es im Jahr 1937 nur noch schwer möglich, ein Parteiverbot herbeizuführen, da die Behörden die Existenz dieser Nachfolgeorganisation bereits zu lange tatenlos hingenommen haben. Doch auch diesen Weg halten sich Fischer/Patzak/Perth weiterhin offen. Noch sei das Verhältnis der SdP zum Staat vor allem eine politische Frage und wird es "eine polizeiliche, gerichtliche oder Verwaltungsfrage, dann deshalb, weil die Politik der SdP in Bahnen verläuft, die im Interesse des Staates bedenklich sind."<sup>287</sup>

### **4.3 Die Schwerpunkte der antifaschistischen Strategie des Parteizentrums**

#### **4.3.1 Antifaschismus und Demokratiesicherung**

Mit dem Beginn der Bedrohung der ČSR durch das nationalsozialistische Deutschland und mit dem Anwachsen inländischer staatsfeindlicher Strömungen akzeptierten alle staatstragenden Parteien den Grundsatz der aktiven Verteidigung der Demokratie und der staatlichen Unabhängigkeit. Dabei ist festzustellen, daß es sich insbesondere bei den Sozialdemokraten bei diesem Vorsatz nicht nur um einen politischen Standpunkt handelte, sondern auch um den Versuch zur Formulierung einer theoretisch fundierten Auffassung von den Vorzügen der parlamentarischen Demokratie gegenüber einem Ständestaat oder einer faschistischen Diktatur. Antonín Hampl formulierte auf dem Parteitag von 1933 deshalb als das vorrangige innenpolitische Ziel der ČSD "den Aufbau einer ausgebildeten, kritischen, festen und nicht-korrupten Demokratie. Die mechanische Auflösung zersetzender Parteien reicht nicht aus, wenn die staatstragenden Parteien nicht auf einer höheren Ebene der Arbeit und der Verantwortung stehen."<sup>288</sup> Wie sich die Partei für die Erhaltung der demokratischen Grundprinzipien einsetzt, müßten diese nach Ansicht des Parteivorsitzenden aber auch in der Regierungstätigkeit Anwendung finden, und die ČSD sei angehalten, hierfür um die Unterstützung aller demokratischen Kräfte in der ČSR zu werben. Ab Mitte der dreißiger Jahre wurde die demokratietheoretische Diskussion in der ČSD vor allem von der eigenen Auffassung über die Wirtschaftsdemokratie bestimmt. War die Parteiführung in den zwanziger Jahren noch der Ansicht gewesen, daß das sozialistische Stadium erst zu erreichen sei, nachdem sich die kapitalistische Wirtschaft vollständig entwickelt hat, so wurde jetzt davon ausgegangen, daß es sich bei der derzeitigen Wirtschaftskrise um eine Strukturkrise des niedergehenden Kapitalismus handelt und daß die kapitalistische Ordnung nicht länger in der Lage sein wird, diese Krise zu meistern<sup>289</sup>. Folglich sollte über eine Ausdehnung direkter staatlicher Wirtschaftstätigkeit und eine interventionistische Wirtschaftspolitik der als klassenneutral

---

<sup>287</sup> Ebd., S. 30.

<sup>288</sup> Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 80.

<sup>289</sup> Vgl. Bechyně, in: Protokol XVI. sjezdu ČSD (1930), S. 39; und A. Hampl/J. Bělina: Z krise ven, Praha 1935, S. 5.

verstandene Staat als "Initiator und Regulator" eine neue Rolle annehmen und eine sukzessive Demokratisierung der Wirtschaftsordnung einleiten. Denn nach Auffassung der Parteiführung habe "die politische Demokratie nur dann einen Sinn, wenn sie dem Denken und der Arbeit Freiheit gibt und wenn sie die Voraussetzungen für eine weitere Anhebung des Lebensniveaus der arbeitenden Menschen bietet"<sup>290</sup>. Dies könne jedoch nur über eine Ausweitung sozialistischer Machtpositionen im Staat und in der Wirtschaft gelingen. "Wir sehen, daß der Sozialismus die treibende Kraft der Demokratie ist. Er führt sie geistig, er treibt sie zum Erreichen weiterer neuer Ziele auf dem Weg zu menschlicher Gerechtigkeit, ... und er ist bereit, sie mit seinem Leben zu verteidigen."<sup>291</sup>

Der Parteivorstand sah sich aufgrund der Bedrohung der ČSR durch den Faschismus allerdings nicht dazu veranlaßt, eine neue programmatische Initiative zu starten, um auf die veränderten politischen Herausforderungen, die allesamt richtig erkannt worden waren, mit einer alternativen Parteistrategie zu antworten. Er verblieb vielmehr während des gesamten Zeitraums bis 1938 programmatisch im wesentlichen auf der Grundlage des Parteiprogramms von 1930, dessen reformistischer Kern der schrittweise zu vollziehende Umbau des Staates und der Gesellschaftsordnung in Richtung Sozialismus darstellte, und seine Strategie für den Kampf gegen die SHF/SdP entsprach den politischen Schlußfolgerungen, welche die zuvor beschriebene Faschismusanalyse durch die Theoretiker der Partei nahegelegt hatten. Diese Haltung wurde mit ähnlichen Argumenten begründet, wie sie noch für den DSAP-Vorstand darzustellen sein werden. Nach der Maßgabe des Parteiprogramms von 1930, das in dieser Form der allgemeinen Auffassung der meisten europäischen Sozialisten entsprach, sei die derzeitige politische Situation durch ein 'Gleichgewicht der Klassenkräfte' gekennzeichnet, wonach die Bourgeoisie nicht ohne das Proletariat regieren könne, das Proletariat aber noch nicht stark genug sei, eigenständig die Macht im Staat zu erlangen. In dieser historischen Phase des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' und der Bedrohung der Demokratie durch den Faschismus, dessen Existenz vor allem aus diesem Gleichgewichtszustand und aus der Krise des niedergehenden Kapitalismus erklärt wurde, komme es nach Ansicht der Parteiführung in erster Linie darauf an, die bislang erzielten politischen und sozialen Besitzstände zu wahren.

Diese Maßgabe der Besitzstandswahrung ließe sich nach Überzeugung der führenden Politiker in der ČSD nur durch ein Verbleiben der Partei in der bestehenden Regierungskoalition erzielen. Denn im Gegensatz zur innerparteilichen Linken sah die Parteispitze die Grundlage für eine neue Phase sozialistischer Aktivität zum Umbau der Gesellschaftsordnung als derzeit nicht gegeben. Hampl begründete dies 1933 mit der These, daß sich der Sozialismus ebenso wie die Demokratie selbst z.Zt. in der Defensive befinde. Das sozialistische Lager sei für einen derartigen Vorstoß zu zersplittert und stehe einer zu großen Anzahl von Feinden gegenüber<sup>292</sup>. Aus diesem Grund verbiete sich für die Arbeiterbewegung in der ČSR auch die Anwendung einer

---

<sup>290</sup> Hampl, in: Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 37.

<sup>291</sup> Ebd., S. 40.

<sup>292</sup> Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 78.

revolutionären Taktik, wie sie die KPTsch mit ihrem "romantischen Revolutionarismus"<sup>293</sup> propagierte. Hierfür sei die Arbeiterklasse nicht ausreichend bewaffnet und die bürgerliche Kontrolle über die Exekutivgewalten und die Produktionsmittel zu stark, so daß die mechanische Übertragung sowjetischer Erfahrungen auf die ČSR leicht die Errichtung einer Diktatur zur Folge haben könnte. Die Parteiführung sah die Voraussetzungen zur Anwendung eines individuell gestalteten revolutionären Weges nur in den Ländern gegeben, in denen die Arbeiterklasse durch die Errichtung einer faschistischen Diktatur ihrer demokratischen Freiheiten beraubt worden war. Doch auch hier dürfe man sich nicht der kommunistischen Illusion hingegen, daß auf den Sturz des Faschismus zwangsläufig die sozialistische Revolution folgen werde, da die reaktionären Gegenkräfte aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Machtstellung im Staat weiterhin stark bleiben werden. Nach Ansicht der Parteiführung sei die Arbeiterklasse in der ČSR aber heute bereits zu stark, um sich wie die Kommunisten nur auf Negation zu beschränken und damit auf einen Ausbau ihrer gesellschaftlichen Machtpositionen zu verzichten<sup>294</sup>. Gerade die stetige Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation erfordere deshalb von den Sozialdemokraten, daß sie Verantwortung übernehmen und sich für die Kontinuität der Wirtschaftstätigkeit einsetzen<sup>295</sup>. Ein Austritt der Sozialisten aus der Regierung wäre zwar eine "Geste der Demonstration"<sup>296</sup>, politisch würde sie aber nur dem Faschismus nützen.

Obwohl die ČSD-Führung gelegentlich auf den taktischen Charakter ihrer Koalitionspolitik hinwies und diese Ansicht auch zum Bestandteil des Parteiprogramms gemacht hatte<sup>297</sup>, stand hinter dem Festhalten an der Regierungsbeteiligung aber vor allem die Überzeugung von der Richtigkeit der seit 1918 verfolgten Strategie, durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, die den Legitimationsrahmen der parlamentarischen Demokratie akzeptierten, diese an das bestehende politische System zu binden und ein mögliches Abgleiten ins republikfeindliche Lager zu verhindern. Aus diesem Grund sprachen sich führende Politiker der Partei übereinstimmend dagegen aus, in der ČSR einen vergleichbaren Fehler wie die Sozialdemokraten in Deutschland oder Österreich zu begehen, die die sozialistische Mitregierung im Staat freiwillig aufgegeben hatten<sup>298</sup>. Es wurde zwar die Möglichkeit thematisiert, daß sich die Agrarpartei als stärkster Machtfaktor im politischen System der ČSR durch einen Strategiewechsel der Sozialdemokraten provoziert fühlen könnte und man ihnen somit den Weg zu einer "faschistischen und diktatorischen Lösung ebnen"<sup>299</sup> würde. Es läßt sich jedoch ebenso feststellen, daß die ČSD auch in der Krisenzeit grundsätzlich an ihrer Überzeugung festhielt, daß die tschechischen Bürgerparteien in ihrer Mehrheit maßvolle Partner blieben, denen rationale

<sup>293</sup> Hampl/Bělina (1935), a.a.O., S. 10.

<sup>294</sup> In bezug auf die KPD wurde die These vertreten, daß ihre Verweigerungshaltung in der Endphase der Weimarer Republik der deutschen Arbeiterbewegung geschadet und den Nationalsozialisten direkt in die Hände gespielt habe. "Dieser Weg endet im Konzentrationslager." Ebd., S. 13.

<sup>295</sup> Vgl. Wirtschaftsresolution, in: Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 139.

<sup>296</sup> Hampl/Bělina (1935), a.a.O., S. 13.

<sup>297</sup> Vgl. Protokol XVI. sjezdu ČSD (1930), S. 184. Bechyně führte dazu aus: "Ich denke, daß wir uns alle dessen bewußt sind, daß die Koalitionsregierung einen Kompromiß darstellt, und wenn die Sozialdemokratie in dieser Koalition mitarbeitet, muß sie auch etwas akzeptieren, was der Arbeiterklasse nicht angenehm ist." Ebd., S. 43.

<sup>298</sup> So z.B. Dérer, in: Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 69.

<sup>299</sup> Ebd.

Formen der Auseinandersetzung näher standen als autoritäre oder faschistische Lösungen<sup>300</sup>. Der Interessenausgleich mit ihnen stellte sich nun deutlich problematischer dar, doch änderte dies nichts an der festen Überzeugung, daß nur die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien einen erfolgversprechenden Weg zum Schutz der Demokratie darstellte. Wie bereits dargestellt wurde, ging die Parteiführung während des gesamten Zeitraums bis 1938 davon aus, daß das Anwachsen faschistischer Strömungen eine kurze Episode bleiben werde<sup>301</sup>, und zumindest für die tschechische politische Szenerie erfuhr diese Einschätzung durch den überraschend deutlichen Wahlverlust des *Národní sjednocení* und der Nationalen Faschistengemeinde (NOF) von 1935 eine Bestätigung. Aus diesem Grund schien die These plausibel, daß der Zuwachs am rechten Rand des Parteienspektrums sich bald abschwächen und das politisch verirrte Bürgertum nach einer kurzen Phase der Neubesinnung wieder zur Unterstützung des demokratischen Rechtsstaates zurückfinden werde.

Mit dem Festhalten an der Koalitionspolitik begünstigte die ČSD zwar zu einem gewissen Maß die Stabilität der politischen Szenerie im tschechischen Lager, sie verbaute sich aber gleichzeitig weitgehend die Möglichkeit, neue Impulse zur Bewältigung der Wirtschaftskrise zu geben und neue Formen bei der innenpolitischen Bekämpfung der antidemokratischen Bewegungen zu erarbeiten. Die Parteiführung argumentierte ausschließlich defensiv und förderte damit die Bewegungsunfähigkeit, die das politische System aufgrund seiner realpolitischen und verfaßten Strukturen ohnehin schon besaß. Die Agrarpartei hatte sich nach 1933 zwar offen für die demokratische Regierungsform ausgesprochen, da sie hoffen konnte, hierin mit der Unterstützung der Sozialdemokraten am besten ihre eigenen Wirtschaftsinteressen durchsetzen zu können, doch diese Orientierung war keineswegs so eindeutig, wie sie vorgetragen wurde. Denn innerhalb der Partei entwickelten sich frühzeitig Strömungen, die offen mit dem italienischen Faschismus sympathisierten. In der politischen Praxis kam es schon 1934 zu ersten Kontakten mit der SHF und gelegentlich auch mit anderen faschistischen Organisationen. Und in der Regierung bremsen die Agrarier den von den Sozialdemokraten unterstützten Ausbau der Beziehungen zur UdSSR und bestärkten demgegenüber ihren Willen zur Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik an Deutschland und Italien.

Innerhalb der Partei war diese politische Strategie keineswegs unumstritten, auch wenn sich seit der Abspaltung der Kommunisten kein weiterer Parteiflügel mehr mit grundsätzlichen Argumenten gegen das auf Systemerhalt durch Integration ausgerichtete Konzept der Parteiführung aussprach. Neben den Standpunkten der innerparteilichen Linken, die in Kap. 4.4 noch gesondert betrachtet werden und die vor allem von der Forderung bestimmt waren, die Partei müsse in ihrer Regierungspolitik mehr Kampfbereitschaft demonstrieren und die Krise des niedergehenden Kapitalismus ihrerseits zu einer neuen Phase sozialistischer Aktivität nutzen, wurde auch vom rechten Flügel der ČSD mit einer ähnlichen Stoßrichtung Kritik an der politischen

---

<sup>300</sup> So wertete Modráček noch im Frühjahr 1937 die Orientierung eines Teils der Agrarpartei am italienischen Faschismus als einen "vorübergehenden Zustand". Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 70.

<sup>301</sup> Vgl. die politischen Referate von A. Meissner und I. Dérer, in: Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 45 ff. und S. 68 ff.

Strategie des Parteivorstands geübt. Schon seit Ende der zwanziger Jahre hatten sich hier Stimmen der allgemeinen Ablehnung der starken Stellung der Parteien angeschlossen. Den Höhepunkt erreichte diese Kritik jedoch, als Josef Macek in der renomierten Zeitschrift "Přítomnost" die Parteiführung offen angriff, indem er ihr fachliche Inkompetenz und politisches Versagen vorwarf, und damit eine breite innerparteiliche Debatte auslöste. Er vertrat in dem Artikel vom Januar 1933 die These, die Sozialdemokraten hätten in der Regierung nur aus dem Grund keinen Einfluß, weil sie nicht verstehen würden, worin ihre politischen Aufgaben bestünden, und weil sie Angst hätten, politisch tätig zu werden. Es sei zu bedauern, daß führende Politiker in modernen Staaten nicht mit der notwendigen fachlichen Qualifikation für die Bewältigung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben ausgestattet seien. Ebenso fehle es ihnen an Führungsqualitäten wie Charisma, Zielstrebigkeit und Mut, um die an sie gestellten Aufgaben meistern zu können. Aus diesem Grund würden sie sich noch immer zu sehr auf veraltete Forderungen wie die der Arbeitszeitverkürzung versteifen, anstatt sich mit den Gründen der Wirtschaftskrise zu beschäftigen, um ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das den Problemen des Verteilungskampfes und der Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse gerecht würde. Reine Gesellschaftskritik, wie sie von den Parteiführern öffentlich vorgetragen wird, reiche nicht aus, um Wahlen zu gewinnen. Hierzu bedürfe es zum einen eines Aktionsprogramms, das auf die Gegenwart ausgerichtet ist, und zum anderen der fachlichen Qualifikation, um dieses dann auch umsetzen zu können. Angesichts der von Gruppenegoismus bestimmten Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien, sprach sich Macek zwar nicht grundsätzlich gegen einen Verbleib der Sozialdemokraten in der Regierung aus, die eingegangenen politischen Kompromisse müßten aber immer auch einen Schritt in Richtung auf den Sozialismus bedeuten. Dies sei seiner Meinung nach aber derzeit nicht zu erkennen<sup>302</sup>.

Mit diesen Kritikpunkten traf Macek sicherlich einen wunden Punkt bei seiner Partei. Denn die Sozialdemokraten hatten sich bereits in den zwanziger Jahren sehr skeptisch über den Zeitrahmen zur Erreichung des Sozialismus gezeigt, solange die Mehrheit der Gesellschaft kein sozialistisches Bewußtsein erlangt habe und damit nicht bereit sei, auf die neue Gesellschaftsordnung hinzuarbeiten. Meissner hatte deshalb schon auf dem Parteitag von 1924 unter Anwendung der in der SAI akzeptierten Interpretationsweise darauf hingewiesen, daß sich die ČSD darüber im klaren sein müsse, daß "wenn wir das Endziel erreichen wollen, es von uns durch lange Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Bildungsarbeit vorbereitet werden muß, und daß die Frage der Errichtung des Sozialismus keine Frage von Diktaten und Dekreten ist, sondern daß es einerseits die Gipfelbildung des Kapitalismus erfordert, damit der Kapitalismus den Weg zur Bildung einer neuen Produktionsorganisation schafft, aber daß es darüber hinaus auch notwendig ist, den Arbeiter kulturell weiter auszubilden und ihn in die Lage zu versetzen, damit er im gegebenen Augenblick fähig ist, alle Industrie- und Wirtschaftsorganisationen zu übernehmen."<sup>303</sup> Er zeigte sich aber auch überzeugt, daß sich die Gesellschaft bereits jetzt in Richtung eines sozialistischen Denkens bewege und damit in einem gewissen Übergangsstadium befinde,

<sup>302</sup> Vgl. J. Macek: Postavení socialistů za krise, in: Přítomnost 10 (1933), S. 52-55, 71-73.

<sup>303</sup> Protokol XIV. sjezdu ČSD (1924), S. 35.

das durch eine gezielte Sozialpolitik gefördert werden könne. Diese Sichtweise erklärt zu einem Großteil den politischen Attentismus der Parteiführung und die nicht vorhandene Bereitschaft, ihre politischen Ziele über Massenmobilisierung als Druckmittel zu erreichen. Ihr daraufhin aber den Vorwurf anzulasten, es fehle ihr am nötigen Machtwillen und an der Bereitschaft, zielbewußt auf einen konsequenten Ausbau proletarischer Machtpositionen im Staat hinzuwirken, ist jedoch zu wenig differenziert, da er die Komplexität der politischen Konfliktlage nicht berücksichtigt.

Die ČSD hatte sich in ihrem Grundsatzprogramm von 1930 dazu bekannt, daß ihr vorrangiges Mittel für den Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse die Erringung politischer Macht sei und daß die parlamentarische Demokratie damit zu ihrem wichtigsten Kampfboden werde. Deshalb sei die Partei explizit angehalten, alles zu unternehmen, um das existierende politische System gegen "diktatorische und faschistische Bedrohungen"<sup>304</sup> zu verteidigen. Hieraus ergab sich für die ČSD die zwingende Aufgabe, auch gegen den heimischen Faschismus und die Radikalisierungsbestrebungen unter der sudetendeutschen Minderheit anzukämpfen. Angesichts dieser politischen Bedrohung drehten sich die demokratietheoretischen Diskussionen in der ČSR zu Beginn der dreißiger Jahre um den Begriff einer Stärkung der Demokratie (*posílené demokracie*). Unter Verweis auf die Ereignisse in Deutschland wurden diese Argumente auch in die Überlegungen der ČSD zur Bekämpfung des Faschismus aufgenommen. Meissner gelangte deshalb im politischen Referat auf dem Parteitag von 1933 zu dem Schluß, daß im Falle eines Anwachsens staatsfeindlicher Bestrebungen in der ČSR nur eine Stärkung des demokratischen Systems durch eine Kompetenzausweitung für seine Organe einen Ausgleich hierzu schaffen könnte. "Zu große Laxheit würde nur dazu führen, daß die Parteien, die die Demokratie ablehnen, die demokratischen Methoden zur Abschaffung der Demokratie mißbrauchen würden und daß dies am Ende auch den Staat selbst unterminieren würde ... Jeder anerkennt, daß sich der Staat und die Demokratie verteidigen müssen, und er stößt an den schwierigen Begriff der starken oder autoritativen Demokratie. Aber hinzu gesellt sich auch die Überlegung, wo endet eine starke Demokratie und wann beginnt eine nicht-demokratische Diktatur, und eine Einschränkung der Freiheiten durch Ermächtigungsgesetze ist keine schiefe Ebene, die am Ende in den Abgrund einer faschistischen Diktatur führt."<sup>305</sup> Mit diesen Argumenten legitimierte die ČSD ihren Einsatz für eine Verschärfung des Kampfes gegen staatsfeindliche Parteien und deren Organisationen durch administrative Maßnahmen.

Im Hinblick auf die staatsfeindlichen Radikalisierungstendenzen innerhalb der deutschen Minderheit wird damit aber ebenfalls deutlich, daß die ČSD zwar auch die sozialen und wirtschaftlichen Implikationen des Problems berücksichtigte, daß sie es politisch aber vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Demokratiesicherung in Angriff nahm. Demzufolge spielten strategische Überlegungen, etwa über national- oder kulturpolitische Initiativen eine Pazifizierung der Minderheiten herbeizuführen, lediglich eine nachrangige Rolle. Nur so läßt sich erklären, daß die Frage der Kulturautonomie, die 1930 ins Parteiprogramm aufgenommen worden war,

<sup>304</sup> Protokol XVI. sjezdu ČSD (1930), S. 183.

<sup>305</sup> Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 49.

auf dem Parteitag von 1933 nicht weiter verfolgt wurde. Unter den von Hampl formulierten neun programmatischen Hauptforderungen die Innenpolitik betreffend, die für die Politik der ČSD in den folgenden Jahren richtungsweisend bleiben sollten, befaßten sich die ersten zwei mit dem Problem der Absicherung des politischen Systems und die sieben nachfolgenden mit wirtschaftlichen Reformfragen<sup>306</sup>. Auch die Initiative Ivan Dérers zur Schulautonomie vom Dezember 1932 wurde auf diesem Parteitag nicht wieder aufgenommen. Ebenso blieb der Ausspruch Bechyněs vom Dezember 1934, daß "ein neues Staatsvolk im Werden"<sup>307</sup> sei, ohne einen nationalpolitischen Niederschlag in der Regierungspolitik. Dies trug nicht zu der auch von der ČSD gewünschten Stabilisierung des sudetendeutschen Aktivismus bei und trübte sicherlich das Verhältnis zur DSAP<sup>308</sup>. In der Resolution des Parteitags von 1937 wurde erneut erklärt, daß sich die Partei für eine Verständigung der tschechoslowakischen Nation mit den nationalen Minderheiten einsetzen wollte. Es gibt jedoch weder hier noch im Regierungsalltag überzeugende Anhaltspunkte, wie und auf welcher Ebene diese Absichtserklärungen umgesetzt werden sollten. Zugleich machte der Parteitag aber deutlich, daß die ČSD weiterhin mit allen Mitteln undemokratische Ideologien in angemessener Form bekämpfen und staatsfeindliche Parteien und Organisationen beseitigen wollte. Dies gelte namentlich für die deutsche Minderheit<sup>309</sup>.

Auf dieser politisch-programmatischen Grundlage initiierten die Sozialdemokraten schon zu Beginn der dreißiger Jahre Kampagnen zum Verbot staatsfeindlicher Organisationen und unterstützten nachdrücklich die Anwendung der Bestimmungen des Republikschutz-Gesetzes von 1923. Bereits 1930 verlor der tschechische Faschistenführer Rudolf Gaida hierdurch sein Abgeordnetenmandat, und mit dem Verbot des "Volkssports", der paramilitärischen Organisation DNSAP, des "Nationalsozialistischen Studentenbundes" sowie der Untersagung des öffentlichen Gebrauchs nationalsozialistischer Symbole im Februar/März 1932 schaffte der Staat Präzedenzfälle, um zukünftig auch gegen radikal-nationalistische Abgeordnete der DNSAP vorgehen zu können. Diese politische Praxis wurde schließlich durch den Urteilsspruch des Brünner Kreisgerichts legitimiert, das Ende September 1932 im sog. 'Volkssport-Prozeß' zu dem Ergebnis kam, daß die betreffenden Organisationen Kopien der reichsdeutschen SA seien<sup>310</sup>. Da eine Auflösung von Parteien durch das Republikschutz-Gesetz allein nicht herbeigeführt werden konnte, setzte sich die ČSD für die Schaffung neuer Regularien ein. Zusammen mit den Notverordnungsgesetzen wurde die Regierung am 10.7.1933 durch das "Gesetz zur Verteidigung der

<sup>306</sup> Vgl. ebd., S. 81.

<sup>307</sup> Zit. nach Klepetař (1937), a.a.O., S. 370.

<sup>308</sup> Auf dem Parteitag von 1933 wurde das Verhältnis zur DSAP von Generalsekretär Dunder noch mit überschwänglichen Worten gefeiert. "Über das gemeinsame Vorgehen mit den deutschen Sozialdemokraten, für das wir oft aus unserem bürgerlichen Lager angegangen werden, müssen wir nicht reden. Es zeigt sich nicht nur in der Regierung, in der Nationalversammlung, in den zahlreichen Beratungen der Exekutivausschüsse beider Parteien, sondern auch auf dem wirklichen Feld unseres Lebens, in den lokalen Organisationen, im deutschsprachigen Gebiet. Es zeigt sich bei den Mai-Feiern, bei der Zusammenlegung von Kandidatenlisten, im Kampf gegen den Faschismus und das Hakenkreuzlertum sowie gegen den Kommunismus, und es zeigt sich markant an der Teilnahme der deutschen Sozialdemokraten an den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 28. Oktober." Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 37 f.

<sup>309</sup> Vgl. Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 159 f.

<sup>310</sup> Vgl. zum Volkssport-Prozeß Klepetař (1937), a.a.O., S. 315 ff.; und Luh: Völkische Arbeiterpartei (1991), a.a.O., S. 34 ff.

Republik" auch dazu ermächtigt, ohne parlamentarische Legitimation außerordentliche Maßnahmen anzuordnen, wenn auf dem Staatsgebiet oder an den Grenzen Aktionen erfolgen, die die Staatsform und die staatliche Integrität gefährdeten. Solche Maßnahmen konnten die Einschränkung der Pressefreiheit, ein Versammlungsverbot sowie die Überwachung und Auflösung von Vereinen und Organisationen beinhalten. Das letzte Ermächtigungsgesetz vom 25.10.1933 ermöglichte der Regierung die sofortige Auflösung staatsfeindlicher Parteien. Die Rekordzeit, mit der das Parteiengesetz durch die parlamentarischen Instanzen getrieben wurde, zeigte deutlich, wie ernst es der Regierung in dieser Frage war<sup>311</sup>. Auf dieser Grundlage wurde am 11.11.1933 die DNSAP aufgelöst und die Tätigkeit der DNP eingestellt. Am 25.11. erklärte das Oberste Verwaltungsgericht die Mandate beider Parteien für erloschen.

Wie Meissner gegenüber der Partei deutlich machte, sei die Gefahr, daß das Gesetz eines Tages auch gegen die ČSD eingesetzt werden könnte, bedacht und alle Argumente gegeneinander abgewogen worden. Ausschlaggebend für die Zustimmung der ČSD sei letztlich die Überzeugung gewesen, daß sich der Staat im Herbst 1933 nicht in einer Situation befinde, in der die Demokratie ohne die evt. Einschränkung bürgerlicher Freiheiten verteidigt werden könne. Aus diesem Grund sei dieses Risiko ein Opfer, das die ČSD bringen müsse. Mit den jetzt getroffenen Maßnahmen sei der Parteivorstand jedoch davon überzeugt, daß es in der ČSR nicht zu einer Bedrohung der Demokratie wie z.Zt. in Österreich kommen werde<sup>312</sup>.

Das Schlagwort von der *silná demokracie* bedeutete für die ČSD jedoch nicht nur die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen zur administrativen Repression, sondern implizierte ebenso Überlegungen bzgl. weiterer Strukturreformen, um die Funktionsfähigkeit des politischen Systems zu verbessern. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Parteiführung aufgrund persönlicher Sätturiertheit zu keinen Reformschritten bereit war, sondern es gab im Gegenteil eine große Sensibilität für die Defizite im politischen System. Dies betraf insbesondere die herausragende Machtstellung der Parteien, die zum einen die Mobilität des politischen Systems einschränkten und zum anderen eine Entfremdung von politischer Führung und der Gesellschaft bewirkt hatten. Auf dem Parteitag von 1933 legte Meissner den inhaltlichen Schwerpunkt sozialdemokratischer Reformpolitik zunächst auf die Notwendigkeit einer weiteren Straffung der Regierungsarbeit und begrüßte daher die Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Ministerausschüsse, die das bisherige *Pětka*-System abgelöst hatten. Um die Entscheidungen der Regierung noch schneller und effektiver fällen zu können, sprach er sich im Namen des Parteivorstands dafür aus, daß zu diesen Gremien noch weitere außenstehende Fachleute hinzugezogen werden<sup>313</sup>.

Im Dezember 1934 legte die verfassungsrechtliche Kommission beim Exekutivausschuß der ČSD ein umfassendes Konzept vor, in dem ein Großteil der Reformforderungen aus der Partei und der politischen Öffentlichkeit aufgenommen wurden. Die Kommission machte in ihrem

<sup>311</sup> Die Gesetzesvorlage erfolgte am 17.10.1933, die Verabschiedung im Abgeordnetenhaus am 20.10. und im Senat am 25.10.

<sup>312</sup> Vgl. Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 50. Vgl. als Gegenposition innerhalb der Partei J. Hrabánek: K rozpuštění politických stran, in: Čin 5 (1933), S. 433-34.

<sup>313</sup> Vgl. ebd., S. 52.

Gutachten deutlich, daß ihre Vorschläge nicht darauf ausgerichtet waren, den Parlamentarismus durch sozialistische Reformen zu verändern, sondern daß sie dahingehend konzipiert seien, das bestehende System der bürgerlichen Demokratie zu vervollkommen, damit es im gegebenen Augenblick ein Mittel sozialistischer Politik sein könne. Bis dahin müsse es jedoch Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die parlamentarische Demokratie mit Abwehrmöglichkeiten auszustatten, die es ihren Feinden unmöglich machen würden, die Freiheiten der demokratischen Grundordnung gegen diese selbst zu instrumentalisieren. Dies müsse auch die Gewährung politischer Freiheiten und Besitzrechte umfassen, wenn eine ruhige politische und soziale Entwicklung durch ihre Aufrechterhaltung gefährdet scheint. Richtungsweisend für das Reformkonzept war ferner die Auffassung, daß das bisherige Verständnis von der Gewaltenteilung auf der Grundlage der Montesquieuschen Staatslehre als historisch veraltet zu betrachten sei. Es erscheine aus heutiger Sicht vielmehr eine Trennung resp. Gegenüberstellung von Bürokratie und Volksvertretungskörperschaften sinnvoll. Nach Ansicht der Kommission müsse in diesem Zusammenhang eine demokratische Kontrolle aller Vertreter der Staatsgewalt sichergestellt werden, indem das bislang unausgewogene Verhältnis zwischen Parlament, Regierung und Staatsverwaltung in einen Gleichgewichtszustand gebracht werde. Hierzu sei es zum einen entscheidend, daß die Minister weniger als politische Interessenvertreter fungieren, sondern als Köpfe ihrer jeweiligen Verwaltungsapparate auftreten und somit deren Aktivitäten mehr kontrollieren. Zum anderen könne es im modernen Parlamentarismus nicht hingenommen werden, daß der gesamte Bereich der Gesetzgebung in der ČSR ausschließlich von der Regierung resp. der Staatsverwaltung unter Ausschluß des Parlaments bestimmt werde und daß das Parlament keine Möglichkeiten zur Kontrolle der Bürokratie besitze<sup>314</sup>. Da die Kommission aufgrund der innen- und außenpolitischen Umstände die Zeit für eine Verfassungsänderung als ungünstig betrachtete, präsentierte sie einen Reformkatalog, der sich auch im Rahmen des bestehenden Verfassungswerks durchsetzen ließe. Dieser umfaßte folgende konkrete Forderungen:

1. Eine bessere fachliche Qualifikation der politischen Beamten.
2. Eine Reform des Gesetzgebungsverfahrens durch die Schaffung eines Gesetzgebungsrats, zu dem neben der Ministerialverwaltung auch die Parlamentsausschüsse und externe Fachleute hinzugezogen werden.
3. Eine Reform des Verhältnisses beider Parlamentskammern. Da sich eine Abschaffung des Senats, wie es die ČSD schon lange fordert, nicht durchsetzen läßt, soll die Arbeitsteilung zwischen beiden Kammern effektiviert werden. Demnach soll das Abgeordnetenhaus alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorlagen verhandeln. Der Senat übernimmt im Gegenzug alle weniger brisanten Fragen, wie z.B. die der Rechtssprechung, und außerdem die Außenpolitik, da er nicht so sehr im Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit steht wie die

---

<sup>314</sup> Vgl. Sociální demokracie a ústava. Ústavně-politická studie, kterou u příležitosti patnáctiletí ústavy vydala ústavně-právní komise při výkonném výboru Českosl. sociálně demokratické strany dělnické. Redakcí: D. Zd. Pešky a dr. Fr. Krause. Spolupracovali: Dr. Zd. Kojecký, dr. Bohuslav Svěrák, dr. Emil Sobota, dr. Ed. Vondruška, Praha 1935., S. 3 f.

erste Kammer und somit zu hoffen ist, daß hier ohne Rücksichtnahme auf Parteipolitik entschieden werden kann.

4. Eine Reform des Wahlrechts durch die Abschaffung gebundener Kandidatenlisten, damit die Bürger Gewißheit bekommen, daß die Volksvertreter sie auch wirklich repräsentieren.
5. Die Unifizierung der Rechtsordnung in allen Landesteilen.
6. Die Regierungstätigkeit auf der Basis der Notverordnungsgesetze soll auf ein Minimum beschränkt werden<sup>315</sup>.

Diese Forderungen zielten also erstmals auch auf die Dominanz der politischen Parteien in der Staatsverwaltung ab, die zur Durchsetzung von Partikularinteressen mißbraucht wurde und für die Immobilität des politischen Systems maßgeblich verantwortlich war. Eine Reform der rechtlichen Stellung der politischen Parteien wurde in dem Reformkonzept allerdings noch nicht in Angriff genommen. Zwar wurde von der Kommission anerkannt, daß auch Parteien Rechtskörper werden müssen und daß es bestimmte demokratische Normen geben muß, die ihre innere Organisation regeln. Der zeitgleich kursierende Vorschlag Malypetrs, eine Registrierung aller politischen Parteien vorzunehmen, um staatsfeindliche Parteien nicht zu den Wahlen zuzulassen, wurde jedoch als der falsche Weg betrachtet, da er eine für das politische System notwendige parteipolitische Dynamik verhindere. Ebenso wurde eine Quotierung für Abgeordnetenmandate durch die Einführung einer Prozentklausel als ungerecht und unklug abgelehnt, da hierdurch die nationalen Minderheiten und neue politische Gruppierungen in der Ausübung demokratischer Grundrechte behindert würden. Hätte die Durchsetzung dieser Forderungen schon ausgereicht, das bisherige politische System nachhaltig zu verändern, ging die ČSD jedoch erst 1937 dazu über, die Machtpositionen der politischen Parteien in der Staatsverwaltung offen anzugreifen, und versuchte nunmehr, die verkrusteten Strukturen des politischen Systems aufzubrechen. In der Resolution des XVIII. Parteitags wurde die Forderung nach einer Ämterrotation in der Regierung aufgenommen, d.h. keine Partei sollte ein Ministerium länger als eine Legislaturperiode für sich beanspruchen dürfen<sup>316</sup>. Hätte sich die Partei mit dieser Forderung durchsetzen können, wären die bestehenden politischen Erbhöfe, besonders der Agrarpartei im Innen-, Verteidigungs- und Landwirtschaftsministerium, und mit ihnen die gesamte bisherige Funktionsweise des politischen Systems in Frage gestellt worden. Wie mit der Mehrzahl ihrer überaus sinnvollen Reformvorschläge konnte sich die ČSD auch mit dieser Forderung gegenüber ihren Partnern nicht durchsetzen.

Gegenüber der SHF lief die Politik der ČSD seit 1934 auf ein weiteres Parteienverbot hinaus. Ein solcher Beschluß oblag der Regierung und konnte dort aufgrund seiner innen- und außenpolitischen Tragweite auch nur einstimmig gefaßt werden. Nachdem die SHF mit dem BdL einen Burgfrieden geschlossen hatte und da sie anfänglich von den deutschen Agrariern protegiert wurde, hätte eine Regierungsinitiative von ČSD und DSAP zu diesem Zeitpunkt wenig Aussicht auf Erfolg gehabt. Dieser Zustand änderte sich erst im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1935, als die SHF den BdL offensiv angriff und entgegen vorheriger Absprachen

<sup>315</sup> Vgl. ebd., S. 15 ff.

<sup>316</sup> Vgl. Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 159.

auch unter der deutschsprachigen Landbevölkerung auf Stimmenfang ging. Einen entsprechenden Anlaß bot die Ankündigung Ministerpräsident Malypetr vom 6.11.1934, ein Gesetz über die Registrierung aller politischen Parteien zu verabschieden, das nur solche Parteien zur Wahl zulassen sollte, über deren staatsbejahende Grundhaltung kein Zweifel bestand. Nachdem dieses Gesetz jedoch nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnte, mußte sich die Regierung im April 1935 konkret mit der Frage der Zulassung der SHF zu den Wahlen beschäftigen. Im Ergebnis war nur die Agrarpartei dagegen, der SHF die Kandidatur zu verweigern. Um nicht eine Umkehr der Agrarier in dieser Frage zu erzwingen und dadurch u.U. eine Regierungskrise auszulösen, entschied sich das Kabinett, die Entscheidung dem Staatspräsidenten zu überlassen.

Da die ČSD offensichtlich nicht davon überzeugt war, daß Masaryk ein Verbot der SHF unterstützen würde, wandte sich Jaromír Nečas als ehemaliger Mitarbeiter der Präsidentenkanzlei direkt an das Staatsoberhaupt und erläuterte in einem Memorandum den Standpunkt der Sozialdemokraten, der ein striktes Vorgehen des Staates gegen die SHF rechtfertigte. Er kam hierin zu dem Schluß, daß "Unschlüssigkeit in der Frage der SHF in der gegenwärtigen Zeit und ein Bestreben, die Auflösung dieser gefährlichen Bewegung zu vermeiden, die Demokratie in dem deutschen Gebiet für lange Zeit begraben [würde]." Diese Haltung begründete Nečas mit drei Argumenten. Zum einen seien die Loyalitätsbekundungen der SHF nicht ernst zu nehmen. Da diese auf den Kundgebungen von den ehemaligen Nationalsozialisten, die die Mehrheit der Basis der Bewegung bilden, nur mit "bissigem und hämischem Lächeln" quittiert werden, stehe deren Staatsfeindlichkeit außer Frage. Zum anderen gehe aus den programmatischen Äußerungen der SHF eindeutig hervor, daß sie auf einer "Ideologie rein faschistischer, hitlerischer Färbung" basiere. Schließlich werde die abwartende Haltung des Staates im deutschen Siedlungsgebiet als Schwäche der Demokratie verstanden und dies bestärke vorhandene antidemokratische Dispositionen. Dies könnte wiederum auch zu einer Radikalisierung bei den bürgerlichen Parteien führen und damit die bisherige aufopferungsvolle Politik des sudetendeutschen Aktivismus unterminieren. Demgegenüber erwarteten die Sozialdemokraten, daß ein Verbot der SHF zum jetzigen Zeitpunkt von den politisch indifferenten Teilen unter der sudetendeutschen Minderheit als imponierendes Zeichen politischer Stärke verstanden würde und sie anschließend wieder zur Unterstützung des alten Parteiensystems bewegen werde<sup>317</sup>. Masaryk ließ sich hierdurch jedoch nicht unter Druck setzen und sprach sich gegen eine Verweigerung der Wahlzulassung aus. Der Chronist Klepetař gibt an, daß der alternde und gesundheitlich angeschlagene Masaryk der Ansicht war, die demokratische Grundordnung gebiete es, der Henleinbewegung die Möglichkeit zu geben, durch parlamentarische Betätigung zu besserer Einsicht zu gelangen. Sollte diese ausbleiben, bestehe noch die Verbotsmöglichkeit<sup>318</sup>. Zudem wird wohl auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß sich die Tätigkeit der SHF in der Legalität besser kontrollieren ließ als eine im Untergrund agierende Organisation<sup>319</sup>. Da die Meinung des

<sup>317</sup> J. Nečas an T.G. Masaryk vom 9.4.1935, in: V. Král (Hrsg.): Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947. Dokumentensammlung, Prag 1964, Dok. 26, S. 78.

<sup>318</sup> Vgl. Klepetař (1937), a.a.O., S. 369.

<sup>319</sup> Vgl. O. Novák: Henleinovci proti Československu. Z historie sudetoněmeckého fašismu v letech 1933-1938, Praha 1987, S. 64.

Staatspräsidenten einen hohen moralischen Stellenwert besaß, war eine Nichtzulassung unter diesen Umständen nicht mehr durchzusetzen. Die einzige Auflage der Regierung, wonach sich die "Sudetendeutsche Heimatfront" in "Sudetendeutsche Partei" umbenennen mußte, stellte somit ein politisches Armutszeugnis für das demokratische Lager dar und nutzte letztlich mehr der SHF/SdP, die ihren Anhängern auf diese Weise ihre politische Stärke oder gar Unantastbarkeit demonstrieren konnte.

Damit war jedoch bereits im Frühjahr 1935 die doppelgleisige Strategie der ČSD zur Demokratisierung gescheitert. Sie hatte es weder vermocht, eine weitere Demokratisierung des politischen Systems einzuleiten, noch war sie mit ihren Bemühungen um ein Verbot der Henleinbewegung erfolgreich gewesen. Konsequenterweise hätte die Parteiführung nach diesen Erfahrungen einen politischen Strategiewechsel vornehmen müssen. Vor dem Hintergrund der realen Entwicklung boten sich hierzu in der Folgezeit aber kaum noch Varianten an. In den ersten beiden Jahren nach der Machtergreifung Hitlers und der Gründung der SHF bestand in der ČSR noch die Möglichkeit, in einem weitgehend geschützten Raum gegen die staatsfeindliche Bedrohung zu agieren. Wie *Kural* deutlich macht, verringerten sich die Handlungsspielräume der Regierung hierfür jedoch seit dem Sommer 1935 zunehmend. Dies ist nach Ansicht des Autors nur bedingt auf die schmaler gewordene Regierungsmehrheit nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der SdP im Mai 1935 zurückzuführen. Bedeutender wog hingegen, daß sich bei den Westalliierten nunmehr die Tendenz abzeichnete, ihre bisherige Schirmherrschaft über den Donau-Balkan-Raum aufzugeben<sup>320</sup>. Für die tschechoslowakische Regierung ergaben sich aufgrund der hieraus resultierenden inneren und äußeren Bedrohung zwei Sachprobleme, die einer dringenden Lösung bedurften. Innenpolitisch mußte das Zusammenleben mit der mittlerweile in ihrer Mehrheit stark radikalisierten sudetendeutschen Minderheit auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden, die nur durch ein Abweichen vom bisherigen Kurs in der Nationalitätenpolitik zu erreichen war. Außenpolitisch mußte die ČSR einen Weg für die Existenz in der Nachbarschaft zum Deutschen Reich finden. Neben dem zunehmend zweifelhaften Schutz durch die Westmächte bot sich nach der außenpolitischen Wende der UdSSR von 1934 aber auch das Bündnis mit dieser Großmacht an. Eine weitere Option bildete theoretisch aber auch ein eigenständiges Verteidigungsbündnis der Klein- und Mittelstaaten in der Region.

Doch selbst unter den tschechischen Bürgerparteien gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Ansätze zur Lösung dieser Fragen, die eine Umsetzung in eine gemeinsame Regierungspolitik sichtlich erschwerten. Der rechte Flügel der Agrarpartei und Teile der Nationaldemokraten um Jaroslav Preiss strebten einen Ausgleich mit Deutschland durch eine außenpolitische Annäherung an Hitler an. Diese Politiker in der Agrarpartei, die sich programmatisch selbst am italienischen Faschismus orientierten, unternahmen Mitte 1936 erneut Versuche, eine politische Zusammenarbeit mit autoritären und faschistischen Organisationen in der ČSR anzubahnen. Sie suchten nach Möglichkeiten zur Bildung einer Regierung ohne die Sozialdemokraten und leiteten zu diesem Zweck Verhandlungen mit dem *Národní sjednocení* und der SVP ein

---

<sup>320</sup> Vgl. Kural (1993), a.a.O., S. 145.

und unterhielten zu dieser Zeit auch wieder verstärkt Beziehungen zur SdP. Der neue Ministerpräsident Milan Hodža unterstützte diese Bestrebungen jedoch nicht und hatte seinerseits bereits zu Beginn der dreißiger Jahre Überlegungen angestellt, über die Nutzbarmachung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen zu einer regionalen Einigung mit einem großen Binnenmarkt zu gelangen, in den auch Deutschland und vor allem ein unabhängiges Österreich eingebunden werden sollten. Während seiner kurzen Amtszeit als Außenminister trat er Ende 1935 mit einem Plan an die europäische Öffentlichkeit, der einen schrittweisen Zusammenschluß der Kleinen Entente mit den Staaten des Römischen Blocks unter der Patronage Großbritanniens vorsah. In der Nationalitätenpolitik leitete Hodža erst Anfang 1937 einen Kurswechsel ein, dem jedoch in den Folgejahren nur schleppend konkrete Maßnahmen folgten, so daß hierdurch keine Pazifizierung der Minderheiten zu erreichen war, die Stellung des sudetendeutschen Aktivismus jedoch nachhaltig untergraben wurde. Demgegenüber verfolgten die Nationaldemokraten um Karel Kramář, die mittlerweile offen die tschechischen Faschisten des NOF protegierten, eine neue außenpolitische Kombination, deren Zielpunkt vor allem Italien war. In der Minderheitenfrage wurde von ihnen eine Haltung eingenommen, die nationalpolitische Korrekturen ausschloß. In jedem Fall verletzen mit Ausnahme des Hodža-Plans, der von der ČSD begrüßt wurde<sup>321</sup>, alle diese Konzeptionen vitale sozialdemokratische Interessen.

Wie in Kap. 7 noch darzustellen ist, sprach sich die ČSD geschlossen gegen außenpolitische Experimente aus. Die Ausrichtung auf Frankreich sollte fortgeführt und die Kleine Entente als Gegengewicht zum deutschen Einfluß in der Region ausgebaut werden. Daneben engagierte sich die ČSD für den Abschluß des Verteidigungsbündnisses mit der UdSSR. In der innenpolitischen Diskussion beschäftigten sich die sozialdemokratischen Theoretiker nach 1936 vermehrt mit der sudetendeutschen Problematik und rieten zu einem nationalpolitischen Kurswechsel, der vor allem eine Korrektur an der Staatsideologie des Tschechoslowakismus als Ordnungsprinzip der Nationalitätenpolitik bedürfe. Die Parteiführung unterstützte die nationalpolitischen Forderungen des sudetendeutschen Aktivismus. Sie hielt aber an ihrer bisherigen Strategie fest, die bestehenden Fronten in der nationalen Frage nach Möglichkeit nicht weiter zu verhärten, und ergriff deshalb folgerichtig keine nationalpolitischen Initiativen auf Regierungsebene. Auf dem Parteitag vom Mai 1937 übte sich Bechyně in Zweckoptimismus, daß der mit dem Februarabkommen eingeleitete Reformprozeß die Faschisierung der nationalen Minderheiten stoppen werde, und er erneuerte das Bekenntnis seiner Partei zum nationalen Ausgleich. "Wir wollen, daß die Minderheiten hier mit uns in einem gemeinsamen Staatsverband leben, wir wollen, daß sie sich hier glücklich fühlen, wir wollen, daß sie hier ihre Heimat finden und daß sie diese aus vollem Herzen für ihre Heimat halten, wir wollen, daß sich auch die Staatsnation um sie erweitert, damit sie sich umgehend als unentbehrlicher Teil der ganzen ČSR fühlen."<sup>322</sup> Die auf einer realistischen Einschätzung bestehender Machtverhältnisse basierende Absicht, nationalpolitische Fortschritte in weniger emotional besetzten Bereichen und als Ergebnis des Prozesses eines Interessenausgleichs herbeizuführen, kollidierte jedoch mit den Strömungen in der DSAP, die

<sup>321</sup> Vgl. Hampl, in: Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 36.

<sup>322</sup> Ebd., S. 50.

als Folge des Aufstiegs der SHF/SdP bestrebt waren, in der direkten Auseinandersetzung mit Henlein die nationale Frage wieder zur Domäne sozialdemokratischer Politik zu stilisieren. Je deutlicher sich abzeichnete, daß sich innerhalb der DSAP der Flügel um Wenzel Jaksch gegen die gegenüber der ČSD loyalen Czech-Gruppe durchsetzen könnte, und Jaksch 1935/36 anknüpfend an die Politik Josef Seligers die Bedeutung der nationalen Frage mit der sozialen Frage gleichsetzte und 1937 sogar offen mit einem Regierungsaustritt drohte, sollten keine greifbaren nationalpolitischen Erfolge erzielt werden, mußte für die Parteiführung auch die Verlässlichkeit und die Bündnisfähigkeit der deutschen Schwesterpartei zunehmend fraglich erscheinen.

Vor diesen Hintergründen zeigte sich die ČSD nicht konsequent, nach neuen innenpolitischen Konstellationen Ausschau zu halten. Im Zuge der Affäre um die Präsidentenwahl im Dezember 1935 hätten sich hierfür aber neue Möglichkeiten ergeben. Denn nachdem sich der rechte Flügel der Agrarpartei auf die Initiative Rudolf Berans und Viktor Stoupals dazu entschieden hatte, mit dem politisch weitgehend unbekanntem Hochschullehrer Bohumil Němec einen eigenen Kandidaten gegen Beneš ins Rennen zu schicken, und sich zuvor der Unterstützung durch die tschechische Gewerbetypenpartei, das *Národní sjednocení*, die NOF und die SdP versichert hatte, konnte Beneš Wahl zum Staatspräsidenten erst sichergestellt werden, nachdem die KPTsch ihre Unterstützung bekannt gegeben und Hodža mit seinem Rücktritt gedroht hatte. Der darauf folgende Rückzug des Gegenkandidaten hatte auf der positiven Seite zur Folge, daß das politische System ungeachtet des Vertrauensbruchs durch die Agrarpartei stabil blieb und es zu keiner autoritären Lösung wie in den Nachbarstaaten kam. Es gelang also nicht, einen rechten Block zu schmieden, auch wenn diese Gefahr von nun an in der Luft schwebte. Doch aus der Affäre entwickelte sich auch ein neuer politischer Block auf der Gegenseite, der aus der 'Burg-Gruppe', der Volkspartei, der KPTsch und der sozialistischen Linken bestand. Diese politische Kombination wurde jedoch bis zum Münchener Abkommen nicht weiterentwickelt und kam somit faktisch erst wieder während der Okkupationszeit zum Tragen und bestimmte dann maßgeblich die politische Entwicklung nach 1945.

Daß sich die Sozialdemokraten gegen den Ausbau dieses Bündnisses oder zumindest gegen seine Instrumentalisierung zur Durchsetzung eigener Forderungen sträubten, kann zu diesem Zeitpunkt nicht mehr allein mit der Furcht erklärt werden, durch einen entsprechenden Kurswechsel diesen sog. 'Dezemberblock' zu institutionalisieren. Trotz allen Säbelrasselns darf nicht übersehen werden, daß im rechten Teil des Parteienspektrums noch weitaus größere Hindernisse als in der bestehenden Regierungskoalition vorhanden waren, um zu einer politischen Übereinkunft zu gelangen. Dies betraf z.B. das steigende Engagement des Agrarkapitals im industriellen Sektor, besonders in der Rüstungsindustrie. Weiterhin hätten sich die tschechischen Kreise innerhalb der Agrarpartei mit den unterschiedlichen Standpunkten und Interessen der Slowaken vereinbaren müssen, die mindestens ebenso große politische Sprengkraft in sich bargen wie die tschechisch-sudetendeutschen Beziehungen. Schließlich stand einer Übereinkunft unter den rechten Parteien die öffentliche Meinung entgegen, die sich nach der Affäre um die Präsidentenwahl vehement gegen die Bildung eines rechten politischen Blocks aussprach. Vielmehr las-

sen sich in den Äußerungen führender Sozialdemokraten über rationale Begründungen hinaus auch ideologische Blockaden gegen den Ausbau dieses Bündnisses ausmachen. Neben den gerechtfertigten Ressentiments gegen die KPTsch, die in Kap. 6 noch thematisiert werden, lassen sich auch ideologische Vorbehalte gegenüber dem politischen Katholizismus ausmachen, die einer positiven Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen der ČSD und den *lidovci* entgegenstanden. So machte Bechyně im politischen Referat auf dem Parteitag von 1937 deutlich, daß die Parteiführung in den ersten Jahren nach der Machtergreifung Hitlers vor allem ein gemeinsames Vorgehen mit der Agrarpartei anstrebte, um die politische Gefahr durch den heimischen Faschismus einzudämmen. Dabei waren sie nach seiner Einschätzung sehr erfolgreich. Er räumte ferner ein, daß sich nach den Ereignissen um die Präsidentenwahl nunmehr auch das Verhältnis zur Volkspartei verbessert habe, es könne gar von "engen Beziehungen"<sup>323</sup> gesprochen werden. Nichtsdestotrotz sei dieses Verhältnis nicht mehr als eine Verteidigungsfront und könnte auch keine andere Sinnggebung erfahren, da zu viele weltanschauliche Differenzen beide Parteien trennen würden. Diese Haltung hatte Bechyně aber schon unmittelbar nach der Präsidentenwahl eingenommen. Im Januar 1936 hatte er geschrieben, daß der Umstand, daß Sozialdemokraten und Volkspartei den Beneš-Block gebildet hätten, nur damit zusammenhänge, daß sie beide die Interessen der Nation und der demokratischen Republik verteidigen wollten. Denn beide politischen Lager hätten Erfahrungen mit dem Sieg des Faschismus in anderen Ländern. Darüber hinaus gebe diese Zusammenarbeit jedoch keinen Hinweis auf irgendwelche Übereinstimmungen in gesellschaftspolitischen Zielsetzungen von Sozialdemokratie und politischem Katholizismus<sup>324</sup>.

An diesen Äußerungen läßt sich also deutlich erkennen, daß die ČSD-Führung nicht bereit war, für das vorrangige Ziel der Demokratisierung ihren ideologischen Ballast in einer eher zweitrangigen Frage über Bord zu werfen. Denn die Vorbehalte der Sozialdemokraten gegenüber dem politischen Katholizismus in der ČSR basierten doch vor allem auf einer irrationalen Gleichsetzung von katholischer Kirche und Habsburgerherrschaft. Statt dessen hätte gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen, daß sich vitale sozialdemokratische Interessen in der bestehenden Koalition nicht oder nur unzureichend vertreten ließen, erwartet werden können, daß weltanschauliche Differenzen, die mit der Agrarpartei in mindestens ebenso großem Ausmaß vorhanden waren, nicht als Vorwand herhalten mußten, um sich einem politischen Neuanfang mit einem anderen Interessenbündnis zu verweigern. Dies gilt umso mehr, als daß der Kulturkampf, den die Sozialdemokraten seit der Staatsgründung gegen den Katholizismus geführt hatten<sup>325</sup>, eigentlich bereits im Sommer 1920 mit der Festschreibung der Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung hätte abgeschlossen sein können. War das Verlangen der Sozial-

---

<sup>323</sup> Ebd., S. 51.

<sup>324</sup> Vgl. Amicus (Ps. f. R. Bechyně): Listopad a procinec 1935 v našem politickém životě, in: Přítomnost 13 (1936), S. 33-36, 52-56.

<sup>325</sup> Im Februar 1919 wurde auf Bestreben der Sozialdemokraten der sog. Kanzelparagraph verabschiedet, der für kirchliche Würdenträger eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten vorsah, wenn sie in ihrer geistlichen Funktion politische Kritik äußerten oder parteipolitische Empfehlungen aussprachen. Im April 1919 wurde die Feuerbestattung eingeführt und nachfolgend das Familienrecht gegen die Lehren der katholischen Amtskirche reformiert.

sten nach politischer Genugtuung für die Gründungsphase des Staates durchaus nachvollziehbar, gab es für den Herbst 1935 resp. das Frühjahr 1937 keine haltbare Begründung, die selbst formulierte Priorität der Demokratisierung, die sich immer deutlicher in der bestehenden Regierungskoalition nicht erfüllen ließ, an vermeintlich weltanschaulichen Gegensätzen mit einer demokratischen Partei scheitern zu lassen.

Deshalb wies Bechyně in dieser Frage ferner darauf hin, daß bereits eine "breite demokratische Front"<sup>326</sup> existiere, die aus den sozialistischen Parteien, der 'Burg-Gruppe' und den demokratischen Kräften im bürgerlichen Lager bestehe. Da in seinen Augen nunmehr eindeutig festzustellen sei, daß sich der Faschismus in der ČSR im Niedergang befinde und die demokratische Überzeugung weiter an Boden gutmache, erteilte er - insbesondere an die Adresse der KPTsch - allen Versuchen zur Applikation neuer Kampfformen und neuer politischer Kombinationen eine deutliche Absage. Die einzige wirkliche Bedrohung für die ČSR gehe ausschließlich vom nationalsozialistischen Deutschland aus, und deshalb werde sich die ČSD für weitere Aufrüstungsanstrengungen und für die militärische Absicherung in den existierenden Bündnisstrukturen einsetzen. In der Innenpolitik hingegen könnten die Ermächtigungsgesetze langsam zurückgenommen und alle demokratischen Freiheitsrechte wieder eingesetzt werden. Die leitenden politischen Gedanken für die Tätigkeit der ČSD waren seit der Machtergreifung Hitlers und deren Rückwirkungen auf die tschechoslowakische Innenpolitik nach Bechyněs Ansicht "Selbstbewußtsein und Mut". Er interpretierte dies als den Mut und das Selbstbewußtsein, auch in einer schwierigen Situation an der politischen Linie der Partei festzuhalten. Es war mutig, in der Koalition zu verbleiben, auch als diese Maßnahmen ergriff, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet waren. Es war ebenfalls mutig, gerade in Mode gekommene Parolen wie die der Einheitsfront abzulehnen. Diese Haltung war richtig und werde deshalb fortgesetzt. "Es gibt Momente im Leben großer Bewegungen und im Leben von Staaten, in denen es notwendig ist, jegliche Kräfte - moralische und physische Kräfte - auf eine einzige bedrohte Stelle zu konzentrieren. Und diese gefährdete und bedrohte Stelle war nach den Ereignissen des Jahres 1933 und in den nachfolgenden Jahren verständlicherweise ... unsere staatliche und nationale Freiheit, und es war vor allem auch unsere demokratische Position."<sup>327</sup> Und Hampl ergänzte, daß es insbesondere dieser Haltung der ČSD zu verdanken sei, daß sich das demokratische Lager zusammenschließen und hierdurch eine Durchsetzung des Faschismus in der ČSR verhindern konnte<sup>328</sup>.

In der politischen Praxis realisierte die Parteiführung, daß ab Anfang 1938 alle innenpolitischen Fragen nunmehr den außenpolitischen Sicherheitsbedürfnissen des Staates unterzuordnen waren. Aus diesem Grund entwickelte die ČSD angesichts des außenpolitischen Drucks durch Deutschland einerseits und der westlichen *appeasement*-Politik andererseits zu der zum zentralen innenpolitischen Problem gewordenen Frage der zukünftigen Nationalitätenpolitik auch jetzt keine eigenen Initiativen mehr, die im Gegensatz zur offiziellen Linie der Regierungspolitik

<sup>326</sup> Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 47.

<sup>327</sup> Ebd., S. 43.

<sup>328</sup> Ebd., S. 11. Vgl. auch die politische Resolution, in: Ebd., S. 159.

standen, die von nun an nur noch von Ministerpräsident Hodža und Staatspräsident Beneš bestimmt wurde. Denn es war seit dem Frühjahr 1938 überdeutlich geworden, daß im Spannungsverhältnis zwischen Hodža, Beneš, der nationalsozialistischen Aggression und der britisch-französischen Erpressungspolitik keine Spielräume für weitere Lösungsvorschläge vorhanden waren. Und auch in der Außenpolitik gingen keine Initiativen von der ČSD aus, sondern sie stellte sich wie schon in den Jahren zuvor vollständig in den Dienst Benešs. In der Zeit der Septemberkrise von 1938 schickte sie mit Jaromír Nečas noch einmal eine ihrer führenden Persönlichkeiten nach Paris und London, um bei den dortigen sozialistischen Parteien auf ein Aufgeben der *appeasement*-Politik hinzuwirken. Als hierbei die Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens deutlich wurde, unterstützte sie die Entscheidung des Staatspräsidenten, das Ultimatum der Westalliierten vom 21.9. und schließlich die Regelungen des Münchener Abkommens zu akzeptieren. Die Parteiführung machte damit deutlich, daß ein Verteidigungskrieg ohne verlässliche militärische Verbündete und mit einer radikalisierten Minderheit in den Grenzgebieten keine politische Option mehr darstellte. Innenpolitisch geriet sie mit dieser Entscheidung jedoch in einen krassen Gegensatz zu ihrer Basis und der Mehrheit der tschechischen Gesellschaft, die diesen Schritt als nationalen Verrat empfanden.

#### 4.3.2 Antifaschismus und Antikrisenpolitik

Innerhalb der ČSD setzte sich zu Beginn der dreißiger Jahre die Ansicht durch, daß die politische Demokratie in der ČSR nicht nur durch Polizeiaktionen und eine Vertiefung der Demokratie gerettet werden könne. Vielmehr wurde im Zuge der Faschismusanalyse anhand der Mittelstandstheorie ebenso ein eindeutiger Zusammenhang zwischen den Folgen der Wirtschaftskrise und der staatsfeindlichen Radikalisierung weiter Bevölkerungskreise gesehen, so daß im Interesse der staats- und systemerhaltenden Zielsetzung der Sozialdemokraten die enge Verbindung von einer Reform des politischen Systems mit einer Antikrisenpolitik zur vorrangigen Prämisse wurde<sup>329</sup>. Aus diesem Grund strebte die ČSD eine Lösung für die brennenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit staatlichen Mitteln an. Auf den Parteitag von 1930 und 1933 forderten nicht nur die marxistisch orientierten Flügel der ČSD, sondern auch die 'Keynesianer' eine klare und konsistente Antikrisenpolitik der Partei, die den Staat in die Lage versetzt, über neue Institutionen und politische Mechanismen in die Wirtschaftsabläufe einzugreifen.

In der Partei kristallisierten sich im wesentlichen drei Ansätze für den Entwurf einer staatlichen Antikrisenpolitik heraus, die über die verschiedenen ideologischen Lager innerhalb der ČSD hinausgingen. Der eine Ansatz, dessen Vertreter in den Zeitschriften "Nová svoboda" und "Dělnická osvěta" publizierten, verlangte als Ergebnis der Rezeption des belgischen Planismus

<sup>329</sup> Vgl. z.B. Zd. Smetáček: Boj o republiku, in: Čin 4 (1932/33), S. 913-14.

und des *New Deal* der Roosevelt-Administration die Errichtung einer Planwirtschaft im Kapitalismus. Diese These traf auf breite Zustimmung und wurde nur von den ehem. Kommunisten innerhalb der Partei abgelehnt. Die zweite Strömung, deren Hauptrepräsentant Josef Macek war, der die Diskussionen in der Zeitschrift "Naše doba" bestimmte, sah die Ursachen der Wirtschaftskrise insbesondere in subjektiven Faktoren, d.h. in der Diskrepanz zwischen ökonomischer Organisationsfähigkeit und Unzulänglichkeiten bei der politischen Vertretung. Seiner Meinung nach könne die Gesellschaft ihre Produktion technisch besser organisieren als ihre Politik. Dies sei vorrangig darauf zurückzuführen, daß ihre Politiker nicht ausreichend ausgebildet seien, als Vertreter politischer Partikular- oder Parteiinteressen, was zu den kritisierten Fehlentscheidungen führe. Um eine effektive Wirtschaftspolitik betreiben zu können, bedürfe es zunächst einer praxisnäheren und unabhängigen politischen Elite, die nicht danach strebe, den Kapitalismus zu beseitigen, sondern ihn so zu reformieren, daß er auch funktionieren könne. Konkret forderte Macek die Verbindung einer intensiveren staatlichen Konjunkturpolitik mit einem gleichzeitigen Abbau struktureller Wachstumshindernisse. Als solche betrachtete er vor allem den Goldstandard, der die Haushaltsausweitung des Staates und die Kreditausweitung der Nationalbank einschränke und deshalb aufzuheben sei. Im Gegensatz zum Deflationskurs der bürgerlichen Parteien gab er, wie auch Keynes, einer steuerbaren Inflation zugunsten staatlicher Konjunkturprogramme den Vorzug. Ferner müsse das Volkseinkommen sozial gerechter verteilt werden, damit sich die Binnenkonjunktur beleben könne. Schließlich kritisierte Macek die Folgen der bisherigen Zollpolitik und der verordneten Marktabschottung und forderte, der Staat müsse zum einen die Handelsschranken abbauen und zum anderen einen Handelsplan erstellen, der alle bedeutenden Wirtschaftspartner der ČSR zufrieden stelle<sup>330</sup>. Die dritte Gruppe der Sozialpolitiker um Evžen Štern, Theodor Pistorius, Josef Bělina und Jaroslav Koudelka, die im 'Sozialinstitut' und beim Zentralorgan der Partei ansässig war, favorisierte als Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Da die Gründe für die Arbeitslosigkeit vor allem in anhaltenden Rationalisierungsmaßnahmen gesehen wurden, waren sie bestrebt, die Arbeitgeber finanziell an den sozialen Folgen der Rationalisierung zu beteiligen sowie über Strukturmaßnahmen ein Beschäftigungswachstum zu bewirken<sup>331</sup>. In enger Anlehnung an die u.s.-amerikanischen Erfahrungen<sup>332</sup> lagen die Kernpunkte ihres Konzepts deshalb

<sup>330</sup> Josef Macek war ein äußerst aktiver Publizist. Eine gute Zusammenfassung seiner Thesen bietet die Schrift J. Macek: *Cesta z krise*, Praha 1935.

<sup>331</sup> Grundlegend für die Thesen dieser Gruppe sind die Arbeiten von Th. Pistorius: *Co znamená spotřeba pro hospodářský život*, Praha 1932; und E. Štern: *Technický pokrok, pracovní doba a mzdy. Sociální řešení hospodářské krise*. S úvodem Dr. Lva Winra, Praha 1934.

<sup>332</sup> Mit der kontinuierlichen kritischen Beobachtung der amerikanischen Reformpolitik und der Frage der Übertragbarkeit dieses Modells auf die ČSR befaßte sich vor allem Jaroslav Koudelka. Er kam zu dem Schluß, daß die bewundernswerte ökonomische Aufbauaktion nicht nur ein organisatorisches Problem auf nationaler Ebene darstellte, sondern international angegangen und durch soziale Reformen flankiert werden müsse. Vgl. Jar. Koudelka: Die Erweiterung der Aufbauaktion Roosevelts, in: *Soziale Revue* 4 (1934), S. 103-112; ders.: Ein Jahr des Rooseveltischen "Neuen Werkes", in: *Soziale Revue* 4 (1934), S. 383-90; ders.: Zwei Jahre NIRA, in: *Soziale Revue* 5 (1935), S. 371-79; ders.: Die Frage der dreißigstündigen Arbeitswoche in den USA, in: *Soziale Revue* 6 (1936), S. 158-63; ders.: Um die Minimallöhne und die vierzigstündige Arbeitswoche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: *Soziale Revue* 7 (1937), S. 724-30; ders.: Fünf Jahre Rooseveltische Sozialpolitik, in: *Soziale Revue* 8 (1938), S. 151-79. Jaroslav Vacek lobte den "experimentellen Geist der Amerikaner" und die

auf einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich<sup>333</sup>, der Einführung von Mindestlöhnen<sup>334</sup>, einer Reform der Arbeitsvermittlung und der Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung<sup>335</sup>.

Die Parteiführung versuchte, diese unterschiedlichen Ansätze zu kombinieren und ein umfassendes Konzept zur Krisenlösung zu entwerfen. Nachdem sich ČSD und DSAP im September 1932 auf den Grundsatz verständigt hatten, daß eine wirtschaftliche Konsolidierung nur über den Weg einer stärkeren staatlichen Wirtschaftsplanung und Kontrolle der Wirtschaftsabläufe zu erreichen sei<sup>336</sup>, veröffentlichte die volkswirtschaftliche Kommission beim Exekutivausschuß im Oktober 1933 ein komplexes Antikrisenprogramm<sup>337</sup>, dessen Kernpunkte vom nachfolgenden Parteitag in die Resolution aufgenommen wurden<sup>338</sup>. Dieses Programm der ČSD basierte im wesentlichen auf den späteren Theorien Keynes und orientierte sich in der politischen Praxis vor allem an Roosevelts *New Deal*. In ihm wurden Überlegungen zu einer Vielzahl unterschiedlicher Felder der Wirtschaftspolitik formuliert. Darunter entfielen der Außenwert der Währung, die Handelspolitik, die Binnennachfrage, die Landwirtschaft sowie Pläne zur Krisenbewältigung durch großangelegte Investitionsprogramme. Die zentralen Forderungen des sozialdemokratischen Konzepts waren geplante Eingriffe des Staates in die Wirtschaftstätigkeit (Produktion, Distribution und Geldwesen), die Aufgabe der Deflationspolitik zur Anhebung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produkte, die Exportförderung und Liberalisierung des Außenhandels, die Kreditausweitung zur Finanzierung öffentlicher Aufträge, die Anhebung der Binnenkaufkraft und die Einführung der 40-Stunden-Woche. Mit diesem *Policy-mix* legte die ČSD den Schwerpunkt ihres Programms auf die Kombination einer nachfrageorientierten mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Es ging der Parteiführung also nur um die Frage der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftstätigkeit und explizit nicht um eine grundsätz-

---

Praxisnähe der Wirtschaftswissenschaften, die den USA in der Währungs- und Bankenpolitik sowie bei den öffentlichen Arbeiten einen immensen Vorsprung verschafft hatten und deshalb dem wirtschaftspolitisch konservativen Europa als Vorbild dienen müsse. Jar. Vacek: Die neue Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten, in: Soziale Revue 5 (1935), 148-59, S. 159.

<sup>333</sup> In dieser Frage wurde die These vertreten, die Einführung der 40-Stunden-Woche sei aufgrund struktureller Veränderungen in den Produktionsprozessen flächendeckend ohne volkswirtschaftlichen Schaden möglich. Vgl. J. Bělina: Um die Vierzigstundenwoche, in: Soziale Revue 2 (1932), S. 407-13; E. Štern: Die praktische Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung, in: Soziale Revue 4 (1934), S. 22-30; L. Winter: Die vierzigstündige Arbeitswoche, in: Soziale Revue 4 (1934), S. 94-102. Dahinter steckte die volkswirtschaftlich fragliche Kalkulation, daß Arbeitszeitverkürzungen zu Neueinstellungen führen, dadurch den Konsum steigern und schließlich einen Rückgang der Massenarbeitslosigkeit bewirken würden. So stellte Štern die Rechnung auf, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche die Beschäftigungsquote in der ČSR um 10% steigern würde, die 36-Stunden-Woche sogar um 16,7%. Vgl. E. Štern: Beschäftigung, Arbeitszeit und Löhne, in: Soziale Revue 4 (1934), 813-27, S. 821.

<sup>334</sup> Vgl. E. Štern: Lohnpolitik in der Wirtschaftskrise, in: Soziale Revue 3 (1933), S. 165-75; J. Bělina: Löhne und Kollektivverträge, in: Soziale Revue 6 (1936), S. 830-45.

<sup>335</sup> Diese müsse eingeführt werden, sobald sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Sie müsse mit Ausnahme der Heimarbeiter und Haushaltshilfen alle Lohnverhältnisse umfassen. Vgl. E. Štern: Kritische Analyse der Arbeitslosenfürsorge in der Tschechoslowakei, in: Soziale Revue 2 (1932), S. 1-31.

<sup>336</sup> Vgl. Šest let činnosti Československé sociálně demokratické strany dělnické pro pracující lid, Praha o.J. [1935], S. 10.

<sup>337</sup> Vgl. Program hospodářské oživení. Návrhy národohospodářské komise při výkonném výboru Československé soc. dem. strany dělnické, Praha 1933. Hauptautoren dieses Aktionsplans waren neben Josef Macek auch Jaromír Nečas, Jaroslav Koudelka, František Veselý und Theodor Pistorius.

<sup>338</sup> Vgl. Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 139 ff.

lich sozialistische Lösung der Krise durch die Überwindung des Kapitalismus. Neben der Einschätzung der hierfür als ungeeignet erachteten politischen Rahmenbedingungen hatte sich die Partei 1933 dafür ausgesprochen, Verantwortung zur Sicherstellung der Wirtschaftstätigkeit übernehmen zu müssen, da dies in Anbetracht der Bedrohung durch den Faschismus eben auch eine Frage des Staatsinteresses sei, mit dem die ČSD ihre programmatischen Forderungen nach Hampls Ansicht in dieser Situation abgleichen müsse<sup>339</sup>. Zur Präzisierung und Popularisierung dieser Konzeption wurden in den Folgejahren weitere Schriften herausgegeben<sup>340</sup>, und besonders Antonín Hampl widmete den Hauptteil seiner Energie der Durchsetzung dieses sozialdemokratischen Wirtschaftsplans.

Um zu einer ausgewogenen Beurteilung dieser Strategie zu gelangen, wird im folgenden in einem ersten Schritt zu untersuchen sein, inwiefern dieser wirtschaftspolitische Kurs den tatsächlichen makroökonomischen Problemanforderungen entsprach und warum eine vielleicht stärker auf die tatsächlichen ökonomischen Bedürfnisse bezogene Strategie unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen nicht anzuraten war. Im zweiten Schritt soll dargestellt werden, wie erfolgreich die ČSD bei der innenpolitischen Durchsetzung ihrer Forderungen war, um begründen zu können, an welchen strukturellen Hindernissen ihre Wirtschaftspolitik scheiterte und welche mittelfristigen Auswirkungen sich hieraus für die politische Stellung der Partei im Umfeld sozial- und nationalpolitischer Radikalisierung ergaben.

#### 4.3.2.1 Die Wirtschaftskrise in der ČSR als Strukturkrise

Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich in der ČSR im Vergleich zu den westlichen Industrienationen mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa einem Jahr aus. Ihre ökonomischen und sozialen Folgen waren sektoral und regional zum Teil stärker ausgeprägt als in den Nachbarstaaten. Wie in allen anderen betroffenen Volkswirtschaften lag auch in der ČSR das Hauptproblem in der Gleichzeitigkeit verschiedener Krisenerscheinungen: einer Notlage im industriellen Sektor, einem ökonomischen Defekt im Agrarsektor, einer Währungskrise und einer Störung in den internationalen Handels- und Finanzbeziehungen. Die Krisenentwicklung wird von Wirtschaftshistorikern in zwei Phasen eingeteilt. Schon in der ersten Phase von 1929-1931 zeigte das Dilemma der Exportabhängigkeit der Konsumgüterindustrie dramatische Folgen. Da die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Industriezweigen beschäftigt war, hatte die Weltwirtschaftskrise in der ČSR schnell desaströse soziale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Produktionsgüterindustrie und das Kreditwesen trafen die Krisenauswirkungen erst im Jahr 1931 voll, die Chemieindustrie und die Energiewirtschaft sogar erst in der zweiten Phase von

<sup>339</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>340</sup> Vgl. Za hospodářskou obnovu státu, Praha 1935; Hampl/Bělina (1935), a.a.O.; Co dále k oživení čs. hospodářství? Další návrh strany sociálně demokratické v zápasu za hospodářské oživení. Péči národnohospodářské komise při výkonném výboru čs. sociálně demokratické strany dělnické, Praha 1938.

1931 bis 1935. In ihr verschärfte sich die Krise in der Konsumgüterindustrie noch einmal und erfaßte weitere Zweige (Schuh-, Bekleidungs- und Papierindustrie). Die Industrieproduktion sank bis Ende 1932 auf rund 60% des Vorkrisenstandes und hielt sich dort bis März 1934<sup>341</sup>. Besonders betroffen waren die exportabhängigen Branchen der Konsumgüterindustrie. Die Porzellanindustrie erreichte 1933 lediglich 41% des Produktionsstandes von 1929, die Holzverarbeitende und Glasindustrie 49%. Insgesamt sank der Export auf 28,6% des Warenwerts von 1929<sup>342</sup>. In der ab 1935 einsetzenden wirtschaftlichen Erholungsphase konnten sich einige Industriezweige vor allem durch die forcierte militärische Aufrüstung zwar relativ schnell wieder erholen, die Exporttätigkeit der tschechoslowakischen Volkswirtschaft blieb aber bis zur Zerschlagung der ČSR weit unter dem Niveau von 1929.

Aufgrund des späteren Einsetzens der Wirtschaftskrise begann ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in der ČSR erst in der zweiten Jahreshälfte 1930. Nach saisonell bedingtem Konjunkturanstieg in einigen Wirtschaftszweigen kam es Anfang 1931 zu einer kurzzeitigen Stagnation beim Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihren Höhepunkt im März 1933. Anders als in den Nachbarstaaten konnte sich der tschechoslowakische Arbeitsmarkt bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht mehr nachhaltig erholen. Wie regionale Untersuchungen ergeben haben, lagen die Zahlen der Arbeitslosen um 21-25% höher als in den offiziellen Statistiken, die auf den Angaben der bei den staatlichen Vermittlungsstellen registrierten Arbeitssuchenden beruhen<sup>343</sup>, so daß wir davon ausgehen können, daß 1933 etwa 1,1-1,4 Mio. Menschen von der Massenarbeitslosigkeit betroffen waren<sup>344</sup>. Doch auch wer weiterhin über einen Arbeitsplatz verfügte, mußte drastische Lohnkürzungen und Kurzarbeit akzeptieren. In dieser Situation zeigten sich in dramatischer Weise die Folgen einer nicht vorhandenen obligatorischen Arbeitslosenversicherung, die unter den vergleichsweise günstigen Umständen des stetigen konjunkturellen Aufschwungs der zwanziger Jahre hätte Rücklagen bilden und so die Not hätte lindern können. Da die Gewerkschaften vorrangig eine Interessenorganisation der Facharbeiterschaft waren und keine Aushilfskräfte, Nebenerwerbslandwirte oder Heimarbeiter aufnahmen, die aber in der ČSR zahlenmäßig eine wichtige Rolle spielten und in Krisenzeiten auch als erste entlassen wurden, bedeutete dies, daß nur ein geringer Teil der Arbeitslosen die gesetzliche Unterstützung erhielten. Demgegenüber war ein großer Teil der Bevölkerung auf Bettelei, Kleinkriminalität, staatliche Naturalleistungen oder Almosen der Wohlfahrtseinrichtungen zum Überleben angewiesen. In den dreißiger Jahren stieg die Kindersterblichkeit wieder an, und Krankheiten und Seuchen konnten sich weitaus schneller ausbreiten als unter den Bedingungen der zwanziger Jahre<sup>345</sup>.

<sup>341</sup> Ihren absoluten Tiefststand erreichte die Industrieproduktion im März 1933 bei 56% des Jahres 1929.

<sup>342</sup> Die umfassendste Analyse der Krisenentwicklung findet sich bei Vl. Lacina: *Velká hospodářská krize v Československu 1919-1934*, Praha 1984. Für die angeführten Zahlen vgl. ebd., S. 108, 112, 138 f.

<sup>343</sup> Vgl. H. Minaříková: *Evidence a statistika nezaměstnanosti v buržoazním Československu*, in: AUPO, *Facultas Philosophica, Historica* 22, Praha 1983, S. 93-116.

<sup>344</sup> Diese Schätzung macht Lacina (1984), a.a.O., S. 93.

<sup>345</sup> Vgl. A. Chyba: *Postavení dělnické třídy v kapitalistickém Československu*, Praha <sup>2</sup>1972, S. 235 ff.

Die Gründe für die im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten schärferen Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind vor allem darin zu finden, daß die Wirtschaftskrise in der ČSR die Folge einer allgemein ungünstigen Wirtschaftsstruktur war. Die Ursachen hierfür gingen bis in die Zeit der Staatsgründung zurück. So entstand die ČSR im Oktober 1918 in einer schweren, kriegsbedingten Krisensituation. Die Zahl der Beschäftigten war auf ungefähr zwei Drittel des Vorkriegsstandes geschrumpft und die Produktion damit erheblich gesunken. Der industrielle Output hatte sich 1918 gegenüber 1913 halbiert und bis 1921 erst wieder 70% des Vorkriegsniveaus erreicht. Zu den Kriegsverlusten gehörten nicht nur Menschenopfer in der männlichen Arbeitnehmerschaft, sondern auch staatliche und private Kapitalverluste<sup>346</sup>, die in der Nachkriegszeit dringend für Investitionen gebraucht worden wären und die über ausländische Direktinvestitionen und den begrenzten Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten nicht kompensiert werden konnten. Es fehlten weiterhin Lebensmittel, Rohstoffe und Transportmittel, und eine funktionierende Administration war erst regional begrenzt vorhanden. Zudem hatte die Monarchie den Krieg durch das Drucken neuer Banknoten zu finanzieren versucht, so daß sich der Notenumlauf in den Kriegsjahren verfünffach hatte und die hierdurch bedingte Inflation ohne eine einschneidende Währungsreform nicht mehr in den Griff zu bekommen war<sup>347</sup>.

Das problematischste Erbe der Donaumonarchie stellte jedoch bis in die dreißiger Jahre die spezifische Wirtschaftsstruktur dieser Region dar. Auf dem Territorium der späteren ČSR nahm die kapital- und personalintensive Konsumgüterindustrie die erste Stelle unter den Wirtschaftszweigen ein. Bei der eng begrenzten Aufnahmefähigkeit auf dem heimischen Markt mußte der Großteil der Produktion im Ausland abgesetzt werden, was die tschechoslowakische Volkswirtschaft äußerst exportabhängig und damit zusätzlich krisenanfällig machte. Während sich in den westlichen Industrieländern schon um die Jahrhundertwende die zweite Industrielle Revolution vollzogen hatte, also die Veränderung der Produktion in Richtung auf Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie und Energiegewinnung, hatte dieser Strukturwandel auf dem Gebiet der späteren ČSR vor dem Ersten Weltkrieg erst partiell eingesetzt. Investitionen orientierten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in den böhmischen Ländern an kurzfristigen Profitmöglichkeiten im österreich-ungarischen Markt und nicht an langfristigen Nachfrageentwicklungen oder an der Profitabilität der Produktion. Im Deutschen Reich z.B. übertraf bereits 1913 der Export von Produkten der Eisen- und Maschinenindustrie den der Textilproduktion um das Doppelte, wohingegen sich in der ČSR am Übergewicht der Konsumgüterindustrie und damit an der Waren-

---

<sup>346</sup> Privates Kapital war in Kriegsanleihen geflossen. Die Staatsschulden Österreich-Ungarns, für die der tschechoslowakische Nachfolgestaat proportional aufkommen mußte, hatten sich während der Kriegsjahre 1914-18 verachtfacht.

<sup>347</sup> Betrug die Golddeckung der im Umlauf befindlichen Banknoten 1909 noch 71,9%, so waren es 1912 nur noch 45,1%. Gegen Ende des Krieges betrug die Golddeckung lediglich 1%. Zugleich waren die österreich-ungarischen Kriegsanleihen in ihrem Wert ungefähr dreimal höher als die zirkulierende Geldmenge. Diese Inflationsentwicklung riß in der unmittelbaren Nachkriegszeit keineswegs ab, sondern wurde aufgrund der steigenden Warennachfrage bei rückläufiger Produktion und der anhaltenden Ausgabe weiterer Banknoten weiter erhöht. Vgl. hierzu die Zahlen bei Vl. Lacina: Měnová politiky v prvním desetiletí Československé republiky, in: ČČH 91 (1993), 1-17, S. 1.

struktur des Exports in der Zwischenkriegszeit wenig änderte<sup>348</sup>. Im Welthandel hatte sich aber schon vor dem Krieg ein Wandel vollzogen, bei dem der Absatz von Maschinen und Bergbauerzeugnissen ständig anstieg und der von Textilprodukten abnahm. Der Weltkrieg und die folgende Aufrüstung hatten diese Tendenz noch unterstützt. Lediglich unmittelbar nach Kriegsende gab es eine kurzzeitige starke Nachfrage für Konsumgüter und Nahrungsmittel, die die ČSR nutzen konnte<sup>349</sup>. 1930 waren noch 54,9% der Arbeiter in der Konsumgüterindustrie und 13% im Bauwesen beschäftigt, aber nur 32,1% in der Produktionsgüterindustrie. Spitzenreiter in der Konsumgüterindustrie blieb die Textilindustrie mit 15,7% der Beschäftigten, gefolgt von der Bekleidungs- und Schuhindustrie mit 12,4% und der Nahrungsmittelindustrie mit 10,4%. Der gesamte Bereich der Metallindustrie beschäftigte 1930 lediglich 17,1% der Arbeiter<sup>350</sup>. Die tschechoslowakische Wirtschaft mußte sich deshalb bemühen, mit den Modernisierungsentwicklungen in den westlichen Industriestaaten Schritt zu halten. Als gelungene Marktanpassung sind vor allem die Aktivitäten der Škoda-Werke in Pilsen zu nennen, die mit französischem Kapital gezielt in die Wachstumsindustrien der damaligen Zeit investierten - Automobil-, Maschinen-, Elektro- und Rüstungsindustrie<sup>351</sup>. Damit begannen sich einige Regionen des Landes den Erfordernissen der neuen Märkte anzupassen und neben Konsumgütern auch verstärkt Investitionsgüter herzustellen. Außerdem etablierten sich in der ČSR in den zwanziger Jahren der Flugzeugbau und die Chemieindustrie. Aber auch in der Konsumgüterindustrie fand partiell ein Strukturwandel statt. So waren tschechoslowakische Unternehmen bestrebt, ihre Produktion in den Branchen zu verringern, in denen sie der großen internationalen Konkurrenz nicht standhalten konnten, um sich statt dessen mit speziellen Produkten auf dem Weltmarkt durchzusetzen. In der Textilindustrie gab es z.B. Vorstöße, bei denen Produktionsanlagen in der ČSR ab- und in anderen Ländern wieder aufgebaut wurden. Mit den heimischen Produktionsanlagen wurde dann versucht, sich durch Spezialisierung und Qualitätsverbesserung von der bisherigen Massenproduktion abzukoppeln<sup>352</sup>. Hierbei von einer "wohldurchdachten Politik"<sup>353</sup> zu sprechen, ist aber eindeutig übertrieben. Auch wenn die Wachstumsraten in diesen Industriezweigen höher waren als in der Konsumgüterindustrie, waren solche Initiativen für eine völlige Umstrukturierung der Volkswirtschaft insgesamt zu geringfügig, regional zu sehr begrenzt und

---

<sup>348</sup> Es setzte sich lediglich eine leichte Verschiebung von der Textil- zur Metall- und Maschinenbauindustrie fort, die bereits während des Weltkriegs begonnen hatte. Ein Strukturwandel setzte aber erst mit der Weltwirtschaftskrise ein. Vgl. hierzu ausführlich Vl. Lacina: *Problémy odvětvové struktury československého průmyslu v letech 1918-1930*, in: *ČsČH* 24 (1976), S. 821-50; und für die westliche Forschung Z.P. Pryor: *Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit*, in: V.S. Mamatey/R. Lůža (Hrsg.): *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918-1948*, Wien usw. 1980, 202-31, S. 222.

<sup>349</sup> Vgl. Lacina (1976), a.a.O., S. 842 ff.

<sup>350</sup> Vgl. ebd., S. 830.

<sup>351</sup> Vgl. hierzu besonders die Firmengeschichte von V. Jíša/V. Vaněk: *Škodovy závody 1918-1938. Příspěvek k dějinám závodů V.I. Lenina v Plzni*, Praha 1962.

<sup>352</sup> Vgl. hierzu L. Pasvolsky: *Economic Nationalism in the Danubian States*, New York 1928, S. 273 f.

<sup>353</sup> V.S. Mamatey: *Die Entwicklung der Tschechoslowakischen Demokratie 1920-1938*, in: Mamatey/Lůža (1980), a.a.O., 109-179, S. 126.

kamen zu zögerlich, so daß die Weltwirtschaftskrise die außenhandelsabhängige ČSR härter traf als vergleichbare europäische Volkswirtschaften<sup>354</sup>.

Das ererbte Industriepotential, das ca. zwei Drittel der österreich-ungarischen Industrieproduktion und in einigen Sektoren noch höhere Anteile ausmachte<sup>355</sup>, sollte sich in der Folgezeit als eine zweiseitige Angelegenheit erweisen, denn einerseits hatte die ČSR einen erheblichen industriellen Kapazitätsvorsprung vor den anderen Nachfolgestaaten, andererseits hatte sie aber auch den Großteil der veralteten Produktionsanlagen übernommen, so daß sie mittelfristig gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz unter einem Modernisierungsdruck stand. In den zwanziger Jahren wurde die Elektrizität zur wichtigsten Antriebsenergie in der Industrieproduktion. Obwohl sich die Elektrizitätserzeugung in der ČSR im Zeitraum von 1913 bis 1930 verdreifacht hatte, lag sie im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern zurück. Der größte Einsatz von motorbetriebenen Maschinen fand sich in den neuen Industriezweigen der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der Chemieindustrie, aber auch im Hüttenwesen und in einigen Teilen der Bekleidungsindustrie. Dieses sind genau die Industriezweige, "in denen es in den zwanziger Jahren zu einer starken Konzentration und zu einer umfangreichen Modernisierung und Rationalisierung der Produktion kam"<sup>356</sup>. Im Gegensatz hierzu modernisierte die volkswirtschaftlich dominierende nordböhmische Textilindustrie nicht, obgleich sie einem großen internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt war, sondern der Maschinenpark blieb veraltet, und viele Produktionsschritte wurden weiterhin in Handarbeit vollzogen. Ähnliche Tendenzen lassen sich für nahezu alle Bereiche der nord- und nordwestböhmischen Konsumgüterindustrie feststellen. Während die böhmische Schwerindustrie bereits 1924 ihren Produktionsstand von 1913 überschreiten konnte, erreichte die Konsumgüterindustrie 1929 erst in einigen Zweigen etwa 95% ihres Vorkriegsniveaus<sup>357</sup>.

Ein weiteres strukturelles Problem, das für die politische Entwicklung der ČSR während der äußeren Einflußnahme durch das Deutsche Reich in den dreißiger Jahren entscheidend werden sollte, bestand in der regionalen Verteilung der Industriestandorte. Das hochindustrialisierte Nord- und Nordwestböhmen produzierte in erster Linie Konsumgüter für den Export. Es war

---

<sup>354</sup> Teichova nennt als Gründe für die dramatischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise explizit die 'unzulängliche Modernisierung und die versäumte Umstrukturierung' der tschechoslowakischen Volkswirtschaft. Vgl. A. Teichova: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980, Wien usw. 1988, S. 36. Auch Lacina weist darauf hin, daß die neuen Industriezweige Elektrotechnik, Chemieindustrie und Maschinenbau gegen Ende der zwanziger Jahre erst 12% der gesamten Industrieproduktion herstellten. Vgl. Lacina (1976), a.a.O., S. 831.

<sup>355</sup> Die ČSR übernahm 75% der österreich-ungarischen Produktionskapazitäten in der Glas-, Schuh- und Eisenindustrie, 90% der Leinen- und Hanfwebereien sowie 90-100% der Zucker-, Malz- und Porzellanindustrie. Vgl. J. Kosta: Die sozioökonomische Entwicklung der ČSR. Wirtschaftliche und soziale Probleme, in: Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Herausgegeben von Karl Bosl. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee am Tegernsee vom 28. 11. bis 1.12.1974, München usw. 1975, 7-33, S. 7.

<sup>356</sup> Lacina (1976), a.a.O., S. 838. Vgl. zu den zuvor genannten Zahlen ebd., S. 830,834,840.

<sup>357</sup> Vgl. Jaworski (1977), a.a.O., S. 38. Eine große Ausnahme in der Konsumgüterindustrie stellte in dieser Hinsicht der Schuhhersteller Bat'a dar. Der 'Taylorist' Bat'a orientierte sich bei der Modernisierung seiner Produktionsstätten in den Jahren 1924-1927 an den Erfahrungen von Fords Automobilproduktion und rationalisierte die Herstellung mit der Einführung der Fließbandarbeit. So konnte er ab Mitte der zwanziger Jahre nicht nur den inländischen Markt dominieren, sondern die ČSR stieg mit ihm zum größten internationalen Schuhexporteur der Welt auf.

damit am stärksten von der ausländischen Nachfrage abhängig und stets durch das Problem der konjunkturellen Arbeitslosigkeit gefährdet. Bei größeren Konjunkturschwankungen und Rezessionen, wie etwa im Jahr 1922/23, nutzten die Arbeitgeber die rasch steigenden Arbeitslosenzahlen, um das allgemeine Lohnniveau zu senken. Dies mußte unweigerlich zu sozialen Spannungen führen. Demgegenüber litten die kaum industrialisierten Gebiete in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine fortwährend unter einer strukturellen Arbeitslosigkeit, da die Boden- und Klimabedingungen es nicht ermöglichten, das vorhandene Arbeitskräftepotential in die Landwirtschaft zu integrieren. Die neuen und modernen Zweige der Produktionsgüterindustrie befanden sich in den Gebieten um Prag-Kladno, Pilsen, in Schlesien und einigen nordböhmischen sowie mittelmährischen Regionen<sup>358</sup>.

Angesichts dieser erheblichen strukturellen Ausgangsschwierigkeiten erwies sich die ČSR bei der Errichtung einer eigenständigen Volkswirtschaft zunächst einmal recht erfolgreich. Die für die Wirtschaftspolitik des Landes die Verantwortung tragenden Regierungspolitiker schafften es, das Wachstum ihrer Volkswirtschaft in einer Zeit verschiedener internationaler Wirtschaftskrisen sicherzustellen, die neu geschaffene Währung zu stabilisieren, funktionierende Märkte einzurichten und den äußeren Einfluß auf die Wirtschaft zu begrenzen. Als ungelöste Probleme blieben auf wirtschaftlichem Gebiet über diesen Zeitraum hinaus die Fragen des unterschiedlichen Entwicklungsgrades der einzelnen Landesteile und des Absatzes der Produkte auf den internationalen Märkten bestehen.

Die entscheidende Rolle bei der volkswirtschaftlichen Konsolidierung spielte in den ersten Jahren des Bestehens der ČSR der Staat<sup>359</sup>. Er griff nach der Gründung der Republik immer wieder aktiv in das Wirtschaftsgeschehen ein und bediente sich bei der politischen Lösung wirtschaftlicher Probleme der Relikte der Kriegswirtschaft. Weiterhin trat er über seine Staatsbetriebe und Staatsmonopole als wirtschaftlicher Akteur auf und konnte über seine überaus hohe politische und institutionelle Verflechtung mit den tschechischen Großbanken deren Investitionstätigkeit beeinflussen. Der tschechoslowakische Staatsinterventionismus orientierte sich dabei an dem pragmatischen Konzept der "regulierten Wirtschaft", wie es von Karel Engliš nachträglich systematisiert wurde<sup>360</sup>. Als Ziel der Wirtschaftspolitik wurde von allen maßgebenden Politikern und Wirtschaftsexperten die Etablierung einer Marktwirtschaft gesehen. Diese Auffassung wurde auch von den Sozialdemokraten geteilt, die zum einen betonten, daß sowohl der Staat als auch die Unternehmer ihre sozialen Aufgaben wahrnahmen, und zum anderen im Rahmen der Theorie von der Wirtschaftsdemokratie die Auffassung vertraten, der Kapitalismus lasse sich

---

<sup>358</sup> Für die strukturelle Differenzierung der einzelnen Industriegebiete in den böhmischen Ländern und deren unterschiedliche Entwicklung vgl. insbesondere die umfangreiche Untersuchung von J. Steiner: *Hospodářský vývoj průmyslových oblastí českých zemí v období první republiky*, in: *Průmyslové oblasti českých zemí (1780-1945)*, Bd. II 1918-1938, Teil 1 - hospodářský vývoj, Opava 1991, S. 7-316. Als Langzeituntersuchung über die Entwicklungstrends der Industriestruktur sind weiterhin zu nennen die beiden Arbeiten von Fr. Dudek: *Vývoj struktury průmyslu v českých zemích za kapitalismu*, in: *SISb 86 (1988)*, S. 252-70; und ders.: *K vývoji struktury a koncentrace průmyslové výroby v českých zemích 1902-1948*, in: *SISb 89 (1991)*, S. 199-210.

<sup>359</sup> Vgl. für die Entstehung der wirtschaftlichen Konsolidierungsstrategie der ČSR insbesondere VI. Lacina: *Formování československé ekonomiky 1918-1923*, Prag 1990.

<sup>360</sup> Vgl. K. Engliš: *Regulierte Wirtschaft*, Prag 1936.

nicht durch eine Revolution aus der Welt schaffen, sondern der Sozialismus könne erst dann errichtet werden, wenn der Kapitalismus sein volles Ausmaß entfaltet habe. Dem Staat fiel in den Augen der bürgerlichen und sozialistischen Wirtschaftspolitiker allerdings auch weiterhin die Aufgabe zu, in dem Augenblick nach seinen Möglichkeiten unterstützend und korrigierend einzugreifen, wenn die Marktmechanismen versagten. Formen dieses Staatsinterventionismus waren die Devisenbewirtschaftung, die Erhebung von Schutzzöllen - vor allem für den Agrarsektor -, die Exportförderung sowie die Steuerung des Außenhandels. Mit zunehmender wirtschaftlicher Konsolidierung wurden die Staatsinterventionen weniger, und ab 1923 läßt sich eine deutliche Liberalisierung auf den meisten Gebieten erkennen, welche aber dann in den dreißiger Jahren wieder aufgegeben wurde.

Bei der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik war der Einfluß sozialistischer und bürgerlicher Positionen nach der Gründung der ČSR nahezu ausgeglichen. Dann setzte sich aber das bürgerliche Lager politisch gegen die Sozialdemokraten durch, die zum Erhalt der Regierungskoalition und zum Aufbau eines unabhängigen Staates bis zu ihrem Ausscheiden aus der allnationalen Koalition 1926 auf eine Konfrontation verzichteten. Die Wirtschaftspolitik wurde ab 1922 zunehmend konservativer. Charakteristisch für die Wirtschaftspolitik aller Regierungskoalitionen war der Vorrang, der der Währungs- und Fiskalpolitik eingeräumt wurde. Es setzte sich die von den Nationaldemokraten und den mit ihnen politisch eng verbundenen Wirtschaftseliten propagierte Ansicht durch, daß die wirtschaftliche und damit auch die soziale Konsolidierung nur auf der Grundlage einer stabilen Währung und eines ausgeglichenen Haushalts erreicht werden könne. Alle kostspieligen Reformprojekte mußten - mit Ausnahme des notwendigen Aufbaus einer Administration und der Armee - hinter diese Prämisse zurücktreten.

Den Grundstein für den wirtschaftlichen Erfolg bis zum Einsetzen der Weltwirtschaftskrise legte die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik mit einer schnell und konsequent durchgeführten Währungsreform<sup>361</sup>. Mit der Währungstrennung vom 25.2.1919 entschied sich die ČSR als einzige der Sukzessionsstaaten, bei der Inflationsbekämpfung auch ohne nennenswerte internationale Hilfen eine aktive Strategie einzuschlagen. Durch die Währungstrennung, die Reduzierung der Geldumlaufmenge und flankierende Maßnahmen gelang 1921 bereits frühzeitig die reale Stabilisierung der Krone. Die Konsolidierung des Staatshaushalts wurde bis 1926 durch eine drastische Ausgabenreduzierung erreicht. Auf diese Weise schaffte sich die Regierung fiskalpolitische Handlungsfähigkeit, um die wirtschaftliche und soziale Konsolidierung der ČSR mit staatlichen Mitteln voranzutreiben. Der erste Finanzminister, der Nationaldemokrat Alois Rašín, ein ausgesprochener Monetarist, war jedoch von dem Ergeiz getrieben, die Krone an ihren Vorkriegswert anzupassen, da seiner Meinung nach eine harte Währung Ausdruck nationaler Stärke sei. Das internationale Vertrauen in die tschechoslowakische Währung überschätzend, stützte er im Herbst 1922 durch Liquidation der staatlichen Devisenreserven und zwei Auslandsanleihen die Krone bei einem Wert, der etwa doppelt so hoch lag wie der Index, bei

---

<sup>361</sup> Grundlegend für die Untersuchung der Währungsreform sind die Arbeiten von P.-R. Berger: *Der Donauraum im wirtschaftlichen Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg. Währungen und Finanzen in den Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei 1918-1929*, Wien 1982; und Lacina (1993), a.a.O.

dem sie sich 1921 eingependelt hatte. Doch eine solche künstliche Deflationspolitik in einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise erwies sich folglich als Gift für die eigene Exportkonjunktur. Was folgte, war eine hausgemachte Wirtschaftskrise: Das Exportvolumen halbierte sich bis 1923. 1922 gingen insgesamt 480 veraltete und unproduktive Betriebe in Konkurs, 1923 sogar 759<sup>362</sup> und trugen somit auf sozial brutale Weise zur Modernisierung des Landes bei. Ebenso mußte eine Reihe kleinerer Banken schließen. Die inländische Güterproduktion sank in dieser Zeit um 25%. Es folgten Arbeitslosigkeit und Arbeitskämpfe. Der Staat war aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen gezwungen, seine Ausgaben erneut drastisch zu kürzen, um nicht Gefahr zu laufen, seine Währungspolitik durch eine übermäßig defizitäre Haushaltspolitik zu untergraben. So schrumpfte das Staatsbudget im Jahr 1924 um immerhin 20%. Diese Erscheinungen wurden als Warnsignale aufgefaßt, und ab 1923 setzte sich die Devise von Englisch 'Gleichgewicht statt Deflation' als finanzpolitische Strategie durch und die Krone wurde auf ungefähr einem Sechstel der Vorkriegsparität stabilisiert. Die ČSR erreichte die Stabilisierung ihrer Währung damit um einige Jahre früher als die meisten ihrer Nachbarländer, und die tschechoslowakische Volkswirtschaft konnte diesen Zeitvorsprung zur Erholung und Umstrukturierung nutzen und zog ebenso Investitionskapital aus anderen europäischen Volkswirtschaften an. Weiterhin hatten die tschechoslowakischen Banken mit der starken Krone die Möglichkeit, Aktien eigener Betriebe aus ausländischem Besitz aufzukaufen, so daß die Währungspolitik indirekt das 'Nostrifizierungsgesetz' vom 12.12.1919 unterstützte<sup>363</sup>. Die Prager Großbanken bauten auf diese Weise ihre Schlüsselstellung in der tschechoslowakischen Volkswirtschaft aus und wurden zunehmend auch zu den Zentralen der in ihre Abhängigkeit oder in ihren Besitz gekommenen Betriebe<sup>364</sup>. Als Abschluß der Währungsstabilisierung wurde 1925 die Tschechoslowakische Nationalbank gegründet, die ein Jahr später ihre Arbeit aufnahm. Andererseits muß aber auch gesehen werden, daß mit der Währungsstabilisierung unausweichlich ein hoher sozialer Preis gezahlt wurde. Für die Bevölkerung brachte die Währungsreform ein deutliches

---

<sup>362</sup> Vgl. Berger (1982), a.a.O., S. 262 ff.

<sup>363</sup> In diesem Gesetz wurde bestimmt, daß alle Handels- und Industrieunternehmen auf dem Gebiet der ČSR, die im Besitz von Ausländern waren, im Land Hauptniederlassungen gründen und sich als tschechoslowakische Unternehmen in die Handelsregister eintragen lassen mußten. Somit wurden international produzierende Gesellschaften gezwungen, ihre tschechoslowakischen Tochterunternehmen vom Konzern loszutrennen und in autonome Gesellschaften umzuwandeln. Ein weiteres Gesetz bezüglich der Aktiengesellschaften besagte, daß der Direktor sowie mindestens die Hälfte der Aufsichtsräte tschechoslowakische Staatsbürger mit Hauptwohnsitz in der ČSR sein mußten. In der Praxis blieb vielen Ausländern also nur die Möglichkeit des Verkaufs oder des Abschlusses von Partnerschaftsverträgen mit tschechoslowakischen Privatpersonen und Institutionen. Insgesamt wurden bis 1928 in mehreren Wellen 231 ausländische Unternehmen auf diese Weise 'nostrifiziert'. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften betrug fast 2 Mrd. Kč, d.h. also mehr als ein Drittel des Kapitals aller tschechoslowakischen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Es wurden aber auch Banken und Versicherungen sowie slowakische und ruthenische Genossenschaften, die ihren Hauptsitz in Budapest hatten, nostrifiziert. Vgl. dazu ausführlich Vl. Lacina: Nostrifikace podniků an bank v prvním desetiletí Československé Republiky, in: ČČH 92 (1994), S. 77-93.

<sup>364</sup> Vor allem die Živnostenská banka hatte die größten Besitzanteile an allen führenden Firmen in der Schwer-, Maschinenbau-, Chemie- und Textilindustrie und den Zuckerraffinerien erhalten und somit einen entscheidenden Einfluß auf die strukturelle Entwicklung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft bekommen. Vgl. Vl. Lacina: Úloha Živnostenské banky v Československém bankovníctví po vzniku republiky 1918-1923, in: ČČH 90 (1992), 43-63, S. 60.

Ansteigen der Lebenshaltungskosten, das zunächst nicht durch Lohnsteigerungen kompensiert werden konnte.

Weiterhin standen die verschiedenen Regierungen vor dem Problem, für ihre wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten die entsprechenden finanziellen Mittel aufbringen zu müssen, ohne dadurch die wirtschaftliche Stabilisierung zu gefährden. Dabei gab die ČSR dem übernommenen österreich-ungarischen Modell der indirekten Besteuerung den Vorzug, und blieb so einem Steuersystem verhaftet, das für die Agrargesellschaften Osteuropas typisch war. Sie verpaßte dadurch die Möglichkeit, durch die Primärbesteuerung von Löhnen und Einkommen ihre Einnahmen an die Wirtschaftszyklen zu binden und damit auch zu steigern. Die Steuerlast bewegte sich über die gesamte Zwischenkriegszeit mit Werten um 20% des Nationaleinkommens stets auf einer europäischen Spitzenposition. Das Abgabensystem wurde im wesentlichen bis 1927 beibehalten und nur um einige neue Steuerarten erweitert. Erst danach ging die Regierung daran, das System der direkten Abgaben im ganzen Land zu vereinheitlichen und die Steuerlast - vor allem im Unternehmerbereich - so weit zu reduzieren, daß sie für Industrie und Handel Investitionsanreize bot. Insgesamt blieb die Modernisierung des Abgabensystems aber weit hinter der Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Stabilisierung zurück<sup>365</sup>.

Die Konsequenzen aus dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Landesteile wurden von Anfang an unterschätzt. So versäumte es die staatliche Strukturpolitik besonders zu Beginn der zwanziger Jahre, ein wirtschaftspolitisches Konzept zur Gewährleistung des inländischen Produktionswachstums zu erarbeiten. Dies wäre jedoch wegen des Kapitalmangels unbedingt erforderlich gewesen, da eine Umstrukturierung basierend auf Unternehmergewinnen nur in wenigen Branchen möglich war. So blieben die Kreditzinsen mit Sätzen zwischen 10 und 16% in den zwanziger Jahren trotz des steilen Wirtschaftswachstums vergleichsweise hoch, banden Kapital und erschwerten somit die notwendigen Investitionen für die Modernisierung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft<sup>366</sup>. Das Problem der Unterkapitalisierung wurde erst ab 1925 etwas gemildert, als die Leitzinsen leicht gesenkt und Bauvorhaben steuerlich begünstigt wurden, während sich der Staat weitgehend als Nachfrager vom Kapitalmarkt zurückzog<sup>367</sup>. Eine Koordination der Innen- und Außenwirtschaftspolitik gelang jedoch erst gegen Mitte der dreißiger Jahre. Doch selbst da wurden die dringend notwendigen fiskalpolitischen Maßnahmen eher zögerlich angegangen<sup>368</sup>.

Die verschiedenen Regierungen ergriffen strukturpolitische Maßnahmen nur zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit tschechoslowakischer Produkte auf dem Weltmarkt. Hierzu wurde bereits 1921 ein Gesetz verabschiedet, in dem großzügige Steuererleichterungen in Form von Abschreibungsmöglichkeiten für Kapitalinvestitionen gewährt wurden. Um eine weitere Steigerung der heimischen Exportindustrie herbeizuführen, wurde 1924 die Möglichkeit geschaffen,

<sup>365</sup> Vgl. zu den Problemen der Fiskalpolitik ausführlich I. Spigler: Public Finance, in: Kaser/Radice (1985), Bd. II, S. 117-69.

<sup>366</sup> Pryor weist darauf hin, daß der Index der Baukosten in den Jahren 1926 bis 1929 rascher stieg als der Preisindex für Industrie- und Handelswaren im gleichen Zeitraum. Vgl. Pryor (1980), a.a.O., S. 215.

<sup>367</sup> Vgl. ebd., S. 224.

<sup>368</sup> Das betrifft vor allem die überfällige Abwertung der Krone, für deren Stabilität sich die konservativen Kräfte einsetzten.

eine Verringerung der Einfuhrzölle für Industriemaschinen zu beantragen. Später wurde diese Regelung auch auf den Import von landwirtschaftlichen Maschinen erweitert. Im Gegensatz hierzu scheiterten aber eine Vielzahl von strukturpolitischen Maßnahmen, die zur Unterstützung der nur für den inländischen Markt produzierenden Industriezweige notwendig gewesen wären, an der Uneinigkeit innerhalb der allnationalen Koalition über wirtschaftspolitische Konzepte<sup>369</sup>. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur wurden auf politischen Druck der Sozialdemokraten erst zu Beginn der dreißiger Jahre im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen getätigt. Doch diese wären nicht nur zur Sicherstellung von Transportwegen außer Landes notwendig gewesen, sondern auch innerhalb der Republik mußten die Beförderungskapazitäten zu Wasser, Land und Schiene ausgebaut werden. Insbesondere die Ost-West-Verbindungen waren völlig unzureichend und bedurften eines raschen Ausbaus. Wichtigstes Transportmittel war die Eisenbahn, deren Trassen 1924 fast vollständig verstaatlicht wurden, um den weiteren Ausbau besser zu gewährleisten. Gab es 1920 in der ČSR 9,7 km Schienen pro 100 km<sup>2</sup>, stieg dieser Wert bis 1929 nur auf 9,8 km an. Noch schlechter entwickelte sich der Ausbau des Straßennetzes<sup>370</sup>.

Das schwerwiegendste Versäumnis der verschiedenen Regierungen lag jedoch darin, daß sie kaum Anstalten machten, den unterschiedlichen industriellen Entwicklungsstand der einzelnen Landesteile auszugleichen. Anstatt z.B. mittels steuerlicher Investitionsanreize in unterentwickelten oder monostrukturellen Gebieten den erforderlichen Strukturwandel herbeizuführen, wurde in der Slowakei das Industriesterben der Anfangsjahre oder die fatale Exportabhängigkeit der nordböhmisches Konsumgüterindustrie in Kauf genommen. Diese beiden ungelösten Probleme förderten schließlich in den dreißiger Jahren den slowakischen Separatismus und trugen dazu bei, daß die Mehrzahl der Sudetendeutschen ihr Heil in den Versprechungen eines Konrad Henlein suchten<sup>371</sup>.

Von der marxistischen Geschichtswissenschaft wurde zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, daß die maßgebenden Prager Politiker und Wirtschaftseliten die Slowakei als 'agrarisches Anhängsel' der hoch industrialisierten böhmischen Länder konserviert wissen wollten und ihre Strukturpolitik dementsprechend ausrichteten<sup>372</sup>. Die Slowakei sollte demnach als Kompensation für den verlorengegangenen österreich-ungarischen Markt fungieren, als Absatzgebiet für tschechische Erzeugnisse und nicht als deren Konkurrent auf dem gemeinsamen Markt.

<sup>369</sup> Ake exemplifiziert dieses Problem an der öffentlichen Wohnungsbauförderung, die nach 1922 deutliche wirtschaftliche und soziale Erfolge brachte, gegen den Widerstand der Sozialdemokraten dann aber 1923 von Agrariern und Nationaldemokraten zu Fall gebracht wurde und den gesamten privaten Bausektor zum Erliegen brachte. Vgl. dazu J.B. Ake: *The Economic Policy of the All-National Coalition in Czechoslovakia, 1922-1926*, phil.Diss., Ann Harbor 1975, S. 111 ff.

<sup>370</sup> Vgl. die Zahlen bei È. Ehrlich: *Infrastructure*, in: Kaser/Radice (1985), Bd. 1, 323-378, S. 331 ff.

<sup>371</sup> In der westdeutschen Forschung wurde lange Zeit vorrangig die angeblich höhere Arbeitslosenquote in den Randgebieten für den Aufstieg Henleins verantwortlich gemacht. Demgegenüber wurde von Deyl herausgestellt, daß sich neben der grundsätzlichen Problematik der Arbeitslosenstatistik einzig aus den Arbeitslosenzahlen in einzelnen Produktionszweigen oder Bezirken keine Rückschlüsse über die soziale Situation in den unterschiedlichen Landesteilen ziehen lassen. Auch ist ein direkter Zusammenhang zwischen Exporttätigkeit und Beschäftigungsstand nicht immer eindeutig gegeben (Arbeitszeiten variierten nach Auftragslage, Rationalisierungsmaßnahmen gingen auch während der Krisenjahre weiter). Vgl. Zd. Deyl: *Sociální vývoj Československa 1918-1938*, Praha 1985, S. 141-43.

<sup>372</sup> Vgl. R. Selucký: *Economické vyrovnání Slovensky s Českými kraji*, Praha 1960, S. 19 f.; oder M. Strháň: *Živnostenská banka na Slovensku 1918-1938*, in: HČ15 (1967), S. 177-218.

Insgesamt gesehen stagnierte die Industrieproduktion in der Slowakei in den zwanziger Jahren. Auch wenn von einer Deindustrialisierung eindeutig nicht gesprochen werden kann, läßt sich dennoch feststellen, daß einige Industriezweige ihre Stellung aus der Vorkriegszeit verloren und auch nicht wiedererlangen konnten. Das betraf vor allem die slowakische Eisenindustrie, die in keinem Jahr von 1918-1929 mehr als 25% des *Outputs* von 1913 erreichen konnte<sup>373</sup>. Die slowakische Konsumgüterindustrie, die partiell moderner und deshalb produktiver war als ihre böhmische Konkurrenz, konnte im wirtschaftlichen Umgestaltungsprozeß der zwanziger Jahre größtenteils überleben.

Etwas anders gestaltete sich die Problematik im nord- und nordwestböhmischen Industriegebiet. Hier war der Großteil der veralteten Produktionsanlagen der Konsumgüterindustrie angesiedelt, die nur mit umfangreichen Investitionen hätten modernisiert und an die neuen Marktbedingungen angepaßt werden können. Im Gegensatz zur Slowakei verfügte dieser Industrie- raum aber über die gleichen steuerpolitischen Voraussetzungen wie die mittelböhmischen Industriegebiete und hatte eine erheblich ausgebautere Infrastruktur als die östlichen Landesteile. Daß die erforderlichen Kapitalinvestitionen in den zwanziger Jahren hier ausblieben und die notwendige Umstrukturierung nicht erfolgte, läßt sich also keineswegs nur aus den Defiziten der Prager Wirtschaftspolitik erklären. Sicherlich ist dies vorrangig auf die knapp bemessene Kapitaldecke der sudetendeutschen Konsumgüterindustrie zurückzuführen. Da ab Anfang der zwanziger Jahre keine Gewinne in ausreichender Höhe mehr erzielt wurden, waren diese Betriebe überwiegend nicht in der Lage, eigene Mittel zu investieren. Außerdem waren die hier ansässigen Unternehmer 1918 vom "großdeutschen Kapitalkreislauf"<sup>374</sup> abgeschnitten worden, der sie bis zur Staatsgründung finanziert hatte. Weiterhin gibt es Anzeichen dafür, daß sudetendeutsche Unternehmer in der unmittelbaren Nachkriegszeit ihr Kapital und ihre Gewinne aus den konjunkturstarke Anfangsjahren gezielt nach Deutschland schafften, wo sie als Bankeinlagen von der Hyperinflation aufgefressen wurden<sup>375</sup>. Diese Handlung läßt sich nur als Teil eines sozialpsychologischen Reaktionsmusters begreifen. Der seit vielen Jahren absehbare Verlust der nationalen Vormachtstellung der Deutschen in der Region war von den Sudetendeutschen verdrängt worden, so daß sie die politischen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg unvorbereitet trafen. Bisher gültige Integrations- und Identifikationsmechanismen waren weggefallen, ohne daß mit der Staatsgründung neue an ihre Stelle traten. Der Kapitaltransfer nach Deutschland muß somit im Zusammenhang einer Suche nach neuen gesellschaftlichen und politischen Bezugspunkten verstanden werden<sup>376</sup>.

Nach Meinung sudetendeutscher Populärwissenschaftler ging die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik einseitig zu Lasten der deutschsprachigen Bevölkerung<sup>377</sup>. Tatsächlich gibt es

---

<sup>373</sup> Vgl. Selucký (1960), a.a.O., S. 17.

<sup>374</sup> Jaworski (1977), a.a.O., S. 37.

<sup>375</sup> Vgl. Ake (1975), a.a.O., S. 40.

<sup>376</sup> Vgl. zu der sudetendeutschen Identitätskrise Jaworski (1977), a.a.O., S. 48 ff.; F. Seibt: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas, München 1993, S. 227 ff.; R. Hilf: Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlungen einer Nachbarschaft in Mitteleuropa, Opladen 1986, S. 63 ff.; und für die tschechische Forschung Kural (1993), a.a.O.

<sup>377</sup> Vgl. z.B. E. Franzel: Sudetendeutsche Geschichte. Eine volkstümliche Darstellung, München 1958, S. 342 f.

in der geschichtswissenschaftlichen Literatur Hinweise darauf, daß vor allem in den ersten Jahren das tschechische Element in der Wirtschaft bevorzugt wurde und daß die Regierung versuchte, den überdurchschnittlich großen Besitzanteil der Sudetendeutschen an den Produktionsmitteln zu verringern<sup>378</sup>. Das Ausmaß dieser Maßnahmen war aber nicht so gravierend, denn auch nach der Weltwirtschaftskrise war das Wirtschaftspotential der Sudetendeutschen noch immer zwei- bis dreimal höher, als man es aufgrund des Bevölkerungsanteils erwarten konnte<sup>379</sup>. Ein zentraler Vorwurf der Sudetendeutschen war, daß sie bei der Vergabe von Staatsaufträgen benachteiligt worden seien und die sudetendeutsche Wirtschaft auf diese Weise systematisch ruiniert worden wäre. Neuere Untersuchungen stellen hingegen heraus, daß es für eine derartige Politik der Prager Regierung und ihrer Behörden keinen empirisch haltbaren Nachweis gibt. Vielmehr unterlagen alle Staatsaufträge ab einer bestimmten Größenordnung der öffentlichen Ausschreibung, an die sich jede Behörde halten mußte. Wenn es dennoch zur Benachteiligung für sudetendeutsche Betriebe gekommen ist, dann war dies in erster Linie eine Folge strukturell-ökonomischer Faktoren<sup>380</sup>. Ebenso ist die These von der Existenz nationaler Subwirtschaften in der ČSR widerlegt worden<sup>381</sup>.

Aus diesen Gründen ist es nicht gerechtfertigt, den tschechischen Politikern, die für die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik die Verantwortung trugen, einseitig tschechnationale Interessen zu unterstellen. Die wissenschaftliche Fundierung der uns heute bekannten wirtschaftspolitischen Krisenmechanismen ('*Deficit spending*' u.a.) wurde von der Volkswirtschaftslehre erst in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre systematisiert. Eine wissenschaftliche Basis konnten diese Politiker somit notwendigerweise noch nicht besitzen, so daß sie in ihrer Unerfahrenheit auf ältere Muster des Krisenmanagements angewiesen waren. Darüber hinaus waren für die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Krisenregionen bei den Prager Wirtschaftsmanagern kurzfristige Profitinteressen charakteristisch sowie ein fehlendes Interesse bei den politischen Eliten. Nur so ist es zu erklären, daß die wirtschaftspolitischen Prioritäten auf den allgemeinen, außenpolitisch begründeten Exportantrieb, unterstützt durch eine darauf ausgerichtete Handels-, Subventions- und Währungspolitik, gesetzt wurden, anstatt verstärkt die ererbte ungünstige Wirtschaftsstruktur an die neuen ökonomischen Gegebenheiten anzupassen. Es ist in der Geschichtsforschung heute unbestritten, daß die ČSR aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung der zwanziger Jahre durchaus die Möglichkeit hatte, den Aufstieg in die erste Reihe der europäischen Industrienationen zu schaffen, nach der Weltwirtschaftskrise aber unwiderruflich ins zweite Glied abrutschte, da die hierfür erforderliche "technologisch-organisatorische Effizienz nicht erreicht worden war"<sup>382</sup>. Dennoch wird der Weltwirtschaftskrise neben den offensichtlich destruktiven und destabilisierenden Folgen von

<sup>378</sup> Vgl. z.B. Brügel (1967), a.a.O., S. 145 und 536.

<sup>379</sup> Vgl. ebd., S. 536 f. Neuere Untersuchungen sind demgegenüber weitaus zurückhaltender bei der Quantifizierung des deutschen Besitzanteils, kommen aber qualitativ zu ähnlichen Ergebnissen. Vgl. L. Slezák: *Sudetští Němci a hospodářství první republiky*, in: MD 2 (1994), S. 123-41.

<sup>380</sup> Vgl. C. Boyer: Die Vergabe von Staatsaufträgen in der ČSR - ein Vehikel zur Ruinierung der sudetendeutschen Wirtschaft?, in: *Das Scheitern der Verständigung* (1994), a.a.O., 71-80, S. 71-80.

<sup>381</sup> Vgl. Boyer (1999), a.a.O.

<sup>382</sup> Teichova (1988), a.a.O., S. 23.

einigen Wirtschaftshistorikern auch eine korrigierende Funktion für die tschechoslowakische Volkswirtschaft zugeschrieben. Sie bewirkte, daß sich strukturelle ökonomische Veränderungen und technische Innovationen endlich durchsetzen konnten und so zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit beitrugen<sup>383</sup>. Die Zweige Hüttenwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemieindustrie und Energiewirtschaft gingen aus der Weltwirtschaftskrise eindeutig gestärkt hervor. Behaupten konnten sich die Schuh-, die Bekleidungs- und die graphische Industrie, und durch staatliche Unterstützung entwickelten sich in dieser Zeit der Automobil- und Flugzeugbau<sup>384</sup>. Während die Wachstumsraten der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in den zwanziger Jahren teilweise höher lagen als die anderer westlicher Industrieländer, blieb das Industriewachstum der ČSR nach der Weltwirtschaftskrise hinter dem Leistungsniveau anderer Volkswirtschaften zurück. Dennoch verlor die ČSR hierdurch nicht ihre langfristigen ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten.

Eine konsequente Umsetzung dieser Erkenntnis in staatliche Wirtschaftspolitik hätte somit auch bedeuten können, die Wirtschaftskrise als Chance zur Korrektur bisheriger struktureller Fehlentwicklungen zu begreifen und z.B. vorrangig Strukturpolitik zur Ansiedlung moderner Industriezweige in rückständigen oder monostrukturellen Regionen zu verfolgen, anstatt eine kostspielige und in ihren Auswirkungen zweifelhafte Konjunkturpolitik zu betreiben und ansonsten vor allem auf äußere Wachstumsimpulse zu warten. Obwohl sich bei führenden Politikern der ČSD im Laufe der dreißiger Jahre durchaus Lernprozesse in der Beurteilung der Krisenursachen ausmachen lassen<sup>385</sup>, kann nirgendwo eine Bereitschaft gefunden werden, die Wirtschaftskrise, die nun ganz offensichtlich doch nicht die letzte Krise des Kapitalismus sein würde, als ökonomische Roßkur zu verstehen. Dem stand zum einen entgegen, daß es bei den Sozialdemokraten kein Vertrauen auf die vermeintlichen Selbstheilungskräfte des Kapitalismus gab. Im Gegenteil herrschte Übereinstimmung in der Ansicht, daß die "Zeit des freien Zusammenspiels der Kräfte in der kapitalistischen Wirtschaft ... unwiderruflich beendet"<sup>386</sup> sei und ein Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit sowohl im Sozialismus als auch im Kapitalismus nur durch den regulierenden und planenden Eingriff des Staates möglich sein werde<sup>387</sup>. Zum zweiten ermöglichte die innen- und außenpolitische Bedrohung durch staatsfeindliche Bewegungen,

<sup>383</sup> Vgl. zu dieser Meinung insbesondere VI. Lacina: Dopad hospodářské krize třicátých let na československou ekonomiku, in: ČsČH 37 (1989), S. 59-70.

<sup>384</sup> Vgl. Lacina (1984), a.a.O., S. 138 f.

<sup>385</sup> Hatte Bechyně auf dem Parteitag von 1930 noch die These vertreten, die Krise resultiere vor allem aus einer falschen Gesellschaftsordnung und könne erst durch eine Planwirtschaft im Sozialismus überwunden werden, charakterisierte Hampl die Krise 1937 explizit als eine Strukturkrise, die in der Exportabhängigkeit der tschechoslowakischen Produktionsstruktur und in der fehlenden Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes begründet sei und von den Autarkiebestrebungen der neuen Diktaturen verstärkt wurde. Vgl. Protokol XVI. sjezdu (1930), S. 39; und Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 30 f.

<sup>386</sup> Hampl/Bělina (1935), a.a.O., S. 5.

<sup>387</sup> "Damit die Wirtschaft gleichmäßig funktioniert, ist allerdings eine größere Durchdringung und Planung der Regierungs- und der internationalen Eingriffe notwendig, die die bisherigen Formen der Unternehmerideologie verändern. Die Wirtschaft ist zu stark gewachsen und wurde zu einem ungewöhnlich komplizierten und fein reagierenden Organismus, so daß es unabwendbar notwendig ist, ihr Funktionieren dadurch sicherzustellen, daß sie auf die Grundlage eines exakten, durch wissenschaftliche Analyse gewonnenen, groß angelegten Plans gestellt wird, der ihre vorteilhafte Funktion unter dem Aspekt des gesellschaftlichen Nutzens gewährleistet." Hampl, in: Protokol XVII. sjezdu ČSD (1933), S. 77.

die die Krisenfolgen gezielt zur Zerstörung der ČSR instrumentalisierten, keine derartigen Handlungsspielräume, sondern erforderten eine konzertierte Antikrisenpolitik, wie sie die ČSD in der Koalition anstrebte. Und zum dritten sah sich die Partei neben ihrer politischen Verantwortung für die Existenz des Staates auch in einer generellen sozialen Verantwortung für das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft. Betraf soziales Elend bislang überwiegend einzelne Familien, so stellte sich die Existenzfrage in den dreißiger Jahren für die breite Mehrheit der Gesellschaft. Hunger und Elend wurden zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen mit einer nicht nur materiellen, sondern auch mentalen Dimension. Minister Nečas erklärte 1935 im Abgeordnetenhaus, daß 6-7 Mio. Menschen - also die Hälfte der Bevölkerung - unterhalb des statistischen Existenzminimums lebten<sup>388</sup>. Dies bildete den Nährboden für die unterschiedlichen nationalen, sozialen oder antidemokratischen Radikalisierungen der dreißiger Jahre und wurde von der ČSD-Führung auch im kausalen Zusammenhang verstanden. Aus diesen Gründen mußte eine sozialdemokratische Antikrisenpolitik neben der Frage der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit vor allem darauf ausgerichtet sein, der wachsenden Radikalisierung in der Gesellschaft infolge der sozialen Verelendung entgegenzusteuern. Und die verschiedenen Wirtschaftspläne der ČSD verfolgten eben dieses Ziel. Es ging den Sozialdemokraten mit ihren Vorstellungen von der geplanten Wirtschaft um die Wiederherstellung wirtschaftlicher Stabilität, um die Steuerung der Wirtschaftszyklen, um die Regulierung des Arbeitsmarktes, um die Stärkung der Binnenkaufkraft sowie um Kapitalbildung und ihren Einsatz im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

Für eine umfassende Beurteilung des sozialdemokratischen Wirtschaftsplans muß aber auch der Stellenwert bedacht werden, die ihm für die innerparteiliche Stabilisierung sowie bei der Sicherstellung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierungskoalition zukam. So hatte der Wirtschaftsplan neben der faktischen Bekämpfung der Krisenfolgen nach den Niederlagen der Arbeiterbewegungen in Deutschland und kurz darauf in Österreich zudem die Funktion, der Resignation und Konfusion in der Partei entgegenzutreten, die die soziale Lage einerseits und die innen- und außenpolitische Bedrohung der ČSR andererseits bewirkt hatten. Ein wichtiges Ziel der Strategie der Parteiführung mußte es somit sein, durch das Antikrisenprogramm den Vorwürfen eines Josef Macek aus den eigenen Reihen entgegenzutreten und der Parteibasis sowie der politischen Öffentlichkeit zum einen die Handlungsfähigkeit in einer Situation politischer Bedrohung zu demonstrieren und dadurch die eigene Position zu stabilisieren. Zum anderen sollte dem sozialistischen Denken durch klar formulierte Positionen zu Gegenwartsfragen wieder Auftrieb verschafft werden. Der Wirtschaftsplan der ČSD muß als insgesamt geeignet gewertet werden, um diese Ziele zu erreichen. Wie eingangs dargestellt wurde, handelte es sich bei dem "*Program hospodářské oživení*" um ein Konsenspapier, in dem verschiedene Lösungsansätze aus der Mitte der Partei verknüpft worden waren. Auch wenn die Forderung der innerparteilichen Linken, die Krise als Ausgangspunkt für einen sozialistischen Umbau der Gesellschaft zu begreifen, in ihm keine Berücksichtigung finden konnte, bot es der sozialistischen

---

<sup>388</sup> Vgl. Chyba (1972), a.a.O., S. 88.

Opposition in der ČSD immerhin die Möglichkeit, sich aufgrund der übereinstimmenden Ansicht über die Rolle des Staates als Organisator und Regulator der Wirtschaftstätigkeit mit der Strategie der Parteiführung in weiten Teilen zu identifizieren. Denn auch die Parteiführung ging davon aus, daß der Kapitalismus nicht länger in der Lage sein werde, die wirtschaftliche Ordnung aufrecht zu erhalten, und sie bemühte sich, stets darauf hinzuweisen, daß die Verwirklichung der 'geplanten Wirtschaft im Kapitalismus' nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik, sondern nur ein strategischer Schritt auf dem Weg zum Sozialismus sei. Auf der Grundlage der Theorie vom organisierten Kapitalismus kam es nach ihrer Ansicht vor allem darauf an, die Demokratisierung der politischen und der wirtschaftlichen Ebene zu koordinieren und sie parallel zu vertiefen, und die Verwirklichung der geplanten Wirtschaft wurde aus tiefer Überzeugung als der richtige nächste Schritt zu ökonomischer Gleichberechtigung des Proletariats verstanden.

Darüber hinaus war für die inhaltliche Konzipierung des sozialdemokratischen Wirtschaftsplans entscheidend, daß hierfür innerhalb der Koalition Unterstützung gefunden werden konnte. Daher verbot sich in der gegebenen Situation die Betonung sozialistischer Zielsetzungen. Die ČSD war 1929 unter den beiden Prämissen in die Regierung eingetreten, um zum einen von der sozialistischen Programmatik in den bestehenden Machtverhältnissen so viel wie möglich durchzusetzen und um zum anderen in der Regierung und im Parlament Verbündete für den Kampf um die eigenen sozialemanzipatorischen Ziele zu finden, die sich im Zustand des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' ohne die Unterstützung anderer gesellschaftlicher Schichten und politischer Gruppen nicht erreichen ließen. Wie Hampl deutlich machte, betrachtete die Parteiführung die Wirtschaftspolitik hierfür als eine vielversprechende Basis. Denn hierin vertrete das sozialistische Lager gemeinsam mit verschiedenen Experten aus dem bürgerlichen Lager die Ansicht, daß die geplante Wirtschaft im Kapitalismus den besten Ausweg aus der Wirtschaftskrise weise<sup>389</sup>. Indem die ČSD ihrer Wirtschaftspolitik einen derart zentralen Stellenwert in der Gesamtstrategie beimaß, mußte ihr mittelfristiger politischer Erfolg in erster Linie davon abhängen, wie viele ihrer Forderungen sie in der Koalition durchsetzen konnte.

#### **4.3.2.2 Zu den Erfolgen und Mißerfolgen des sozialdemokratischen Wirtschaftsplans**

Obwohl sich die ČSD bei der Formulierung ihres Antikrisenprogramms eng an den Beispielen und Erfahrungen des u.s-amerikanischen *New Deals* und des belgischen Planismus orientierte, gestaltete sich die Durchsetzung ihrer plansozialistischen Vorstellungen weitaus schwieriger als in diesen beiden Industrieländern. Während sich in einer präsidentialen Demokratie mit einem Zweiparteiensystem, wie in den USA, vergleichsweise leichter Mehrheiten für ein derartiges Reformprojekt herstellen ließen, bestanden die Regierungskoalitionen in der ČSR in den dreißiger Jahren aus mindestens sieben Parteien mit einer überwiegend sehr unterschiedli-

---

<sup>389</sup> Vgl. Hampl/Bělina (1935), a.a.O., S. 13 f.

chen Programmatik. Im Gegensatz zur belgischen Sozialdemokratie, die die Annahme ihres 'Plans der Arbeit' Ende 1933 zur Voraussetzung für ihren Regierungseintritt machen konnte, war die ČSD jedoch bereits Bestandteil der Koalition. Hatte sie es schon in den zwanziger Jahren im Interesse einer sozialfriedlichen Entwicklung der jungen Republik abgelehnt, zur Untermauerung ihrer politischen Forderungen Massen zu mobilisieren, fehlte ihr jetzt, da sie infolge der inneren und äußeren Bedrohung durch den Faschismus und der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise an die Fortsetzung ihrer Koalitionspolitik gebunden war, eine entsprechende innenpolitische Drohkulisse. Aufgrund der politischen Praxis im Proporzsystem war sie deshalb nicht in der Lage, einen großen Wurf zu landen, d.h. ihren Wirtschaftsplan in seiner Gesamtheit zum Koalitionsprogramm zu machen. Sie war vielmehr gezwungen, einzelne Punkte herauszugreifen und deren Umsetzung in Regierungspolitik auf dem Verhandlungsweg und damit als Interessenausgleich unter Preisgabe einzelner Elemente ihres Plans zu erzielen. Dabei konzentrierten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien in der politischen Praxis nur auf die Einbringung solcher Gesetzesvorhaben, die zum einen sozioökonomische Interessen der Arbeiterschaft beinhalteten und bei denen zum anderen auch eine realistische Aussicht bestand, daß sie durch Konzessionen auf anderen Gebieten von der bürgerlichen Mehrheit in der Koalitionsregierung beschlossen werden könnten. Hierdurch wurde zwar die Möglichkeit geschaffen, vereinzelt taktische Erfolge erzielen zu können, aus einer strategischen Perspektive gelangte die ČSD bei dem politischen Übergewicht bürgerlicher Interessenvertreter jedoch nicht in die Situation, ihre Ausgangsbasis für die Durchsetzung sozialistischer Zielvorstellungen zu verbessern. Anfänglich wurde dies vom Parteivorstand unter der Maßgabe hingenommen, daß unter den gegebenen Umständen eine gesellschaftspolitische Stagnation einem als Rückschritt verstandenen Austritt aus der Koalition in jedem Fall vorzuziehen sei. Mit dem Abflauen der Krise und der Etablierung des Staatsinterventionismus wurde ab Mitte der dreißiger Jahre die euphemistische These vertreten, die ČSD habe mit ihrer Politik nicht nur sozialpolitische Rückschritte verhindert, sondern auch eine gute Ausgangsbasis für den Übergang zum Sozialismus geschaffen<sup>390</sup>.

In den dreißiger Jahren kamen eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen zustande, die in der Tat zu einem bedeutenden Teil auf die wirtschaftspolitischen Initiativen der ČSD und der DSAP zurückzuführen waren: Dazu gehörten auf dem Gebiet der Intensivierung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit die beiden großen Staatsanleihen zur Arbeitsmarktförderung aus dem Frühjahr 1933. Einen zweiten Bereich stellte die Stärkung staatlicher Kontrollmechanismen dar. Schon 1931 hatten sich die Sozialdemokraten mit ihrer Forderung nach einer staatlichen Exportförderung durchsetzen können, da dies auch im Interesse aller anderen Parteien war und zusätzlich durch Zugeständnisse an die Agrarpartei in der Zollfrage kompensiert wurde. Auf diese Weise wurden Steuererleichterungen für exportierende Betriebe und staatliche Ausfuhrgarantien eingeführt, die bis 1935 einen Umfang von bis zu 3,5 Mrd. Kč annahmen. 1935 konnte sich die ČSD mit der Gründung eines 'Exportinstituts' durchsetzen, das insbesondere den Verfall der

---

<sup>390</sup> Vgl. Dundr, in: Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 19; und die Resolution, in: Ebd., S. 159.

Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich und den Staaten der Kleinen Entente aufhalten sollte, nachdem der Wirtschaftsrat der Kleinen Entente von 1933 faktisch an der Zollpolitik der Agrarpartei gescheitert war und somit die Expansion der deutschen Wirtschaft nach Rumänien und Jugoslawien nicht stoppen konnte. Demgegenüber wurde der Passus über Preiskontrollen in dem von den Sozialdemokraten geforderten Kartellgesetz vom Juli 1933 jedoch niemals angewandt. Die am 9.6.1933 verabschiedeten Ermächtigungsgesetze, die von der Agrarpartei eingebracht worden waren, wurden hingegen von beiden sozialdemokratischen Parteien anfänglich abgelehnt. Ausschlaggebend für die Zustimmung der Parteiführung zu den Ermächtigungsgesetzen war schließlich die Überlegung, daß ein möglicher Mißbrauch gegen proletarische Interessen sich solange verhindern ließe, wie die Sozialdemokraten in der Koalition verblieben<sup>391</sup>. Durch dieses Regelwerk wurde die Regierung ermächtigt, in allen Wirtschaftsfragen - außer bei Währungsproblemen - ohne die Zustimmung des Parlaments zu entscheiden. Für die Konjunkturpolitik waren die beiden von den Sozialdemokraten erzwungenen Senkungen der Leitzinsen von 1933 und 1935 um jeweils einen halben Prozentpunkt ein Erfolg. Ebenso war die Aufgabe des Goldstandards durch die beiden Deflationen vom Februar 1934, die die Nationaldemokraten zum Regierungsaustritt bewegten, und vom Oktober 1936 maßgeblich auf den Druck der ČSD zurückzuführen<sup>392</sup>.

Deutlich bescheidener fielen hingegen die Erfolge der ČSD in der Sozialpolitik aus. Die Regierung beschritt zu Beginn der dreißiger Jahre nicht den Weg einer grundlegenden Reform ihrer bisherigen Sozialpolitik, wie sie von den Sozialdemokraten angestrebt wurde, sondern versuchte, das vorhandene System über einzelne Maßnahmen in der Sozialgesetzgebung und durch Hilfsmaßnahmen in Form von Naturalleistungen an Bedürftige notdürftig den neuen Gegebenheiten anzupassen<sup>393</sup>. Besonders nachteilig für die öffentliche Reputation der Sozialdemokraten war, daß in der Situation dramatischer Massenarbeitslosigkeit keine Ressourcen vorhanden waren, um die seit 1925 bestehende Form der Arbeitslosenversicherung nach dem Modell des sog. 'Genter Systems' in einen obligatorischen Versicherungsschutz umzuwandeln. Bei der bisherigen Form trugen die Gewerkschaften einen Teil der Zahlungen, die sie über die Mitgliederbeiträge finanzierten und auf die die Versicherten im Falle der Arbeitslosigkeit einen gesetzlichen Anspruch hatten. Den anderen, größeren Teil steuerte der Staat bei. Diese Organisationsform entlastete einerseits den Staatshaushalt und den Beamtenapparat und bürdete im Gegenzug den Gewerkschaften finanzielle und verwaltungstechnische Probleme auf, die zu lösen sie kaum in der Lage waren. Andererseits lenkte sie die Gewerkschaften von ihrer eigentlichen Aufgabe der

---

<sup>391</sup> Vgl. zu den innerparteilichen Diskussionsprozessen zu den Ermächtigungsgesetzen ausführlich Hradilák (1967), a.a.O.

<sup>392</sup> Die beste Gesamtdarstellung zur staatlichen Antikrisenpolitik ist die Arbeit von Lacina (1984), a.a.O., besonders S. 152 ff.

<sup>393</sup> Für die Kritik an den Defiziten in der tschechoslowakischen Sozialpolitik vgl. besonders Deyl (1985), a.a.O.; Houser (1968), a.a.O.; und für die westliche Forschung Teichova (1988), a.a.O.; und M. Hauner: Human Resources, in: Kaser/Radice (1985), a.a.O., S. 66-147. Die Hauptkritikpunkte sind, daß die staatliche Sozialpolitik zu sehr auf Improvisationen basierte, denn auf der Ausarbeitung eines sich selbst tragenden Systems, ferner die Funktionsfähigkeit des Systems durch einen Mangel an Kompetenzregelungen und schließlich der langandauernde Rechtsdualismus von verschiedenen Systemen in den unterschiedlichen Landesteilen sowie das Demokratiedefizit durch nicht ausreichende Partizipationsmöglichkeiten der Versicherten.

Vertretung und Interessenwahrnehmung ihrer Mitglieder im industriellen Konflikt ab und schränkte ihre Funktionsfähigkeit deutlich ein. Nach verbreiteter Meinung zielte diese Praxis eindeutig darauf ab, die Gewerkschaften gewissermaßen zu Versicherungsanstalten mit einem Schwerpunkt auf Unterstützungstätigkeiten zu reduzieren<sup>394</sup>. Anfänglich betrug die Dauer der finanziellen Leistungen 13 Wochen. 1930 wurde sie auf den Druck der Regierungssozialisten jedoch auf den Zeitraum von 26 Wochen erweitert und der Staatsanteil erhöht. Um einen Versicherungsanspruch geltend zu machen, war eine Gewerkschaftsmitgliedschaft von mindestens sechs Monaten erforderlich, was den ohnehin beschränkten Personenkreis der Versicherungsberechtigten weiter einschränkte. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation mußte der Staatsanteil zur Arbeitslosenversicherung 1933 per Regierungsverordnung reduziert und sieben Karenztage eingeführt werden. Weitere Novellierungen folgten ab 1934. Insgesamt betrugen die staatlichen Zuschüsse als der Großteil der Leistungshöhe in den dreißiger Jahren jedoch nur 10-15% des jeweiligen Durchschnittslohns<sup>395</sup>. Die Initiativen zur Arbeitsmarktförderung durch öffentliche Investitionen, die eine weitere zentrale Forderung der Sozialdemokraten darstellten, blieben zu gering, um hierdurch wirtschaftliche Wachstumsimpulse oder positive soziale Effekte erwirken zu können, da der Großteil der hierfür ausgegebenen Staatsanleihen zweckentfremdet wurde<sup>396</sup>. Auch die Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung, die in den Konzeptionen der ČSD und der DSAP einen hohen Rang belegten, ließen sich in der bürgerlich dominierten Koalition auch nach dem Austritt der Nationaldemokraten von 1934 nicht durchsetzen, so daß schließlich nur die Anfänge des Kündigungsschutzes und die schützenden Eingriffe in das Tarifvertragswesen ab 1934 für die Sozialdemokraten auf ihrer Habenseite zu verbuchen waren<sup>397</sup>.

Das größte Hindernis für die Durchsetzung zentraler sozialdemokratischer Forderungen war die Agrarpartei, die die bestimmende Kraft in der Koalition war. Deren Politik war von der These geleitet, daß die Wirtschaftskrise vor allem eine Krise der Landwirtschaft sei. Ebenso wie die Sozialdemokraten entwickelten auch die Agrarier Vorstellungen zur staatlichen Wirtschaftsplanung und zeigten sich erfolgreich, diese in Regierungspolitik zur sektoralen Wirtschaftsförderung umzusetzen. Ziel dieser Politik war eine gesetzlich festgeschriebene Produktionsregulierung im Agrarsektor, die in Kombination mit einem System staatlicher Zuschüsse die Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe während der Dauer der Wirtschaftskrise sicherstellen sollte. Deshalb betrachteten sie eine sektorale Wirtschaftsplanung auch nur als Krisenmaßnahme, die

<sup>394</sup> Vgl. Deyl (1985), a.a.O., S. 71; oder Shaw (1975), a.a.O., S. 50 f.

<sup>395</sup> Vgl. Chyba (1972), a.a.O., S. 148.

<sup>396</sup> Von den im März 1933 ausgegebenen zwei Staatsanleihen über 1,3 und 2 Mrd. Kč wurde der Großteil zur Deckung des Haushalts aufgewandt. Vgl. J. Harna/Zd. Deyl/Vl. Lacina: První československá republika - pokus o demokracii ve střední Evropě, Praha 1990, S. 73-75.

<sup>397</sup> In einer Verordnung von 1934 wurden die Arbeitgeber verpflichtet, die Entlassung gesamter Belegschaften den zuständigen Kreisämtern und Gewerbeinspektoren schriftlich anzumelden und zu begründen, damit die Möglichkeit erhalten blieb, gemeinsam nach alternativen Möglichkeiten zu suchen. In einer weiteren Verordnung erklärte die Regierung 1934, daß die Lohnfrage nicht ausschließlich Sache zweier Vertragspartner sei, sondern eine soziale, wirtschaftliche und politische Bedeutung impliziere, die von den Tarifparteien zu akzeptieren sei. Ab 1935 wurden dann auslaufende Tarifverträge durch staatliche Eingriffe verlängert, einseitige Kündigungen verboten und z.B. in der Textilindustrie auch nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in die geltenden Verträge aufgenommen. Vgl. Zd. Deyl: O významu kolektivních smluv v Československu 1918-1938, in: ČsČH 87 (1989), S. 44-58.

mit dem Einsetzen eines Konjunkturaufschwungs wieder aufgegeben werden sollte. Die erste Erhöhung der Schutzzölle für Agrarprodukte datierte bereits aus dem Jahr 1930 und bewirkte neben den außenpolitischen Folgen vor allem einen Preisanstieg und damit einen nicht unerheblichen Verlust an Binnenkaufkraft. Mit der Schaffung des Getreidemonopols im Sommer 1934 setzte die Agrarpartei ihre Forderung nach Preiskontrolle im Außen- und Binnenhandel durch. Beide Maßnahmen ließen sich nicht mit sozialdemokratischen Interessen vereinbaren und konnten der Parteibasis schließlich nur mit dem wenig überzeugenden Hinweis erklärt werden, die ČSD habe durch ihre Zustimmung zu diesen Maßnahmen einer Faschisierung der ländlichen Mittelschichten entgegengewirkt<sup>398</sup>. Mit den Ermächtigungsgesetzen erlangten die Agrarier dann endgültig den maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Von den insgesamt 306 Notverordnungen, die bis zum Juli 1937 erlassen wurden, entfielen deshalb der mit Abstand größte Teil, nämlich 129 Verordnungen, auf den Agrarsektor<sup>399</sup> und verdeutlichen dem Betrachter, wie schamlos hier Interessenpolitik betrieben wurde.

Diese relative Erfolglosigkeit der Sozialdemokraten führte dazu, daß das bislang weitgehend klare politische Profil der Partei zunehmend verschwand oder zumindest verwischt wurde. Die ČSD hatte ihr Verbleiben in der Regierungskoalition damit legitimiert, daß es notwendig sei, sozialpolitische Errungenschaften zu sichern und als Ausgangsbasis für den angestrebten Gesellschaftsumbau die politischen Machtpositionen der sozialistischen Arbeiterbewegung auszubauen. Das sozialdemokratische Antikrisenprogramm sollte zudem eine Demokratisierung des wirtschaftlichen Sektors einleiten, die ebenfalls als notwendiger Schritt zum Erreichen des Sozialismus betrachtet wurde. Schließlich sollte nicht der gleiche Fehler wie in Deutschland begangen werden, in der Krise des Kapitalismus die Mitregierung als Voraussetzung hierfür freiwillig aus der Hand zu geben. Faktisch fanden sich beide sozialdemokratischen Parteien jedoch als Gefangene in einer Koalition wieder, deren Politik sie in einem zunehmend geringeren Maße nach ihren programmatischen Vorstellungen beeinflussen konnten. Neben den bereits beschriebenen Rückschlägen in der Frage der Demokratiesicherung traf dies insbesondere auch auf die sozialdemokratischen Konzeptionen zur wirtschaftlichen Krisenbekämpfung zu. Denn von den Ansätzen zu einer staatlichen Wirtschaftsplanung profitierte einzig der Agrarsektor. Die Forderungen nach einer allgemeinen, breiten Konjunkturpolitik nach u.s.-amerikanischem Vorbild wurden nicht in dem erforderlichen Ausmaß umgesetzt, da die Agrarpartei die Gründe für die Wirtschaftskrise nur im Wettbewerbsnachteil des Agrarsektors sah, so daß letztlich lediglich über die militärische Aufrüstung Wachstumsimpulse mittels staatlicher Nachfrage generiert werden konnten. Diese stetigen Niederlagen führten mithin dazu, daß beide sozialdemokratischen Parteien in den bestehenden Machtverhältnissen zwangsläufig politisch aufgerieben werden mußten und zusehends auf den Stellenwert von Mehrheitsbeschaffern herabgestuft wurden. Mochte den sozialdemokratischen Führungen ihr strategischer Ansatz theoretisch stimmig erschienen sein, mußte es den damaligen krisengeplagten Menschen jedoch kaum noch plausibel vermittelbar gewesen sein, daß die Parteiführung die Inhalte ihrer sozialistischen Programmatik

---

<sup>398</sup> Vgl. Bechyně, in: Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 50.

<sup>399</sup> Vgl. Lacina (1984), a.a.O., S. 170.

verfolgte. Denn wie der Staat in der reformistischen Theorie als eine klassenneutrale und deshalb schützenswerte Institution gesehen wurde, zeigte er in der Ausrichtung seiner Regierungspolitik, daß hiermit vor allem die Abdeckung von Partikularinteressen - also Klasseninteressen - bezweckt wurde, die die ČSD gezwungen war mitzutragen. Für das angestrebte Hineinwachsen in den Sozialismus durch eine Beseitigung klassenfeindlicher Elemente wurden hierdurch zumindest keine Fortschritte sichtbar. Aufgrund der politischen Umstände bestand auf diese Weise also kaum eine Aussicht, das erklärte reformistische Ziel der Partei zu erreichen, nämlich den Machteinfluß der Arbeiterschaft im Staat zu erhöhen, da neben den politischen Rückschlägen auch das hierzu erforderliche 'natürliche' Wachstum für die Partei und ihre Organisationen nicht zu erzielen war. Es gelang zwar, durch Agitation die Mitgliederbasis der Partei zu erhöhen und sie politisch zu schulen<sup>400</sup>, demgegenüber stagnierte in den dreißiger Jahren jedoch die absolute Zahl der Wählerschaft. Wenn Generalsekretär Dundr noch auf dem Parteitag von 1937 ausrief, "die Kraft unserer Partei liegt in ihrer Organisationsstärke und in den Reihen ihrer klassenbewußten Anhänger"<sup>401</sup> sowie in ihrer inneren Geschlossenheit, mußte dies bereits als Schwanengesang anmuten.

Im Gegenzug bedeutete diese Entwicklung aber auch, daß mit dieser strategischen Ausrichtung keine neuen Wählerschichten gewonnen werden konnten. Auch wenn führende Parteivertreter betonten, die ČSD betreibe ihre Politik ebenfalls im Interesse der von Proletarisierung bedrohten städtischen und ländlichen Mittelschichten, konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ČSD in den dreißiger Jahren stärker als je zuvor eine Klassenpartei war. Auf dem Parteitag von 1930 hatte Bechyně der Partei vorgerechnet, daß zwei Drittel der Gesellschaft Proletarier seien. Hinzu komme noch die nicht näher quantifizierte Gruppe der Halbproletarier, die ebenfalls als potentielle Unterstützer sozialistischer Politik betrachtet werden könnten<sup>402</sup>. Die Aufgabe der ČSD als einer explizit proletarischen Partei sah der Minister deshalb vor allem darin, das Proletariat zu organisieren und ihm Klassenbewußtsein zu vermitteln, damit es als kompakte Masse den Klassenkampf führen könne<sup>403</sup>. Nicht zuletzt auf der Grundlage der Faschismusanalyse setzte bei den Sozialdemokraten im Laufe der dreißiger Jahre ein Sinneswandel in der Beurteilung dieser Frage ein. Die ČSD-Führung griff die Kritik ihrer innerparteilichen Opposition auf, sie müsse sich auch programmatisch für die Mittelschichten öffnen. Am deutlichsten läßt sich diese Veränderung wiederum bei Bechyně feststellen, der auf dem Parteitag von 1937 die These vertrat, "die Sozialdemokratie ist nicht und darf nicht ausschließlich die

---

<sup>400</sup> Die Zahl der Mitglieder wuchs zwischen 1932 und 1936 um ca. 10% von 194.587 auf 225.765. Die Anzahl der Ortsvereine erhöhte sich im gleichen Zeitraum um gut 20%. Vgl. Dundr, in: Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 19 f.

<sup>401</sup> Ebd., S. 23.

<sup>402</sup> Im 1. Paragraphen des Parteiprogramms heißt es ausdrücklich, daß die derzeitige Gesellschaftsordnung neben der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung vor allem durch die Herrschaft der schmalen Kapitalistenklasse über die proletarische Gesellschaftsmehrheit geprägt sei, zu der auch die Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und Angestellten zu zählen seien. Eine Differenzierung gesellschaftlicher Gruppen mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Interessen und Zielsetzungen wurde also nicht vorgenommen. Vgl. Protokol XVI. sjezdu ČSD (1930), S. 182.

<sup>403</sup> Vgl. ebd., S. 39.

Partei des Industrieproletariats sein"<sup>404</sup>. Sie müsse sich vielmehr um alle arbeitenden Menschen kümmern. Noch weitreichender und zugleich realitätsferner war Maceks Vorstoß, der Anfang 1934 forderte, den Terminus "Arbeiterpartei" im Parteinamen durch den Begriff "Partei des arbeitenden Volkes" zu ersetzen, da dies angeblich der Sozialstruktur und der ideologisch-programmatischen Zielsetzung der ČSD näher käme<sup>405</sup>. Ein solches Bestreben hätte zumindest zur Voraussetzung haben müssen, daß genuin mittelständische Interessen auch ihren politisch-programmatischen Niederschlag in der Politik der ČSD fanden. Hiervon konnte jedoch keine Rede sein. Denn zum einen war der vordergründige taktische Charakter des sozialdemokratischen Wirtschaftsplans allzu offensichtlich, und zum anderen ließ sich aufgrund der angeführten Umstände auch aus den Maßnahmen der Regierungspolitik nicht erkennen, daß die ČSD hierin etwas anderes als die Durchsetzung proletarischer Interessen verfolgte. Diese Nachteile hätten also nur durch eine breit angelegte und in die politische Öffentlichkeit transportierte Debatte über die Absicht einer politischen Transformation der Sozialdemokratie von der definierten Klassenpartei zu einer Volkspartei kompensiert werden können. Im Gegensatz zum volkssozialistischen Vorstoß Wenzel Jakschs in der DSAP, der auf eben diese Transformation abzielte und deshalb die marxistischen Grundsätze des Sozialismus infrage stellte, fanden derartige Diskussionen entweder nicht statt oder sie lösten - wie im noch darzustellenden Fall der Gruppe in der *Dělnická akademie* - nur unzureichend das theoretische Spannungsverhältnis zwischen dem strategischen Anspruch, die programmatische Forderung nach sozialistischer Aktivität bei gleichzeitigem Festhalten an der marxistischen Klassenkampffideologie auch um mittelständische Interessen zu erweitern, und der taktischen Notwendigkeit zum Abschluß politischer Bündnisse mit nicht-marxistischen Gruppierungen. Somit verblieb die ČSD mit ihrer erklärten Absicht einer politisch-programmatischen Öffnung der Partei für andere gesellschaftliche Gruppen auf der theoretisch unausgereiften Maßgabe des Parteiprogramms von 1930, das davon ausging, daß das sozialemanzipatorische Interesse der Industriearbeiterschaft mit den Interessen der Bauern und Gewerbetreibenden identisch sei, da diese ihren schmalen Besitz nur durch eine Änderung der Gesellschaftsordnung sichern können<sup>406</sup>.

---

<sup>404</sup> Protokol XVIII. sjezdu ČSD (1937), S. 49.

<sup>405</sup> Macek stieß hiermit jedoch auf großen Widerstand und war deshalb gezwungen, sich gegenüber der Partei zu rechtfertigen. Macek an die Kreisorganisationen und Ortsvereine der ČSD v. 7.1.1934. A ČSSD, f. 71, a.j. 23, l. 38-40.

<sup>406</sup> Vgl. Protokol XVI. sjezdu ČSD (1930), S. 183.

#### 4.4. Die antifaschistische Programmatik der innerparteilichen Linken

##### 4.4.1 Die Gründung der Autorengruppe in der "Dělnická akademie" und die Grundausrichtung ihrer alternativen Strategie

Bereits im Vorfeld der Verabschiedung des neuen Parteiprogramms auf dem Parteitag von 1930 hatte sich im Umfeld der *Dělnická akademie* eine Gruppe von jungen, linksgerichteten Intellektuellen und Publizisten gebildet, die in den Zeitschriften "Dělnická osvěta", "Útok" und "Nová Svoboda" die zeitgenössischen europäischen Diskussionen zu Fragen sozialistischer Politik- und Gesellschaftsgestaltung rezipierte und versuchte, diese Ergebnisse auf die Rahmenbedingungen anzuwenden, die das politische und das Gesellschaftssystem in der ČSR einem sozialistischen und demokratischen Umbau setzten. Protagonisten dieser Gruppe waren neben Jaroslav Čecháček und Jiří Stolz, die beide als eher orthodoxe Marxisten charakterisiert werden können, vor allem Václav Běhounek, Svatopluk Dobiáš, Jiří Franta, Zdeněk Kojecký, Jiří Pleskot, Jiřina Popelová und Václav Osvald. Als Gegenpol zu der bis dahin unangefochten führenden Gruppe von Parteitheoretikern um Josef Macek, František Modráček und Evžen Štern wurden die jungen Intellektuellen besonders während der Programmdiskussion des Jahres 1930 von Antonín Hampl und dem Chefredakteur des "Právo lidu", Josef Stivín, gefördert und inhaltlich vom stellvertretenden Obmann der *Dělnická akademie*, Václav Patzak, betreut. Eine weitgehende Unabhängigkeit und Reputation erlangte diese Gruppe aber erst, als sich ihr 1933 der Hochschullehrer Josef Fischer anschloß, der schnell zu ihrem Sprecher avancierte und fortan ihr politisches Auftreten und ihre theoretischen Inhalte bestimmte<sup>407</sup>.

Im Vordergrund ihrer programmatischen Arbeit standen für die Autorengruppe das unmittelbare Ziel einer erneuten Einigung der politischen Arbeiterbewegung auf sozialdemokratischer Basis sowie die Sicherstellung ihres Einflusses im politischen System der ČSR. Im Unterschied zum Parteivorstand erachteten sie die bisherige Praxis der Regierungsbeteiligung als Voraussetzung zur Lösung der sozioökonomischen Probleme des Landes und zum sozialistischen Umbau der Gesellschaft jedoch nur als eine der möglichen Varianten zur Erreichung dieser Ziele. Ähnlich wie Josef Macek argumentierten sie, dieser politische Kurs der Partei dürfe nur so lange verfolgt werden, wie sich die Mindestanforderungen sozialistischer Programmatik in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien verwirklichen ließen. Da dies nach ihrer Ansicht in der gegebenen politischen Zusammensetzung und in Anbetracht der Bedrohung der Demokratie durch den Faschismus jedoch nicht der Fall sei, müsse die ČSD sowohl ihren Standpunkt zu aktuellen tagespolitischen Fragen als auch zu den Grundsätzen ihrer politischen Strategie überdenken, um zu "neuen Pfaden auf dem Weg zur wirklichen Macht"<sup>408</sup> zu gelangen. Als Ergebnis dieses

<sup>407</sup> Vgl. zu der allgemeinen Entwicklung der Gruppe auch J. Kuklík: Das programmatische Streben der linksgerichteten sozialdemokratischen Intellektuellen in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, in: Arbeiterbewegung und Intelligenz (1969), 93-121, S. 93-101.

<sup>408</sup> V. Patzak: Mezi dvěma sjezdy, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 213-18, S. 218.

Diskussionsprozesses könne die Arbeiterbewegung nur zu dem Schluß kommen, daß ihre überarbeitete Strategie in eine Phase sozialistischer Aktivität einmünden müsse.

Den Ansatzpunkt zur Formulierung einer neuen Parteistrategie sahen die Autoren in einer Rückkehr zu den marxistischen Grundlagen des Sozialismus. "Der Marxismus ist die sicherste Basis und die verlässlichste Richtschnur für eine theoretische Untermauerung und Begründung eines erfolgreichen Programms der Sozialdemokratie."<sup>409</sup> So sprach sich J. Popelová gegen die von der Macek-Gruppe angestrebte Verbannung des Historischen Materialismus aus der sozialistischen Ideologie aus. Der Historische Materialismus sei ihrer Meinung nach vielmehr die einzige Weltanschauung, die geeignet wäre, den sozialemanzipatorischen Kampf des Proletariats zu unterstützen. Dies gelte insbesondere in der jetzigen Phase der Krise des Kapitalismus und der Bedrohung der Demokratie durch den Faschismus<sup>410</sup>. Schon zuvor hatte Čecháček an der politischen Strategie des Parteivorstands kritisiert, daß die ČSD das Prinzip des Klassenkampfes im politischen Alltag lediglich als ein voluntaristisches Instrument der politischen Auseinandersetzung gebrauche, obwohl die Tatsache der Existenz zweier Klassen im Kapitalismus ihn nach wie vor auch als Kampfmittel legitimiere. Gehe die Partei sogar so weit, den Klassenkampf aus ihrem Programm zu streichen, würde er nicht nur als politisches Prinzip aus dem sozialistischen Denken verschwinden, sondern es würde darüber hinaus der Lehrsatz des wissenschaftlichen Sozialismus vom Gegensatz der gesellschaftlichen Klassen verleugnet<sup>411</sup>. Am deutlichsten forderte aber Patzak die offene Diskussion zur Überwindung des Nachkriegsrevisionismus ein, wie er auch für die Politik der ČSD maßgebend geworden war. Dieser habe sich seiner Meinung nach in den zwanziger Jahren besonders über die Negation der Existenz gesellschaftlicher Klassen dem ökonomischen Liberalismus angenähert und trage somit auch eine Mitschuld am politischen Aufstieg des Faschismus<sup>412</sup>.

---

<sup>409</sup> J. Stolz: Jaký dát názorový podklad programu strany, in: Dělnická osvěta 16 (1930), 166-67, S. 166.

<sup>410</sup> Vgl. J. Popelová, Obrana historického materialismu, in: Dělnická osvěta 19 (1933), S. 73-76.

<sup>411</sup> Vgl. Jar. Čecháček: O třídním boji. K diskusi o program strany, in: Dělnická osvěta 16 (1930), S. 167-71.

<sup>412</sup> "Man darf nicht die Tatsache der Klassengrundlage als Stütze der geschichtlichen Erkenntnis verwerfen, aber auch nicht als Orientierung für die sozialistische Politik. Je mehr in der Politik das Problem der Massen in den Vordergrund rückt, die durch annähernd die gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und die gleichen Schicksale uniformiert sind, wie es besonders prägnant in der Zeit der Wirtschaftskrise hervortritt, umso mehr ist es notwendig, daß der Sozialismus die Masse in sein Kalkül aufnimmt und sich bemüht, sie in den Gesetzen ihrer Reaktionen einzufangen. Erneut kehren wir zu der Anforderung der Aktivität der Massen zurück, was soviel bedeutet wie positive Arbeit gegenüber der Ratlosigkeit der Masse der Bürger und damit auch Arbeit gegen eine Überraschung von rechts. Eine passive Masse reagiert nur durch Unzufriedenheit, durch einen Ausdruck der Negation und durch Widerstand gegen die Träger des gegebenen Machtzustandes. Geht es hingegen um die politische Aktion, bildet sie nur das Objekt der Führung. Den Sozialisten darf dies nicht gleichgültig sein, und sie dürfen es nicht zulassen, daß sie sich in einer Situation wiederfinden, in der die Masse sie als Verteidiger der alten Ordnung ertappt resp. als Verteidiger des wirtschaftlichen Chaos. In außerordentlichen Zeiten wird die Masse der Bevölkerung unzufrieden und desorientiert durch eine Grundlage, wie sie bei der Entstehung des italienischen Faschismus vorlag, in der sie bei der Bildung der Machtverteilung in die Rolle des geduldeten Untergebenen ausgestoßen war. Die Sozialisten müssen sich um eine gewisse Reinheit ihres Denkens bemühen und auch um die Revision der Meinung über diese wichtige politische Aufgabe, wenn sie sich nicht in einer Situation wiederfinden wollen, welche für sie heute in Deutschland Hitler darstellt und an der sie nicht ganz schuldlos sind, denn es gibt nichts gefährlicheres als Quietismus in bewegten Zeiten. Aus diesem Grund ist es notwendig, sehr deutlich und offen unser Verhältnis zum Revisionismus der Nachkriegszeit zu revidieren." V. Patzak: Nutnost revise, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 1-3, S. 3.

Es bestand unter den verschiedenen Autoren der Konsens, daß "seit den Anfängen der sozialistischen Bewegung die objektive Situation in der Welt niemals so günstig für die Ziele des Sozialismus [war] wie heute"<sup>413</sup>. Die wirtschaftliche, soziale und politische Ordnung des Kapitalismus sei derart angeschlagen, daß sie treffliche Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus böte. Zudem sei sozialistisches Gedankengut so verbreitet, daß nicht nur einige kapitalistische Staaten sich ihrer bedienen, sondern auch die faschistischen Bewegungen hier ideologische Anleihen machten. Čecháček, der sich 1933 in einer detaillierten Studie von einem genuin marxistischen Standpunkt aus mit dem Problem kapitalistischer Konjunkturzyklen beschäftigte, teilte die von Otto Bauer auf dem Wiener Parteitag 1932 vertretene These, "daß wir an den Scheidepunkt der sozialistischen Politik kommen"<sup>414</sup> und in eine neue geschichtliche Epoche eintreten werden. Der Kapitalismus befinde sich in einem Stadium schwerer, fortlaufender Wirtschaftskrisen, die nur noch durch kurze Erholungsperioden unterbrochen sein würden. Gesellschaftspolitische Fortschritte würden sich daher mit dem bisherigen reformistischen Kurs der Sozialdemokratie nicht mehr erzielen lassen, so daß die Arbeiterbewegung erkennen werde, daß die Beendigung der Wirtschaftskrisen nur noch durch den Sturz der kapitalistischen Ordnung zu erreichen sein werde. In dieser Periode würden der reformistische und der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung keine politischen Gegensätze mehr darstellen. Sein Szenario für die unmittelbare Zukunft sieht so aus, daß auch in der ČSR die Kapitalistenklasse politisch gestärkt aus der Krise hervorgehen werde, indem sie sich der Sozialisten als Koalitionspartner entledige. An ihre Stelle werde eine starke faschistische Bewegung als wichtiger Machtfaktor im politischen System treten. Dabei ist für ihn jedoch nicht entscheidend, ob diese auf direktem oder indirektem Weg über die Faschisierung des Staatsapparates Einfluß ausüben wird. Auf wirtschaftlichem Gebiet werde sich der kapitalistische Staat mit Hilfe einer neoliberalistischen Ideologie aus der sozialen Verantwortung stehlen. Zu seinen politischen Hauptangriffszielen würden die sozialistischen Parteien und deren wirtschaftliche Organisationen. Dieser gesamte Prozeß wird für Čecháček eine Zuspitzung der Klassengegensätze zur Folge haben, woraus im Umkehrschluß wiederum eine Abwendung der Sozialisten vom reformistischen Kurs resultieren werde<sup>415</sup>. Ebenso wie für Čecháček ist es auch für Fischer in einem in etwa zeitgleich erschienenen Artikel unerheblich, ob dies die letzte Krise des Kapitalismus ist - wie es vor allem von den Kommunisten vorausgesetzt wurde. Entscheidend ist für ihn vielmehr, daß es nunmehr Zeit ist, die fortwährenden Strukturkrisen des Kapitalismus zum Beginn des sozialistischen Umbaus zu nutzen<sup>416</sup>.

Aus diesem Grund wurde die Antikrisenstrategie des Parteivorstands, die analog zu der von Rudolf Hilferding begründeten Theorie von der Wirtschaftsdemokratie darauf basierte, sich das Organisationspotential des Kapitalismus zu eigen zu machen und vom organisierten Kapitalismus direkt in die geplante Wirtschaft überzugehen, von der Gruppe in der *Dělnická akademie*

---

<sup>413</sup> J. Fischer: O další postup, in: *Dělnická osvěta* 19 (1933), 226-33, S. 226.

<sup>414</sup> Jar. Čecháček: *Marx a teorie hospodářských krisí*, Praha 1933, S. 134.

<sup>415</sup> Vgl. ebd., S. 135 f.

<sup>416</sup> Vgl. J. Fischer: O další postup, in: *Dělnická osvěta* 19 (1933), 226-33, S. 228.

nachdrücklich abgelehnt. Čecháček, der sich im Sommer 1932 mit dieser Problematik auseinandersetzte, sah drei Faktoren, die diese Strategie seiner Meinung nach unmöglich machten: Zum einen vertrat er im Gegensatz zu Hilferdings Lehre die These, daß die freie kapitalistische Wirtschaft nach wie vor durch eine Produktionsanarchie charakterisiert und daher nicht in der Lage sei, einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen und somit zwischen Über- und Unterproduktionstendenzen schwanke. Diese Produktionsanarchie zeige sich besonders deutlich während der zyklischen Wirtschaftskrisen, wenn Produktionskapazitäten abgebaut werden und Millionen von Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. Den Grund hierfür sah er einzig im Privatbesitz an Produktionsmitteln. Zum zweiten habe sich in der ČSR gezeigt, daß längst nicht alle Unternehmerinteressen in Verbänden, Kartellen oder Trusts zusammengeführt sind, sondern daß weite Teile der tschechoslowakischen Volkswirtschaft einen äußerst schwachen Organisationsgrad aufweisen. Dies gelte insbesondere für die Landwirtschaft und für den überwiegenden Teil des tertiären Sektors. Zudem nehme der Organisationsgrad der kapitalistischen Wirtschaft nach Osten hin ab, und er habe sich in der Krise als nicht dauerhaft erwiesen, was im Zerfall von Kartellen zum Ausdruck kam und somit die Aktionsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung einschränkte. Und schließlich bleibe auch der organisierte Kapitalismus in seinem Wesen kapitalistisch, d.h. die Ausbeutungsverhältnisse bleiben weiterhin bestehen. Diese Einwände führten Čecháček zu der Schlußfolgerung, daß eine geplante Wirtschaft wegen des Widerstands der Kapitalistenklasse, die niemals freiwillig ihren Besitz an Produktionsmitteln aufgeben wird, nur im Sozialismus möglich sein werde. Auch wenn die Bourgeoisie aus irgendeinem Grund zustimmen sollte, ändere dies nichts an der Tatsache, daß mit der Schaffung von Mehrwert die Ausbeutungsverhältnisse und mit der Kapitalakkumulation die kapitalistischen Machtverhältnisse weiterbestehen würden<sup>417</sup>.

Die Gruppe in der *Dělnická akademie* kam in ihren programmatischen Diskussionen dem Kurs der Parteiführung jedoch insoweit entgegen, daß sie es 1933 aufgrund der innen- und außenpolitischen Umstände als unumgänglich betrachtete, die bisherige Koalitionspolitik fortzusetzen. Damit unterschied sie sich trotz ähnlich gelagerter Kritikpunkte von den Forderungen Maceks. Nach Ansicht Fischers könne nach der Machtergreifung Hitlers niemand ernsthaft fordern, die ČSD solle zu diesem Zeitpunkt die Regierungskoalition zerschlagen. Allerdings sei es nun aber an der Zeit, daß die Regierungssozialisten auch wirklich regieren. Das bedeutete für Fischer im Sommer 1933 konkret, den Faschismus in der ČSR durch administrative Maßnahmen zu bedrängen und parallel dazu politische Fehler in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine zu korrigieren<sup>418</sup>. Zugleich müsse den bürgerlichen Partnern aber klar und unmißverständlich gesagt werden, daß sich die Sozialisten unbedingt und entschieden gegen alle Versuche einer Faschisierung des politischen Systems wenden würden. Wollten die Sozialisten die Öffentlichkeit erreichen und in ihre Gefolgschaft bringen, dann dürfe sich ihre Politik nicht nur an die Interessen der Arbeiterklasse richten. Deshalb müsse sich die ČSD von ihrer bisherigen

<sup>417</sup> Vgl. Jar. Čecháček: Plánovitě hospodářství, in: *Dělnická osvěta* 18 (1932), S. 229-33.

<sup>418</sup> Von der Behebung politischer Versäumnisse in der mindestens ebenso zentralen Frage der Nationalitätenpolitik sprach Fischer in diesem Zusammenhang nicht.

Strategie trennen, die Intelligenz und die unteren Mittelschichten über deren Pauperisierung und Proletarisierung irgendwann automatisch für den Sozialismus vereinnahmen zu können. Gelingt es dem Sozialismus in dieser Situation nicht, seine soziale Basis durch Überzeugungsarbeit um diese Schichten zu erweitern, gewönne sie der Faschismus. Aus diesem Grund sei die sofortige Erarbeitung eines sozialistischen Aktionsprogramms zur Behebung der Krisenfolgen und zur Verteidigung der Demokratie unumgänglich, das die Interessen und die Bedürfnisse der Mittelschichten, der Intelligenz und der kleinen und mittleren Bauern ebenso umfaßt wie die Belange der Arbeiterschaft<sup>419</sup>.

Übertragen auf die bisherigen Inhalte sozialdemokratischer Politik bedeuteten diese Grundsätze, daß insbesondere der Stellenwert der Sozialpolitik, der stets den Schwerpunkt in der Regierungspolitik der ČSD dargestellt hatte und innerhalb der Partei vor allem von E. Štern aus der Macek-Gruppe formuliert worden war, bzgl. seiner Richtigkeit und seiner Zweckmäßigkeit in Frage gestellt wurde. J. Pleskot, der sich dieser Problematik in mehreren Artikeln widmete, führte den Nachweis, daß die Sozialpolitik in der ČSR aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen erwachsen sei und daher lediglich deren Sicherstellung diene<sup>420</sup>. Somit sei die Sozialpolitik, wie sie auch von der ČSD verfolgt wird, nicht darauf ausgerichtet, die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten, d.h. vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln, das sich nicht nur in der Verfügungsgewalt über Gegenstände und Werte ausdrückt, sondern auch die Herrschaft über Menschen ausübt. Sie berühre lediglich die Auswüchse des Kapitalismus, indem der Umfang dieser Herrschaft über Menschen eine gewisse Einschränkung erfährt. Dennoch sei ungeachtet der sozialpolitischen Fortschritte in den letzten Jahrzehnten durch die Verbesserung der Produktionsmethoden in den Großbetrieben die Macht des Kapitalismus angestiegen, und soziale Zugeständnisse hätten die Stellung der Bourgeoisie gefestigt. Da bislang nur die Arbeiterbewegung Trägerin sozialen Fortschritts war, der Kapitalismus aus sich selbst heraus jedoch nicht zu sozialpolitischen Verbesserungen fähig ist, dürften sich die Sozialisten auch keinen Illusionen über die Reformbereitschaft im Kapitalismus hingeben und müßten immer wieder die wirkliche Funktion der Sozialpolitik im Klassenkampf bedenken. Diese stelle nämlich keineswegs einen Selbstzweck dar, sondern bestehe ausschließlich darin, den Lebensstandard des Proletariats zu einen politischen Bewußtseinsbildungsprozeß zu beschleunigen und den gesellschaftlichen Einschluß der Arbeiterbewegung strukturell mit dem Ziel zu begünstigen, die Gesellschaftsordnung zu verändern. In der augenblicklichen Situation würden die bürgerliche Wirtschaftspolitik und die sozialdemokratische Sozialpolitik ein wichtiges gemeinsames Ziel

<sup>419</sup> Vgl. J. Fischer: O další postup, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 226-33, S. 228 f.

<sup>420</sup> "Die Bedeutung der Sozialpolitik wurde in der sozialistischen Bewegung von einem falschen Standpunkt aus überbewertet, als ob die Sozialpolitik in ihren Folgen die heutige Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft umwandeln könnte. Die Ereignisse der vergangenen Jahre und die politische und wirtschaftliche Entwicklung zeigen, daß das Wesen der Sozialpolitik, nämlich die Interventionen des Staates in das Wirtschaftsleben, die 'Freiheit' der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Freiheit der Unternehmer, die Arbeitsbedingung zu regeln, die nur durch das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beschränkt ist, einschränkt, ist nicht typisch für eine soziale Bewegung und ist auch nicht ihr Monopol." J. Pleskot: Sociální politika v době krise, in: Dělnická osvěta 19 (1933), 233-35, S. 233. Vgl. auch J. Pleskot: Sociální politika a Marxismus, in: Dělnická osvěta 19 (1933), S. 49-52.

verfolgen, nämlich die Beseitigung der Wirtschaftskrise. Da diese Krisenerscheinungen jedoch systembedingt immer häufiger auftreten werden, werde es vermehrt zu einer Interessenkongruenz beider politischer Lager kommen, die die Gefahr einer Verwirrung der Begrifflichkeiten in sich berge. Mit seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik könne der Staat zwar die Folgen der Krise mildern, jedoch nicht ihre ständige Wiederkehr verhindern. Hierin bestünden folglich die Grenzen der Sozialpolitik. Aus diesem Grund zeigte sich Pleskot ablehnend gegenüber der These der Wirtschaftsdemokratie, wie sie die deutschen Gewerkschaften in den zwanziger Jahren ausgegeben hatten und wie sie seither auch von der ČSD-Führung verfolgt wurde. Nach seiner Ansicht müsse sie nicht notwendigerweise einen Schritt auf dem Weg zur Errichtung des Sozialismus darstellen, wie dies vom Reformismus Hilferdingscher Prägung idealtypisch vorausgesetzt wurde, denn in der Praxis habe sich gezeigt, daß alle Forderungen, die die Besitzverhältnisse an Produktionsmitteln zur Disposition stellten, mit der Drohung verhindert wurden, Kapital abzuziehen oder Produktionsstandorte zu verlagern. Da sich infolge des dynamischen Konzentrationsprozesses in der Industrie aber auch die Möglichkeiten für eine staatliche Sozialpolitik verändert haben, müßten sich die Sozialisten nach Pleskots Überzeugung nach neuen Wegen umsehen. Im Sommer 1930 favorisierte er noch die These Theodor Heimanns einer 'Sozialpolitik von unten', die im Gegensatz zur alten zentralistischen Sozialistationstheorie ihren Schwerpunkt nicht mehr auf die Veränderung der Besitzverhältnisse von oben legte<sup>421</sup>. Drei Jahre später sah er die einzige adäquate Strategie für den Sozialismus im Planismus nach dem Vorbild des belgischen Sozialisten Hendrik de Man<sup>422</sup>.

#### 4.4.2 Die Rezeption des Planismus durch die Parteilinke

Im Laufe des Jahres 1933 vervollständigte Hendrik de Man seine Plan-Idee, die im Oktober 1933 von den belgischen Gewerkschaften und am Jahresende auch von der Sozialistischen Partei Belgiens (POB) angenommen wurde. Der belgische 'Plan der Arbeit' appellierte an breite Schichten der Gesellschaft. Er setzte den Herausforderungen der Sozialisten durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise und der Bedrohung durch den Faschismus konkrete politische Ziele entgegen, die durch strukturelle Reformen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet erreichbar zu sein schienen, indem der bisher herrschenden Macht des Kapitals eine starke Staatsmacht gegenübergestellt wurde. De Mans 'Plan der Arbeit' überzeugte vor allem durch seine detaillierte Präzision und wurde deshalb in der Folgezeit innerhalb der europäischen Sozialistengemeinde lebhaft diskutiert. In der Rezeption des Planismus in den theoretischen Organen der ČSD wurde insbesondere positiv herausgestellt, daß er eine offensivere Formulierung sozialistischer Forderungen verlangte. Gab es im Detail große Meinungsverschiedenheiten zu de Man, läßt sich den-

---

<sup>421</sup> Vgl. zu der gesamten Argumentation J. Pleskot: Sociální politika v programu strany, in: Dělnická osvěta 16 (1930), S. 253-57.

<sup>422</sup> Vgl. J. Pleskot: Sociální politika v době krise, in: Dělnická osvěta 19 (1933), S. 233-35.

noch feststellen, daß selbst seine Kritiker vom Auftreten des belgischen Sozialisten beeindruckt waren und dieser wie kein anderer Theoretiker die Diskussionen der tschechischen und sudetendeutschen Sozialdemokraten beeinflusste.

Die Nähe der Gruppe in der *Dělnická akademie* zum belgischen Aktionsplan ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Voraussetzungen, die de Man für das Gelingen seines Planes erachtete, zum großen Teil mit den Ergebnissen der bisherigen tschechischen Diskussion übereinstimmten. So betrachtete de Man die Zusammenführung aller Teile der Arbeiterklasse und deren organisatorische Vereinigung mit den Mittelschichten, die auf der analytischen Grundlage der Mittelstandstheorie als besonders anfällig für die Versprechungen des Faschismus betrachtet wurden, als unumgänglich. Ebenso wie die ČSD-Links verlangte de Man die Auswechslung der alten Parteiführungen durch eine junge, dynamische Führergeneration, um durch die Aufgabe alter Dogmen die politisch-ideologische Grundlage für den Planismus schaffen zu können. Schließlich kam das Paradigma des belgischen Plans, sich bei seiner Durchführung auf den nationalen Rahmen zu beschränken anstatt internationalistischen Phantasmagorien hinterherzulaufen, der traditionell eher auf den eigenen Nationalstaat ausgerichteten Strategie der ČSD entgegen<sup>423</sup>.

Der größte Gegensatz bestand zu de Mans Verständnis von einer geistigen Erneuerung des Sozialismus, das er seit Mitte der zwanziger Jahre unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden der Soziologie und der Psychologie entwickelt hatte. Während die Gruppe in der *Dělnická akademie* eine ideologische Anpassung des Sozialismus an die veränderten Herausforderungen durch eine Rückkehr zu den ideologischen Grundlagen des Historischen Materialismus anstrebte, propagierte de Man eine "Verschiebung von der wirtschaftlich-deterministischen Auffassung hinweg auf eine Denkweise zu, die dem Menschen als psychologischem Reaktionssubjekt die Hauptbedeutung beimißt"<sup>424</sup>. Auf diese Weise gelangte er bis 1933 zu einer Sozialismusauffassung, "die die sozialistische Gesinnung nicht aus dem Bewußtsein von Klasseninteressen, sondern aus dem psychologischen Konflikt zwischen historisch gewordenen Wertmaßstäben und sozialen Umweltverhältnissen"<sup>425</sup> herleitete. In der Konsequenz bedeutete dies eine Überwindung des Marxismus und hatte damit eine ideologische Stoßrichtung, wie sie in der politischen Szenerie der ČSR ab Mitte der dreißiger Jahre vor allem von dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch in seinem volkssozialistischen Programm vertreten wurde. Denn sowohl der Planismus als auch der Volkssozialismus lehnten elementare Grundlagen des Marxismus ab. Dazu gehörte insbesondere die These vom stetigen Anwachsen des

---

<sup>423</sup> So begrüßte Foustka, "daß es de Man um einen Ausweg aus der Krise geht, der die Demokratie verstärkt und vertieft und der in einer neuen Wirtschafts- und Staatsform endet. Schließlich soll noch erwähnt werden ... , daß de Man ... 'einen Sozialismus in einem Land' propagiert. Er behauptet, daß die Sozialisten gegen den Kapitalismus, der sich in der Position einer staatlich geschlossenen Wirtschaft absperren wird, ersteinmal gesondert um eine jede solche Position kämpfen müssen und durch die Verwirklichung ihres Planes - jeder in seinem Land - einen Schritt zu einer besseren menschlichen Gesellschaft beitragen. Es wäre zu wünschen, daß die sozialistischen Parteien auch in anderen Ländern wie die Partei in Belgien handeln, so daß sie zunächst eine möglichst breite Diskussion über den Plan de Mans durchführen und daß sie ihren bisherigen Ansatz revidieren." R. N. Foustka: "Plán akce" Hendrika de Man, in: Naše doba 41 (1933/1934), 409-11, S. 411.

<sup>424</sup> H.de Man: Zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1926, S. 2.

<sup>425</sup> H.de Man: Gegen den Strom. Memoiren eines europäischen Sozialisten, Stuttgart 1953, S. 188.

Proletariats, aus der sich die entscheidende Rolle des Klassenkampfes und die Bedeutung der ökonomischen Basis für die reformistische Marxinterpretation ergab. Aber auch die Auffassung des Historischen Materialismus von der Determiniertheit des gesellschaftlichen Übergangs zum Sozialismus wurde von beiden Strömungen explizit in Frage gestellt. Statt dessen war de Man überzeugt von der Sogwirkung der sozialistischen Idee als Summe hehrer, humanistischer Ideale und ethischer Motive der Gesellschaft, die - gewaltfrei propagiert und ohne reine Machtpolitik unter Ausnutzung unlauterer Motive der sozial bedrohten Massen wie durch den Faschismus und den Kommunismus vorangetrieben - dem Sozialismus die Unterstützung neuer gesellschaftlicher Schichten beschern sollte. Damit erteilte er der 'proletarischen Romantik' in der europäischen Sozialdemokratie eine deutliche Absage und schrieb statt dessen den Intellektuellen eine hervorgehobene Rolle bei der Aggregation, der Formulierung und der Verbreitung der sozialistischen Idee zu<sup>426</sup>.

Die kritische Auseinandersetzung mit de Mans Verständnis von einem ethisch begründeten Sozialismus konzentrierte sich bei der tschechischen Linken vor allem auf dessen Loslösung vom marxistischen Grundsatz des Klassenkampfes und seiner Absage an die Anwendung der sog. wissenschaftlichen Gesellschaftsanalyse des Marxismus. J. Popelová, die diese Überzeugung am deutlichsten zum Ausdruck brachte, lehnte darüber hinaus besonders de Mans Schlußfolgerung ab, daß der Sozialismus unter den umworbenen Mittelschichten eine andere Agitation betreiben müsse als unter Proletariern, und kritisierte an diesem ethisch-humanistischen Sozialismus, daß er in erster Linie eine Sache der Intellektuellen sei und dies auch bleiben werde. "Der Sozialismus ist auf der Wahrheit aufgebaut. Deshalb möchte er wissenschaftlich sein und lehnt es ab, bei den Intellektuellen und den Mittelschichten anders zu agitieren als unter den Arbeitern, weil er nicht doppelzünftig sein möchte ... Sein moralisches Minimum, das er kategorisch fordert, läßt sich nicht mit den Maximalforderungen einer idealistischen Ethik gleichsetzen, doch er will es als Gegenstand der Realisierung haben, und zwar möglichst früh und nicht als Asymptote einer erdachten Welt, die sich niemals diesem armseligen Land annähert. Die Arbeiterklasse ist sich ihres Zieles bewußt, und deshalb braucht sie den wissenschaftlichen Sozialismus, der ihr für die Analyse der Realität das Mittel bereitstellt. Zahlreiche Intellektuelle sehen kein Ziel, und deshalb wollen sie einen ethischen Sozialismus, der ihnen dieses bietet. Daher denken sie auch nicht über Mittel nach und scheinen den Kampf für die Verwirklichung der Idee, wie jede grobe Arbeit, als eine Sache der Arbeiterschaft zu halten. Nur so können wir erklären, daß die deutsche Sozialdemokratie eine solche Schuld für den Sieg des Hitlerismus trägt.<sup>427</sup>"

Die Annäherung de Mans an korporative und mittelständlerische Konzepte sowie die Problematik der Vernachlässigung der Machtfrage im 'Plan der Arbeit' wurden von den Autoren hingegen nicht thematisiert. Im Gegenteil wurde seine Forderung, daß die sozialistischen Parteien gegenüber dem Faschismus aus ihrer Defensivstellung in die politische Offensive übergehen und ein Aktionsbündnis mit den Mittelschichten schließen sollen, bereits als durchaus ausrei-

<sup>426</sup> Vgl. zu dieser These besonders H. de Man: Die sozialistische Idee, Jena 1933.

<sup>427</sup> J. Popelová: O H. de Manovi a o etickém socialismu, in: Dělnická osvěta 20 (1934), 116-20, S. 119 f.

chende Behandlung dieser Problematik verstanden<sup>428</sup>. Diese Übereinstimmung war vor allem darin begründet, daß de Mans Analyse der Folgen der Wirtschaftskrise den Ansichten der Theoretiker in der *Dělnická akademie* deutlicher entgegenkam. De Man ging davon aus, daß die fortschreitende Reduzierung der Produktionsvolumina auch die absolute Größe der Arbeiterklasse verringere, wohingegen die Zahl der Angehörigen der Mittelschichten sich vergrößere. Als Folgen der Rationalisierung und Automatisierung produziere der Kapitalismus in seinem jetzigen Krisenstadium einerseits immer mehr Arbeitslose, andererseits aber auch mehr Angestellte. Diese seien im Gegensatz zu früheren Zeiten aber nicht mehr nur individuell von der Proletarisierung bedroht, sondern erstmals in ihrer Gesamtheit. Aufgrund ihres Standesbewußtseins würden sie ihre objektiv feststellbare Proletarisierung jedoch nicht subjektiv wahrnehmen. Auf der Grundlage seines sozialpsychologischen Ansatzes vertrat de Man die These, daß diese Mittelschichten nicht als grundsätzliche Gegner des Kapitalismus zu betrachten seien, sondern sich zu Recht nur gegen die Macht des Finanzkapitals und des Monopolkapitalismus wenden, die das derzeitige Wirtschaftschaos zu verantworten hätten und es auch immer wieder reproduzieren würden. Diese These deckte sich durchaus mit Čecháček's Ergebnissen aus der Analyse der kapitalistischen Wirtschaftszyklen, und auch R. N. Foustka bestätigte de Man, daß er richtig erkannt habe, daß die wirtschaftliche Entwicklung der zurückliegenden Jahre "1. durch den Übergang der wirtschaftlichen Macht aus der Hand des Industriekapitals in die Hände des Finanzkapitals, und 2. durch die Flucht der freien internationalen Konkurrenz und durch die Einschließung in die Grenzen einzelner Staaten" gekennzeichnet sei und eben diese Entwicklung zur Massenarbeitslosigkeit und zur Proletarisierung der Mittelschichten führte. "Aber de Man gibt sich nicht mit der Konstatierung dieser Merkmale zufrieden wie viele vor ihm. Sein großes Verdienst besteht gerade darin, daß er hieraus praktische Schlußfolgerungen zieht. Er zeigt, daß die sozialistischen Parteien bislang nicht begriffen haben, daß diese Veränderungen notwendigerweise das Weltgeschehen sowie die soziale und politische Gestalt der Welt verändern und daß dieses von den sozialistischen Parteien eine neue Orientierung und neue Methoden erfordert."<sup>429</sup>

Ähnlich wie die Gruppe in der *Dělnická akademie* warf auch de Man seiner Partei auf politischem Gebiet vor, sie verfüge über keine praktikablen Konzepte zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und betreibe auf politischem Gebiet mit ihrer reformistischen Linie nur eine Defensivpolitik, die der Aggressivität des Faschismus nichts entgegenzusetzen habe. Die Ursache hierfür liege seiner Ansicht nach vor allem in einem sich ständig ausweitenden Spannungsverhältnis zwischen den dogmatischen gesellschaftspolitischen Maximalforderungen sozialistischer Programmatik und einem praktischen sozioökonomischen Handlungs- und Reformdruck, der die Spielräume zur Verwirklichung derartiger Forderungen täglich verkleinere. Als einzigen gangbaren Ausweg aus diesem realpolitischen Dilemma betrachtete er die Möglichkeit, "die schöpferische Kraft der Idee ... zu entfalten, auf ein konstruktives Ziel zu lenken, in geistige,

<sup>428</sup> Vgl. R. N. Foustka: "Plán akce" Hendrika de Man, in: Naše doba 41 (1933/1934), 409-11, S. 409.

<sup>429</sup> R.N. Foustka: De Manův návrh cesty z krise, in: Dělnická osvěta 20 (1934), S. 109-11.

politische, organisatorische Macht umzusetzen"<sup>430</sup>. Hierzu bedürfe es eines präzise ausgearbeiteten Plans, der der Öffentlichkeit ohne die Aufnahme genuin sozialistischer Forderungen in Form eines möglichen Regierungsprogramms präsentiert werden könne.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen forderte der 'Plan der Arbeit' als Voraussetzung für den Regierungseintritt der POB Strukturreformen, die auf eine gemischte Wirtschaftsform hinausliefen. Er strebte einen nationalisierten Sektor an, in dem das gesamte Bankwesen, die Energiewirtschaft und die monopolisierte Schwerindustrie staatlicher Kontrolle zu unterstellen seien. Ohne die privaten Besitzverhältnisse anzutasten, sollte der Staat nach Maßgabe des Plans über einen autonomen Wirtschaftsrat und nachgeordnete Kommissariate die Produktion in diesem Bereich staatlich kontrollierter Wirtschaft unter Anwendung eines Fünf-Jahresplans lenken. Mittels flankierender Maßnahmen, die allesamt an den *New Deal* der Roosevelt-Administration erinnerten (Arbeitszeitverkürzung, Lohnminimum, öffentliche Arbeiten etc.) sollten durch die Verdoppelung der Kaufkraft nach fünf Jahren auch die Nachfrageseite gestärkt und nachfolgend positive Effekte für die Ankurbelung der Binnenkonjunktur und damit günstige Voraussetzungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum erzielt werden. Dem nationalisierten sollte ein entmonopolisierter, deregulierter privater Sektor gegenüberstehen. Auf konstitutioneller Ebene war vorgesehen, durch eine Parlamentsreform das Einkammersystem sowie außerparlamentarische Konsultativräte einzuführen, um einerseits die für das Gelingen des 'Plans der Arbeit' erforderliche Sozial-, Finanz- und Fiskalpolitik sicherzustellen und andererseits das politische System gegenüber den Angriffen seiner Gegner resistenter machen zu können.

Ungeachtet der starken Ablehnung der ideologischen Grundlagen von de Mans ethischem Sozialismus wurde der belgische 'Plan der Arbeit' von den Sozialisten in der *Dělnická akademie* als richtiger Schritt befürwortet, und seine Grundelemente fanden sich nicht nur im Antikrisenprogramm der ČSD-Führung, sondern auch in den nachfolgenden Vorschlägen der Parteilinken wieder. Besonders der ganzheitliche Ansatz des Planismus beeindruckte und überzeugte die Autoren, da er sich in seiner Konsequenz durchaus mit ihrer marxistischen Fundamentalkritik am sozialistischen Reformismus vereinbaren ließ. So schrieb Foustka im Frühjahr 1934, "die Zeit der Teilreformen ist vorbei. Die reformistische Taktik hatte Erfolg in Zeiten, als der Kuchen, von dem wir alle leben, wuchs, so daß sich das Kapital überreden ließ, den arbeitenden Schichten davon ein größeres Stückchen abzugeben. Heute aber verteidigt es dieses, nachdem der Kuchen schrumpft. Es ist notwendig, sich die Macht im Staat anzueignen. Doch auf dem gewaltsamen Weg geht dies nicht, denn die Gegenseite regiert mit besseren Kampfmitteln. Es bietet sich also nur der Weg der Demokratie an und de Man glaubt an ihn - als Voraussetzung, damit neue Methoden des politischen Kampfes angewendet werden."<sup>431</sup> Übertragen auf einen tschechischen Aktionsplan hieße dies, daß er die Form eines Programms haben müsse, mit dem die bisherige Gesellschaftsordnung schon morgen verändert werden könne. Es müsse so formuliert sein, daß es Arbeiter und Mittelschichten gleichermaßen anspreche, indem es sich auch wahrhaftig der Probleme der Mittelschichten annehme und beide Klassen gegen ihren gemeinsamen

<sup>430</sup> De Man (1933), a.a.O., S. 343.

<sup>431</sup> R.N. Foustka: De Manův návrh cesty z krise, in: *Dělnická osvěta* 20 (1934), 109-11, S. 109.

Feind - das Finanzkapital und das monopolisierte Industriekapital - führe. Die ČSD müsse, wie es de Man richtig formulierte, den Mittelschichten verdeutlichen, daß die kommende Gesellschaftsordnung besser sei als die jetzige. In ihrem Kern ist die Maßgabe Foustkas für diesen Plan jedoch weitreichender als bei den belgischen Sozialisten. Denn er sagt, "die Demokratie verteidigen wir nicht nur durch die Verteidigung ihrer heutigen unvollkommenen Form. Vor dem Faschismus schützen wir uns nicht durch einen ausschließlichen 'antifaschistischen Kampf'. Die Demokratie läßt sich einzig durch die Verwirklichung des Sozialismus schützen."<sup>432</sup>

Die einzigen Vorbehalte in der ČSD gegenüber dem Planismus kamen aus den Reihen der ehemaligen Kommunisten. Arno Hais, der ein Gründungsmitglied der KPTsch war und nach seinem Parteiausschluß 1930 wieder in die ČSD eingetreten war, begrüßte unmittelbar nach dem Parteitag der belgischen Sozialdemokraten zwar, daß die europäischen Sozialisten mit der Formulierung ihrer verschiedenen Pläne demonstrieren würden, daß sie eine klare Vorstellung über das Aussehen der zukünftigen Wirtschaftsform hätten, dennoch müsse konstatiert werden, daß auch de Man "mit einer Fiktion rechnet, mit der Marxisten nicht rechnen dürfen und können. Deshalb bleibt auch sein Plan wie alle vergleichbaren Pläne zuvor nur auf dem Papier stehen." Diese These begründete Hais damit, daß bislang alle Pläne von der Annahme ausgingen, daß eine Planwirtschaft auch im Kapitalismus möglich sei. "Theoretisch läßt sich dies zwar nicht ausschließen, aber bei der praktischen Durchführung stößt jeder, der sich darin versuchen würde, auf das Grundprinzip der gegenwärtigen Gesellschaft - das Privateigentum. Seine Verteidiger sind nicht nur die Besitzklassen, sondern auch die Regierungen und die Staatsmacht, die keineswegs über den Klassen stehen, sondern in ihrem Wesen die Exekutive der entscheidenden Wirtschaftsschichten sind." Schon früher wurden derartige Versuche unternommen und diese sogar als Sozialisierung ausgegeben. Insbesondere in der Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit wurde selbst von bürgerlichen Ökonomen versucht, gemischte Wirtschaftsformen zu etablieren. Diese Absichten verschwanden aber unmittelbar mit dem Einsetzen einer wirtschaftlichen Erholung. "Nicht ein einziger von ihnen wurde angenommen, genehmigt und darüber hinaus auch durchgeführt. Auch die damaligen politischen Verhältnisse waren für ihre Verwirklichung günstiger als heute. Alle gaben sich der falschen Hoffnung hin, daß der Staat etwas unparteiisches ist, dem es nur um das Wohl und Wehe der ganzen Bevölkerung geht, und daß es reicht, einen Plan einzubringen, der zu einem besseren Morgen führt, damit sich die Kräfte für seine Durchsetzung finden."<sup>433</sup> Aus diesem Grund warnte Hais vor der optimistischen Annahme, daß sich die Vertreter der alten Ordnung diesmal freiwillig einem Aktionsplan der Sozialisten unterwerfen würden, wenn sie tatsächlich zusammen mit den Mittelschichten eine parlamentarische Mehrheit finden sollten.

---

<sup>432</sup> Ebd., S. 110.

<sup>433</sup> A. Hais: Belgický hospodářský plán, in: Dělnická osvěta 20 (1934), 9-14, S. 14.

#### 4.4.3 Das Programm "Was wollen die Sozialisten?"

Den Höhepunkt der programmatischen Diskussion der innerparteilichen Linken bildete die synthetisierende Schrift "Co chtějí socialisté?" ("Was wollen die Sozialisten?"), in der Ende 1934 unter einbindender Mitwirkung von Vertretern der Macek-Gruppe sowie von Jaromír Nečas aus der Führungsgarnitur der Partei 70 Thesen formuliert worden waren, mit denen im Gegensatz zum Antikrisenprogramm des Parteivorstands ein aktiveres Auftreten der Sozialdemokraten zur Veränderung der ökonomischen und politischen Situation in der ČSR gefordert wurde. Das Programm verfolgte ähnlich wie der belgische 'Plan der Arbeit' das Ziel, durch das Aufzeigen einer alternativen Entwicklungsmöglichkeit zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung zu gelangen, die sowohl über die engen Grenzen des bestehenden Parteiwesens als auch über Klassengrenzen hinausging. Die Schrift stellte keine originäre Arbeit dar, sondern verarbeitete wie die gesamte bisherige Diskussion der Gruppe in der *Dělnická akademie* mehrere Diskussionsstränge der zeitgenössischen europäischen Reformdebatte (H. de Man, O. Bauer, F. Dan, W. Sombart, J.M. Keynes u.a.) und war bestrebt, diese zu einem Programm zusammenzufügen, daß vor allem auf die politischen und sozioökonomischen Verhältnisse in der ČSR ausgerichtet war und zu einem "neuen Denken über die Aufgaben und Bemühungen der Sozialisten"<sup>434</sup> aufrief. Als solches war die Schrift als theoretische Plattform für eine Neuausrichtung sozialdemokratischer Politik konzipiert worden. Es ging den Autoren also nicht um den Entwurf und die Definition "eines Bildes einer fertiggestellten sozialistischen Ordnung", sondern es handelte sich um einen Aktionsplan für die "jetzige Zeit der Kämpfe"<sup>435</sup>. Deshalb nahm das Programm auch nicht zu allen gesellschaftspolitischen Forderungen des Sozialismus Stellung, sondern versuchte, Antworten und politische Strategien zur Bewältigung der aktuellen Krise der Demokratie, des Sozialismus und der Wirtschaft zu geben. Den zentralen Punkt des Programms bildete die Forderung, die Sozialdemokratie müsse ihren Machtwillen und ihren Führungsanspruch artikulieren und transportieren. Hierin manifestiert sich deutlich der Einfluß de Mans.

Den ersten Ansatzpunkt der Überlegungen bildet die Weltwirtschaftskrise. Es wird versucht, einen sozialistischen Ausweg aus der komplexen Problematik zu skizzieren, indem die Sozialisten die Krise als Ausgangspunkt für ihren Willen zum Umbau der Gesellschaft begreifen. Grundlegend und richtungsweisend hierfür ist die Kennzeichnung der derzeitigen Krise als den Beginn einer Krise des kapitalistischen Systems. "Der Kapitalismus ist eine historische Erscheinung, die ihre Aufgabe erfüllt hat; er hat sich sowohl wirtschaftlich und sozial als auch kulturell überlebt. Und es gibt keine Rückkehr in die Geschichte. Die Zukunft der europäischen Zivilisation läßt sich nur in einer sozialistischen Ordnung sicherstellen, die sich um eine rationale, wissenschaftliche Organisation des gesellschaftlichen Lebens bemüht."<sup>436</sup> Aus diesem

---

<sup>434</sup> Co chtějí socialisté? S úvodním slovem posl. Františka Tomáška, Praha 1934, S. 3.

<sup>435</sup> Ebd., S. 6.

<sup>436</sup> Ebd., S. 45.

Grund sei es notwendig, die Wirtschaftskrise "zum Beginn des Umbaus zu nutzen und sicherzustellen, daß dieser Weg zum Sozialismus führt"<sup>437</sup>.

Einen durchaus gleichrangigen Ausgangspunkt für das Programm bildet die Auffassung vom Wesen und der sozialen Funktion des Faschismus und seiner Bedrohung für das gesellschaftspolitische Streben des Sozialismus. Die hierzu getroffenen Aussagen decken sich im wesentlichen mit den Ergebnissen der Faschismusanalyse durch Čecháček. So bringt das Programm die Entstehung des Faschismus in einen eindeutigen Zusammenhang mit der Krise des Kapitalismus. Gestützt auf die von Wirtschaftskrise und sozialer Not betroffenen Mittelschichten, sei der Faschismus "im wesentlichen ein Instrument zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus". Hierzu trete er lediglich "in einer neuen Maske"<sup>438</sup> auf, sei aber wie andere reaktionäre Bewegungen vor ihm nur darauf terminiert, Demokratie und Sozialismus als Antworten auf den gesellschaftlichen Gegensatz von Arbeit und Kapital im Kapitalismus zu unterdrücken und dadurch die existierenden Klassengegensätze und Ausbeutungsverhältnisse zu konservieren. Die vom Faschismus angestrebte ständische Gliederung der Gesellschaft stelle dabei sowohl die letzte Form der Klassenherrschaft als auch ein Betrugsmanöver dar. Denn zum einen könne nichts über den klassenbedingten und reaktionären Charakter des Faschismus hinwegtäuschen, zum anderen "läßt sich die Ständeordnung nicht mit der Souveränität des Volkes vereinbaren"<sup>439</sup>, so daß die Errichtung eines Ständestaates zwangsläufig in die Diktatur münden werde.

In einer für die sozialistische Weltsicht typischen Weise sehen die Autoren die Entwicklung in Europa zwischen den beiden Polen faschistische Reaktion und demokratischer Sozialismus verlaufend. Aus dieser Dialektik leiten sie den Anspruch ab, daß es Aufgabe aller sein muß, die sich zum Sozialismus und zur Demokratie bekennen, dem Angriff des Faschismus mit allen Mitteln Widerstand zu leisten. Wie die überwiegende Mehrzahl der sozialistischen Theoretiker in Europa unterliegt aber auch die Gruppe in der *Dělnická akademie* dem Trugschluß, daß die "faschistischen Diktaturen ihren Gipfel bereits überschritten haben, ... daß sie sich nicht halten werden und daß aus der unterdrückten Freiheit die Aussicht auf eine blutige Zerrüttung hervorgeht." Übertragen auf den antifaschistischen Kampf in der ČSR heißt das für sie, daß "nur der Sozialismus die Republik gegen den internationalen Faschismus widerstandsfähig machen und ihr revolutionäre Abwehrmöglichkeiten verleihen kann, wenn sie angegriffen werden sollte"<sup>440</sup>.

Hinter dem Anspruch, die parlamentarische Demokratie und die nationale Eigenstaatlichkeit der ČSR könnten nur durch den Sozialismus vor dem Ansturm des Faschismus verteidigt werden, steckt eine Demokratieauffassung, die die Begriffe 'Demokratie' und 'Sozialismus' als untrennbare Synonyme begreift. Demgegenüber stellen Demokratie und Kapitalismus in den Augen der sozialistischen Analytiker zwei unüberbrückbare Gegensätze dar<sup>441</sup>. Die Ursache für die

---

<sup>437</sup> Ebd., S. 12.

<sup>438</sup> Ebd., S. 16.

<sup>439</sup> Ebd., S. 11.

<sup>440</sup> Ebd., S. 52.

<sup>441</sup> "In ihm [dem Kapitalismus, C.S.] gibt es keine Freiheit für den arbeitenden Menschen, denn er ist auch bei der kollektiven Organisation auf die Arbeits- und Lebensbedingungen angewiesen, die überwiegend vom Kapital bestimmt werden. Der arbeitende Mensch ist nicht gleichberechtigt, denn er hat keinen ausreichenden Anteil an der wirtschaftlichen Macht und deshalb auch keinen Einfluß auf die Organisation der Wirtschaftstätigkeit. Es gibt

derzeitige Krise der Demokratie sehen die Autoren dadurch bedingt, daß sie nur politisch aufgefaßt werde und ihr somit die erforderliche soziale und wirtschaftliche Verankerung sowie ihre Implementierung in ein internationales System kollektiver Sicherheit fehle. Ihre Priorität setzen die Autoren auf das Erfordernis einer parallelen Demokratisierung und Sozialisierung des ökonomischen Sektors und begründen diese These marxistisch damit, daß "die sich aus dem Eigentum an Produktionsmitteln und am Finanzkapital ergebende wirtschaftliche Macht absoluter, unkontrollierbarer und gefährlicher ist als jede politische Macht"<sup>442</sup>. Die gesellschaftliche Kontrollierbarkeit der wirtschaftlichen Machtfaktoren durch Übertragung der Prinzipien der politischen Demokratie auf den wirtschaftlichen Sektor werde folglich auf den Sozialismus hinauslaufen.

Der Wirtschafts- und Sozialplan des Programms kombiniert Strukturveränderungen in der Wirtschaftstätigkeit des Staates als wirtschaftsplanender Instanz mit einem sozialistischen Umbau der Produktionstätigkeit. Als grundlegenden Schritt zur Demokratisierung des Wirtschaftslebens betrachten die Autoren die Verstaatlichung des Bankwesens - insbesondere der Nationalbank -, um den konjunkturellen Aufschwung mit zinsgünstigen Krediten ankurbeln zu können, sowie ein neues Besteuerungssystem, das durch die Einführung einer Steuerprogression die Einnahmeseite des Staates sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll heben könnte. Die Demokratisierung resp. Sozialisierung der übrigen Wirtschaftszweige werde schrittweise erfolgen. Z.Zt. seien lediglich die Grundstoff-, die Schwer- und die Rüstungsindustrie zu kollektivieren. Die avisierten Maßnahmen in der Sozial- und Agrarpolitik deckten sich im wesentlichen mit den Plänen des Parteivorstands und lassen deutliche Einflüsse von Roosevelts *New Deal* erkennen, und auch die Ansicht über die temporär führende Rolle des Staates im Übergangsprozeß sowie über die Bedeutung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung stimmten mit denen der ČSD-Führung überein<sup>443</sup>.

Mit diesem Demokratieverständnis unterschied sich das gesellschaftspolitische Konzept der Gruppe in der *Dělnická akademie* von den Sozialismusmodellen in anderen europäischen Arbeiterbewegungen - besonders aber von den bisherigen Diskussionen im deutschsprachigen Raum. Denn die Schrift "*Co chtějí socialisté?*" betrachtete Demokratie und Sozialismus als gleichrangige Faktoren im sozialemanzipatorischen Kampf der Arbeiterklasse. Das von den Autoren favorisierte Konzept eines demokratischen Sozialismus erhob den Anspruch einer individualistischen Gesellschaftsordnung, welches erstmals in der Geschichte ein "Höchstmaß an Freiheit mit einem Höchstmaß an Gleichberechtigung verbinden muß und das Individuum mit der Gesellschaft in Einklang bringt. Diese Bemühung gründet sich auf die Anerkennung des Wertes menschlichen Lebens und zielt auf die Erhebung jedes Mitglieds der Gesellschaft zur menschlichen Würde ab. Es fordert daher das Recht auf Selbstbestimmung der Individuen oder der Nationen und beides im Rahmen einer breiteren Gemeinschaft. Es fordert individuelle und

---

keinen Ausgleich zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, denn eine kleine Schicht hält diese Macht und lenkt das Ganze. Es gibt kein Ebenmaß zwischen einzelnen Teilen des gesellschaftlichen Lebens, denn die Wirtschaft ermächtigt sich alles anderen." Ebd., S. 9.

<sup>442</sup> Ebd., S. 7.

<sup>443</sup> Vgl. ebd., S. 25-43.

soziale Gerechtigkeit. Das Gemeinwohlinteresse ist dabei die gerechte Ordnung, in deren Grenzen die Freiheit gelten soll. Die Grundlage der Verantwortung ist ein Gegengewicht zum Anspruch auf Mündigkeit ... Nur der Sozialismus kann die Demokratie wirklich und nachhaltig durchführen und organisieren."<sup>444</sup> Folgerichtig könne der Kampf um den demokratischen Sozialismus nicht die "Sache einer einzigen Klasse oder einer einzigen Richtung sein, sondern muß zum Anliegen der ganzen Gesellschaft werden". In der Praxis werde sich der Sozialismus bei der Verwirklichung seines Aktionsplans zwar vorrangig auf die Arbeiterklasse stützen, da sie aufgrund ihres gesellschaftspolitischen Interesses und des von ihr durchschrittenen Prozesses zur Ausbildung des Klassenbewußtseins "den führenden Träger und die organisatorische Basis der sozialistischen Bewegung"<sup>445</sup> darstelle. Ohne Mitwirkung der gesellschaftlichen Mittelschichten und ohne Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse im sozialistischen Aktionsplan werde der demokratisch-sozialistische Umbau der Gesellschaft jedoch nicht erfolgen können. Der gesamte Bereich der Frage, wie die hierzu erforderlichen taktischen Bündnisse abzuschließen seien, bleibt jedoch unerörtert und stellt somit ein beträchtliches Defizit dieser Konzeption dar.

Als politische Partner für die Umsetzung ihres Aktionsplans galten den Autoren die übrigen sozialistischen Parteien in der ČSR, aber auch alle demokratischen Kräfte, sofern eine Zusammenarbeit mit ihnen für die Verwirklichung des sozialistischen Aktionsplans von Vorteil wäre. Mit ihnen solle sich ohne nennenswerte Probleme "die politische Grundlage für ein gemeinsames Auftreten der Arbeiterschaft und der Mittelschichten zum aktiven Kampf für den Sozialismus"<sup>446</sup> erreichen lassen. Im Hinblick auf die Gewinnung der nicht-tschechischen Sozialisten kam jedoch der Behandlung der nationalen Frage im Programm eine gesteigerte Bedeutung zu. Zwar wurde die Brisanz nationaler Konflikte für die innenpolitische Stabilisierung der ČSR erkannt, doch die Autoren entwickelten vor dem Hintergrund des bei ihnen existierenden Primats der Wirtschaftspolitik ebenso wie der ČSD-Vorstand kein umfassendes Konzept zur Lösung der nationalpolitischen Anliegen der ethnischen Minderheiten. Im Programm ist nur ganz allgemein davon die Rede, daß die nationalen Minderheiten über die Gewährung von Rechtsgleichheit für den tschechoslowakischen Nationalstaat gewonnen werden sollten. Zugleich wird dieser Gedanke aber auf die Erfüllung kultureller Erfordernisse reduziert, d.h. explizit auf schulische und kulturelle Selbstverwaltung und erst nachrangig auf eine stärkere Beteiligung der Minderheiten an der öffentlichen Verwaltung sowie auf nicht näher spezifizierte Modifikationen an der Sprachenpraxis. Der Träger dieser Reformen soll die Staatsverwaltung sein. Ein nationaler Ausgleich mit Rückwirkungen auf die verfaßte Staatskonstruktion blieb also ausgeschlossen. Damit folgten die Autoren im wesentlichen der bisherigen nationalpolitischen Doktrin des Staates, von der aufgrund der ethnischen Festlegung der Staatskonzeption die gewünschte Integrationswirkung für die nationalen Minderheiten nicht hatte ausgehen können. Umso interessanter ist hingegen, daß im Programm im Gegensatz zum politischen *Mainstream* in der ČSR die na-

---

<sup>444</sup> Ebd., S. 8.

<sup>445</sup> Ebd., S. 14.

<sup>446</sup> Ebd., S. 15.

tionale Einigung zwischen den Tschechen und den Slowaken als ein nach wie vor offener Prozeß verstanden wird. Alle bislang existierenden nationalen Unterschiede zwischen beiden werden von den Autoren als "das Ergebnis einer unterschiedlichen kulturellen, sozioökonomischen und politischen Entwicklung" betrachtet, die ein verschiedenes nationales und politisches Bewußtsein hervorgerufen hat. Aus diesem Grund müsse es ebenso Aufgabe des sozialistischen Aktionsplans sein, "durch kulturerezierische Arbeit, durch politische Demokratie und vor allem durch eine Angleichung des sozialen und ökonomischen Niveaus"<sup>447</sup> zu einem Ausgleich zwischen den beiden Zweigen der Staatsnation zu gelangen.

Da der sozialistische Umbau der Gesellschaft in den Augen der Autoren "nicht nur eine Sache der theoretischen Formulierung, sondern vor allem eine Angelegenheit des bewußten Machtkampfes" darstellt, vertreten sie die Ansicht, daß die Sozialdemokraten ebenfalls die Kooperation mit der KPTsch anstreben müssen. Hierin unterschieden sich ihre Auffassungen also deutlich von der Strategie des Parteivorstands, aber auch von der DSAP-Führung, die beide eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten stets nachdrücklich abgelehnt hatten. "Vergessen wir nicht, daß die Kommunisten ebenfalls von der ideologischen Basis des Sozialismus ausgehen, wengleich wir mit ihnen in der Taktik und in der Einstellung zu den demokratischen Methoden nicht übereinstimmen. Trotz aller Streitigkeiten sind wir der Überzeugung, daß wir mit ihnen notwendigerweise bei der Verteidigung der demokratischen Rechte der Bevölkerung und beim Aufbau des Sozialismus zusammenarbeiten werden."<sup>448</sup> Interessanterweise stützen die Autoren diese Einschätzung nicht auf die innerparteiliche Entwicklung der KPTsch, sondern auf die Veränderung des außenpolitischen Kurses der UdSSR. Es wird aber auch deutlich gemacht, daß diese mögliche Zusammenarbeit nicht auf eine sozialistische Einheitsfront nach den Vorstellungen der KPTsch hinauslaufen könne, sondern daß es sich hierbei lediglich um eine politische Plattform handeln würde, in der die Sozialdemokraten stets das Heft des Handelns in ihren Händen behielten.

Ebenso wie das Parteizentrum forderte auch die innerparteiliche Linke keine gesellschaftliche Revolution nach sowjetischem Vorbild, sondern gedachte, den sozialistischen Umbau auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie in Angriff zu nehmen. Auf politisch-institutionellem Gebiet fordern die Autoren deshalb in Ergänzung zur Sozialisierung im Wirtschaftssektor eine weiterführende Demokratisierung des parlamentarischen Systems und der staatlichen Institutionen. Dabei geht es ihnen insbesondere um eine Vereinfachung der Entscheidungsfindungsprozesse, um eine stärkere Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Verwaltung und um eine parlamentarische Kontrolle über den Staatsapparat. Dies muß vor allem als demokratiethoretischer Vorbehalt gegenüber der seit dem Sommer 1933 infolge der Ermächtigungsgesetze üblichen Praxis verstanden werden, Antikrisenpolitik unter Umgehung der parlamentarischen Legitimierung zu betreiben, sowie ferner an der herausragenden Bedeutung der Staatsverwaltung im politischen System der ČSR, die sich zudem über die existierenden politischen Erbhöfe einzig unter der Kontrolle einzelner politischer Parteien befand. Auf der Grundlage der bereits beschriebenen

---

<sup>447</sup> Ebd., S. 20.

<sup>448</sup> Ebd., S. 15.

Kritik an der parlamentarischen Demokratie in der ČSR fordern die Autoren, das Parlament müsse die öffentliche Meinung mehr berücksichtigen und der einzelne Abgeordnete solle bei seinen Entscheidungen mehr seinem Gewissen und nicht der Fraktionsdisziplin folgen<sup>449</sup>.

Zu den Thesen über die zukünftige Entwicklung der politischen Parteien griff das Programm ebenfalls die Ergebnisse der Diskussionen seit den späten zwanziger Jahren auf und forderte analog hierzu, diese müßten endlich einen entsprechenden innerparteilichen Demokratisierungsprozeß einleiten. Um kompetente und glaubhafte Träger des sozialistischen Aktionsprogramms sein zu können, müßten sie zu kritikfähigen, toleranten und offenen Institutionen werden. Insgesamt sollten sie aber auch weiterhin die wichtigsten Organe der politischen Demokratie bleiben. Grundsätzlich befürworteten die Autoren die Koalitionspraxis. Dieser Grundsatz war auch vom marxistischen Flügel in der ČSD niemals grundsätzlich in Frage gestellt worden<sup>450</sup>. Für die eigene Partei fordern sie aus der bisherigen Erfahrung jedoch, sie müsse sich mehr vom Einfluß der Agrarpartei emanzipieren, indem sie sich darauf besinne, daß ihre Stärke aus der organisierten Arbeiterbewegung komme. Deshalb solle sich die ČSD der alten Methoden und des überkommenen Stils, Politik zu betreiben, entledigen und künftig auch außerparlamentarische Wege zur Durchsetzung ihrer Ziele einschlagen<sup>451</sup>.

Doch gerade dieser Punkt war für den Parteivorstand unannehmbar. Er hatte sich zwar mehrfach für politische Reformen ausgesprochen. Diese zielten jedoch nur auf die Funktionsweise des politischen Systems und stellten keinesfalls das bisherige Selbstverständnis und die Organisationsstrukturen der politischen Parteien infrage. Diese konservative Haltung wurde von der Parteiführung nicht zuletzt auch mit der politischen Bedrohung der Demokratie durch Faschismus und Reaktion sowie mit der Notwendigkeit begründet, im Zustand des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' könne Politik im Interesse der Arbeiterklasse nur über den Ausbau von Machtpositionen der Partei betrieben werden. Diese gegensätzliche Auffassung zwischen den Intellektuellen in der *Dělnická akademie* und dem Parteizentrum war damit der Hauptgrund, daß das Programm, das innerhalb der Partei großen Anklang fand, keine Chance auf Verwirklichung hatte. Doch auch im Falle einer Unterstützung durch den Parteivorstand scheint es fraglich, ob sich unter den übrigen Parteien, die in ihren jeweiligen Bereichen alle vom Zustand des politischen Systems profitierten, Mehrheiten zur Aufbrechung bestehender Strukturen hätten finden lassen. Somit blieb das Programm zunächst nur ein Desiderat von - sicherlich berechtigten - Forderungen einer Gruppe von Intellektuellen, das vor allem daran krankte, daß es für die avi-

---

<sup>449</sup> Vgl. ebd., S. 16 ff.

<sup>450</sup> So hatte Čecháček in einer Stellungnahme zu den politischen Prinzipien im neuen Parteiprogramm die These vertreten, daß das Problem der Beteiligung der ČSD an einer Regierung mit bürgerlichen Parteien gut gelöst worden war. Erstens verweise es darauf, daß man sich in einer geschichtlichen Phase befinde, in der die Bourgeoisie zu schwach sei, aus eigener Kraft eine Regierung zu bilden. Andererseits sei das Proletariat noch nicht stark genug, eigenständig die Regierungsgewalt übernehmen zu können. Somit sei die Koalitionsregierung der adäquate Ausdruck der politischen Machtverhältnisse. Zweitens werde im Programm darauf verwiesen, daß die Mitwirkung der ČSD in der Koalition keine strategische Entscheidung, sondern ein taktisches Mittel zur Steigerung der politischen Macht der Arbeiterklasse sei, so daß es unter diesem Gesichtspunkt ebenfalls theoretisch korrekt den aktuellen Machtverhältnissen entspreche. Vgl. Jar. Čecháček: Politické principy programu, in: *Dělnická osvěta* 16 (1930), S. 247-52.

<sup>451</sup> Vgl. *Co chtějí socialisté?* (1934), S. 15 f.

sierten Strukturreformen unter den politischen Akteuren in der ČSR keine Mehrheit finden konnte. Dessen ungeachtet fand die Gruppe in der *Dělnická akademie* mit ihren demokratietheoretischen Vorstellungen einen starken Rückhalt in der tschechischen Gesellschaft. Dies bewirkte nicht zuletzt, daß der Parteivorstand sie nicht mit ähnlich restriktiven Mittel bekämpfen konnte, wie z.B. andere Oppositionsgruppen innerhalb der DSAP und in der KPTsch. Doch erst im Frühjahr 1938 gelangte die Gruppe erneut in die Situation, die strukturpolitischen Reformvorstellungen des Programms aus dem Jahr 1934 in dem Petitionsausschuß 'Wir bleiben treu!' (PVVZ) aufgreifen zu können. Wie in Kap. 8 noch darzustellen sein wird, initiierte die Gruppe in der *Dělnická akademie* mit weiteren Kulturschaffenden und Repräsentanten des öffentlichen Lebens eine breite Bewegung in der tschechischen Gesellschaft, die den Kampf gegen den Faschismus und für die nationalstaatliche Unabhängigkeit auf den außerparlamentarischen Boden verlagerte und ihn damit auch als Kampf gegen die verkrustete Struktur des politischen Systems und gegen die Allmacht der politischen Parteien führte.

Trotz der Ablehnung ihres Aktionsplans hielt die innerparteiliche Linke in der Folgezeit auch weiterhin an ihren Forderungen nach sozialistischer Aktivität fest. Besonders Josef Fischer, der als Hauptautor der Schrift "*Co chtějí socialisté?*" gilt<sup>452</sup>, mahnte stets, die Sozialisten sollten sich durch die Vielzahl an Problemen und Bedrohungen, denen sie sich gegenüber gestellt sehen, nicht in die Defensive drängen lassen. "Es ist eine historisch und soziologisch umstrittene Frage, ob der Wille zu einer radikalen Reform der Gesellschaftsordnung oder zur Revolution aus der größten Not heraus entsteht oder eher erst mit dem Beginn der Besserung. Aber er entsteht schwerlich ohne Krise; woher würde der Wille zum Umbau kommen, solange die herrschende Wirtschaftsordnung bis zu dem Ausmaß funktioniert, daß sie es schafft, die Menschen mit Arbeit zu versorgen und ohne größere Kalamitäten das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen? Deshalb ist es wichtig, besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die sozialistische Politik durch die Vertretung der These, daß sie sich während der Krise auf die Defensive beschränken muß, nicht zu einer völlig funktionalen Beziehung zwischen Konjunktur und Krise des Kapitalismus wird, welcher auf diese Weise allerdings nicht umgebaut werden kann. Denn wer nicht einem pseudowissenschaftlichen Fatalismus verfallen ist, weiß, daß die Grenze zwischen Abhängigkeit oder Selbständigkeit niemals von ihrer Feststellung und Beschreibung bestimmt ist, sondern davon, welche Politik man betreibt."<sup>453</sup> Nach Ansicht Fischers stellten sich noch im Sommer 1937 die Bedingungen für einen neuen sozialistischen Aktionsplan nicht schlechter dar als zuvor. Daher appellierte er an seine Partei, sie solle sich von ihrem Komplex befreien, sie könnte aus der Regierung gedrängt werden. Auch nach dem Wahlergebnis von 1935 sei keine Regierung ohne sozialistische Beteiligung denkbar, so daß die Sozialisten im nach wie vor bestehenden Zustand des 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' ihre politische Stellung zur Umsetzung sozioökonomischer Forderungen nutzen könnten. Deshalb forderte er seine Partei auf, durch ein Hinterfragen des offensichtlichen Automatismus in der Regierungspolitik ihre politische Selbstzufriedenheit zu beenden. Denn die Arbeiterbewe-

<sup>452</sup> Vgl. Kuklík (1969), a.a.O., S. 107.

<sup>453</sup> J. Fischer: Politický výhled, in: *Dělnická osvěta* 23 (1937), 201-05, S. 201.

gung befinde sich in einem neuen Aufstieg und müsse durch einen Strategiewechsel rechtzeitig beginnen, ihre Kräfte zu konzentrieren.